E
469
L9

UC-NRLF
$B 41 541

YC 28087

DEC 1 1911
EXCHANGE
163e
L975

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten während des Sezessionskrieges.

Inaugural-Dissertation,

einer

hohen philosophischen Fakultät

der

Ruperto-Carola-Universität zu Heidelberg

zur

Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt von

Dr. Ralph Lutz
aus Seattle, Wash.

LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF
CALIFORNIA

Heidelberg 1911
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

E469
.L9

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen, werden vorbehalten.

Inhalt.

Seite

Einleitung 1

Erster Teil. Die amtlichen Beziehungen zwischen der Union und den deutschen Staaten.

I. Preußen.

A. Unter dem Ministerium Schleinitz (bis zum Oktober 1861) 7
B. Unter dem Ministerium Bernstorff (Oktober 1861 bis Oktober 1862) . 11
C. Unter dem Ministerium Bismarck (Oktober 1862 bis zum Ausgang des Krieges) 12
1. Bismarcks persönliche Beziehungen zu den Amerikanern . . . 12
2. Die amtlichen Beziehungen 18
3. Geringere diplomatische Ereignisse 23

II. Die Hansastädte 27

Zweiter Teil. Die öffentliche Meinung Deutschlands während des amerikanischen Bürgerkrieges 43
I. Die Deutschamerikaner und der Bürgerkrieg 43
II. Die Haltung der deutschen Presse 49
III. Deutsche Publizisten und Historiker 53
IV. Die Negerfrage und die Kriegsursachen in der öffentlichen Meinung Deutschlands 60
V. Die Politik der Westmächte in der deutschen öffentlichen Meinung 67
VI. Der Tod Lincolns in der deutschen öffentlichen Meinung . . . 73

226051

Mit der gesetzmäßigen Wahl von Abraham Lincoln zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika kam der alte Gegensatz zwischen dem Norden und dem Süden zu einem offenen Bruch. Die Ursachen dieser Sezession der Südstaaten der amerikanischen Union sind von politischer, rechtlicher, ökonomischer und sozialer Natur und haben ihren Ursprung weit zurück in der Geschichte der Nation.

Seit der Gründung der Republik waren der Norden und der Süden in allen politischen Fragen geteilt. Im Norden herrschten die Föderalisten, die Vertreter einer starken Zentralregierung, im Süden die Demokraten, die Partei der Rechte der einzelnen Staaten. John C. Calhoun, einer der größten Staatsmänner des Südens, entwickelte die partikularistischen Theorien seiner Partei und stellte die Doktrin der Nullifikation auf, die Lehre, daß jeder Staat das Recht habe, innerhalb seiner Grenzen diejenigen Gesetze der Zentralregierung für null und nichtig zu erklären, die er als seinen Interessen zuwiderlaufend erachte. Diese Doktrin wurde heftig vom Norden bekämpft, doch blieb sie der große politische Glaubenssatz des Südens.

Auch ökonomische Differenzen trennten die beiden Staatsgruppen. Der Süden war ein Ackerbau treibendes Land und exportierte Baumwolle, Tabak und Reis. Im Norden überwogen dagegen Handel und Industrie. Die früh angenommene schutzzöllnerische Politik der Union war für den Norden von großer Bedeutung, aber brachte für den Süden nur Schaden.

Der größte Gegensatz zwischen dem Norden und dem Süden war die Sklaverei, die den sozialen Charakter des Südens auf das Tiefste beeinflußte. Im Süden wurde die ganze politische, wirtschaftliche und soziale Macht durch die afrikanische Sklaverei in den Händen der Plantagenbesitzer

zusammengezogen. Diese kleine Klasse von Großgrundbesitzern beherrschte die politische Partei des Südens und mit ihr die Union. Sie nannten sich zwar Demokraten, aber sie waren weit davon entfernt, die Interessen einer wahren Demokratie zu fördern.[1] Präsident Madison, der selbst Virginier war, sagte: „Wo Sklaverei besteht, wird die republikanische Theorie zur Lüge."[2] Durch die bloße Erhaltung der Sklaverei wurden die Südstaatler zu Erbfeinden der freien weißen Arbeit.

Die Wahl des republikanischen Präsidenten Lincoln zeigte dem Süden, daß seine alte privilegierte Stellung in der Union verloren war. Dieser Erfolg der Partei, welche der Verbreitung der Sklaverei feindlich gesinnt war, verursachte die unmittelbare Sezession des Südens von der Union. Der Sezession von Süd-Karolina folgten bald andere Sklavenstaaten. Delegationen von diesen sezedierten Staaten versammelten sich am 12. Februar 1861 in Montgomery, der Hauptstadt von Alabama, organisierten eine provisorische Regierung, und wählten Jefferson Davis, den bisherigen Bundessenator von Mississippi und früheren Kriegsminister der Union, zum Präsidenten der Konföderierten Staaten von Amerika. Die konföderierte Regierung rüstete sich sofort zur Verteidigung des Südens und versuchte von den noch aushaltenden Bundesfestungen Besitz zu ergreifen. Am 12. April 1861 befahl General Beauregard die Beschießung von Fort Sumpter und eröffnete damit den Bürgerkrieg.

Der Ausbruch eines Sezessionskrieges in der jungen Republik machte in Europa den größten Eindruck. Besonders in England erweckte der Krieg sofort die sorgfältige Aufmerksamkeit der Regierung. Das liberale Ministerium Palmerston war damals am Ruder, und die auswärtigen Angelegenheiten

---

[1] Freiherr v. Freytag-Loringhoven bemerkt freilich in seinen vortrefflichen „Studien über Kriegsführung", S. 3, wie folgt: „Tatsächlich war der Süden nicht minder freiheitlich gesinnt als der Norden, wie das schon die Bezeichnung «Demokraten», welche den Vertretern seiner Interessen im ganzen Gebiete der Union beigelegt wurde, beweist".

[2] Annecke, Der zweite Freiheitskampf der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Heft II, S. 271.

standen unter der beinahe unabhängigen Leitung von Lord Russell. Dem liberalen Kabinett erschien die Sezession des Südens als eine vollständige und endgültige Trennung vom Norden, und es beeilte sich, die Neutralität Englands den kriegführenden Mächten gegenüber zu erklären. Diese Neutralitätserklärung vom 19. Mai 1861, die dem Süden die Rechte einer kriegführenden Macht gewährte, machte in der Union einen sehr unfreundlichen Eindruck.

Lord Russells Politik der Union gegenüber war korrekt und kalt und die folgenden Ereignisse des Krieges verstärkten diese Tendenz. Seine Politik vertrat die Ansicht der herrschenden Klasse in dem Lande.[3] Diese Klasse hatte noch die Erinnerung nicht verwunden, daß einst diese amerikanischen Staaten sich vom Mutterlande losgerissen hatten, und ihr Gedeihen und Ansehen waren ihr seitdem ein Dorn im Auge. Die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern war eine Kette von fortwährenden Streitigkeiten. Die letzte Streitfrage über den Besitz der San Juaninseln war zur Zeit des Ausbruches des Bürgerkrieges noch nicht entschieden. Unter solchen Umständen hegte die herrschende Klasse Englands wenig Sympathie für die Sache des Nordens.[4] Sie sah sogar in diesem Bürgerkriege den unwiderleglichen Beweis für die Unsicherheit und Unbeständigkeit jeder republikanischen Regierung. „Unsere herrschende Klasse hat es bitter empfunden", schrieb John Bright zu jener Zeit an Motley[5], „daß Euer Loskommen von Georg III. und unserer Aristokratenregierung einen Wohlstand und Fortschritt zur Folge hatte, wie England vorher nichts ähnliches aufweisen konnte. Da war das Argument unvermeidlich: wenn Engländer westwärts vom atlantischen Ozean gedeihen können ohne Krone, ohne Lords, ohne Kirche, ohne eine große Kaste von Grundeigentümern mit feudalen Vorrechten, und ohne diese und jene groß und glücklich werden können, wie lange

[3] The Political History of England, Vol. XII, 1837—1901, S. 185.

[4] Ib., S. 185: „Eine vortreffliche Darstellung der Sympathie der oberen Klassen für den Süden gibt Disraeli in seinem Roman «Lothair», Kapitel XII".

[5] Motley, Briefwechsel, Bd. II.

werden dann die Engländer in England fortfahren, diese Dinge für notwendig zu halten." Jetzt schien die Sezession den Gegenbeweis zu liefern. So dachte nicht nur die Aristokratie Englands, sondern die von ganz Europa.

Der Verlauf des Sezessionskrieges diente nur dazu, die unfreundliche Politik Englands noch zu verstärken. Die Festnahme der südstaatlichen Kommissäre auf dem neutralen englischen Dampfer „Trent" erzürnte mit Recht die englische Regierung gegen den Norden. Die amerikanische Blockade der südlichen Häfen und die dadurch erfolgende Unterbrechung des Handelsverkehrs mit dem Süden wirkten wegen der Verhinderung der Ausfuhr von Baumwolle sehr schädlich auf die englische Textilindustrie. Die Unzulänglichkeit der Blockade und die Wegnahme englischer Handelsschiffe in südlichen Gewässern bildeten den Gegenstand von fortwährenden Beschwerden Englands in Washington.

Die Nachlässigkeit Lord Russells, die es nicht verhinderte, daß das in England gebaute Kaperschiff „Alabama" Liverpool verließ, verriet mehr als irgendeine andere Tatsache den Charakter der Neutralität, die Großbritannien in der amerikanischen Krisis beobachtete.[6] Auch war dies nicht der einzige Fall einer Verletzung der Neutralität. Die „Alabama-Ansprüche" liefern den klaren Beweis, daß viele andere in England gebaute Kaperschiffe das Mutterland verließen, um die amerikanische Handelsflotte zu plündern. Im Jahre 1863 wurden in Liverpool die sogenannten Lairdschen Widderschiffe für den Süden gebaut. Ungeachtet der wiederholten Proteste des amerikanischen Ministers zeigte die englische Regierung bis zum letzten Moment kein Bestreben, die Schiffe zurückzuhalten. Als das Auslaufen dieser Panzerschiffe sicher schien, erhob Adams, der amerikanische Minister, einen letzten Protest bei Russell und erklärte: „Mir scheint es überflüssig, Eurer Lordschaft erst zu beweisen, daß dies der Krieg ist."[7] Da die liberale Regierung Englands nicht wagte, wegen der Sklavenstaaten Krieg mit Amerika zu führen, hielt sie

[6] The Political History of England, Vol. XII, S. 264.

[7] Diplomatic Correspondence, 1863, S. 367, Brief Adams vom 5. Sept. 1863 an Russell.

schließlich die Widderschiffe zurück. Dieser Fall war charakteristisch für die englische Politik. Zur Zeit der größten Niederlagen der Union war sie kalt und hochmütig. Dagegen wurde sie entgegenkommender, als der endliche Sieg der Union sicher schien.

Die Politik der französischen Regierung Amerika gegenüber war der Politik Englands ähnlich. Auch Frankreich hielt die Wiederherstellung der alten Union für sehr unwahrscheinlich. Für Napoleon III. bot der amerikanische Sezessionskrieg eine Gelegenheit, die Rolle eines Schiedsrichters zu spielen. Er versuchte sogar eine gemeinsame Intervention mit England und Rußland herbeizuführen, allein beide Mächte lehnten den Vorschlag ab.

Die beste Gelegenheit, die sich Napoleon III. durch den inneren amerikanischen Streit bot, war die Möglichkeit in Mexiko zu intervenieren. Die Errichtung eines Kaisertums in Mexiko auf den Ruinen einer amerikanischen Republik war der traditionellen Politik Amerikas gegenüber so widersprechend, daß die Auflösung der alten Union eine absolute Vorbedingung für ein Gedeihen dieses Unternehmens war.[8] Napoleon erkannte die Möglichkeit einer Ausdehnung seiner Macht in der neuen Welt sehr bald und nützte sie völlig aus.[9]

Zu derselben Zeit versuchte die französische Diplomatie Amerika über die Pläne Frankreichs in Mexiko zu beruhigen. Drouyn de l'Huys, der französische Minister des Auswärtigen, erklärte wiederholt in Washington, daß Frankreich bloß eine Regierung in Mexiko unterstütze, die die überwiegende Mehrheit des mexikanischen Volkes errichten wollte. Seward nahm die freundlichen Erklärungen Frankreichs an und bewahrte während des Sezessionskrieges dem mexikanischen Streit gegenüber eine strenge Neutralität. Daß die amerikanische Regierung aber die Errichtung eines europäischen militärischen Despotismus in Mexiko durch französische Gewalt als eine Bedrohung der Union betrachtete, bleibt unbestreitbar.

Von allen Großmächten zeigte Rußland die größte Freundschaft für Amerika während des Sezessionskrieges. Rußland

[8] Grenzboten, 1862, Bd. I, Mexiko und die Monroe Doktrin, S. 177ff.

[9] Messages and Papers of the Confederacy, Bd. II, S. 345/6.

und Amerika besaßen während des neunzehnten Jahrhunderts einen großen gemeinsamen Feind: in beiden Staaten wurde Großbritannien als der traditionelle Gegner betrachtet. Während des Krimkrieges sympathisierte Amerika mit Rußland, und beide Länder waren sich der Vorteile bewußt, die ein gemeinsames Vorgehen bringen würde.

Der Ausbruch des Sezessionskrieges wurde daher in Rußland aufrichtig bedauert. Fürst Gortschakow erklärte stets dem amerikanischen Minister in Petersburg, daß die Wiederherstellung der Union eine Notwendigkeit wäre, und nahm von Anfang an einen entschiedenen Stand gegen jede Intervention in Amerika. Diese freundliche Politik Rußlands war von der größten Bedeutung für Amerika. Alexander II. galt im Norden als einer der größten Freunde der Union. Auch wurde die auf seinen Befehl erfolgte Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland am 19. Februar 1863 von der öffentlichen Meinung Amerikas sehr hoch geschätzt; erschien sie doch als ein Gegenstück zu der Emanzipation der Negersklaven. Als im Jahre 1864 eine russische Flotte amerikanische Häfen besuchte, wurden ihr besondere Ehren erwiesen. Die politische Bedeutung dieses demonstrativen Besuches war erheblich und stärkte wesentlich Amerikas diplomatische Stellung in der Welt.

Die Politik Österreichs während des Sezessionskrieges war die einer freundlichen Neutralität der Union gegenüber. Die Beziehungen Österreichs zu Amerika waren seit der Gründung der Union mit kaum einer Unterbrechung sehr freundlich gewesen.[10] Selbst die Annahme der mexikanischen Krone durch Erzherzog Maximilian hatte auf die Beziehungen zwischen Amerika und Österreich wenig Einfluß. Zu der Zeit des Bürgerkrieges war Motley der amerikanische Minister in Wien und er vertrat die amerikanischen Interessen in glänzender Weise. Die ernste Lage, die durch die mexikanisch-österreichische Militärkonvention geschaffen wurde, trat erst ein Jahr nach dem Ende des Bürgerkrieges ein.

[10] Schlitter, H., Die Beziehung Österreichs zu den Vereinigten Staaten von Amerika, I. Teil, 1778/87.

Erster Teil.

Die amtlichen Beziehungen zwischen der Union und den deutschen Staaten.

I. Preußen.

A. Unter dem Ministerium Schleinitz (bis zum Oktober 1861).

Von allen Großmächten hatte Preußen während des Bürgerkrieges am wenigsten politische Beziehungen zu Amerika. Dagegen waren die geistigen Beziehungen zwischen den deutschen Staaten und Amerika seit der Gründung der Republik sehr eng und freundschaftlich. Nächst dem Einflusse, der von dem Mutterlande England ausging, war der des deutschen Geistes der größte in der jungen Republik der neuen Welt. Goethes und Kants Interesse für Amerika ist allgemein bekannt. Kein Geringerer als Franklin hat gesagt: „Amerika best cultivates what Germany brought forth".

Der Leiter der auswärtigen Politik Preußens zur Zeit des Ausbruchs des amerikanischen Bürgerkrieges war der Freiherr von Schleinitz. Als preußischer Minister in Washington war schon seit 1849 Freiherr von Gerolt[11] beglaubigt, und Joseph Wright, vordem Gouverneur des Staates Indiana[12], ver-

[11] Man findet über ihn in der deutschen Literatur nur wenig Nachrichten. Rudolf von Delbrück spricht in seinen Lebenserinnerungen II, 18 f. von ihm und erzählt, daß er es in den fünfziger Jahren vorzog, in Baltimore zu wohnen, weil er es dort behaglicher fand, und nur im Fall eines Geschäftes nach Washington zu reisen.

[12] Fr. Kapp urteilt über ihn in den Preußischen Jahrbüchern 35, 530, wenig freundlich: „Dieser Wright war ein alter demokratischer Parteiklepper ohne jede Kenntnis der europäischen politischen Verhält-

trat die Vereinigten Staaten in Berlin. Die Beziehungen zwischen beiden Regierungen waren äußerst freundlich. Schleinitz folgte Amerika gegenüber der traditionellen Politik, die seit den Tagen von Friedrich dem Großen und seinem Minister des Auswärtigen, dem Grafen Hertzberg, maßgebend gewesen war.

Schleinitz betrachtete den Ausbruch des Bürgerkrieges unter einem konservativen Gesichtspunkt, der der amerikanischen Regierung sehr angenehm war. Der Gesandte Wright hatte den amerikanischen Zirkulardepeschen vom 28. Februar und 9. März 1861 gemäß die nötigen Schritte getan, um einen Empfang südlicher Emissäre durch die preußische Regierung zu verhindern. In einer Unterhaltung mit Wright im Mai 1861 erklärte Schleinitz, daß Preußen, bei der großen Zahl von Deutschen in den Nordstaaten, sehr mit der Union sympathisiere. Auch fügte er hinzu, daß Preußen das Prinzip der unerbittlichen Opposition gegen alle revolutionären Bewegungen befolgte.[13] Einen Monat später sagte Schleinitz, es sei keine Gefahr, daß Preußen Kaperschiffe ausrüsten würde. Dafür habe man zu wenig Häfen. Die Gefahr, sagte er, könnte nur von Bremen und Hamburg kommen, obgleich er die nötigen Maßregeln dagegen treffen würde. Zu diesem Ende erließ er eine Warnung an den Handelsstand und die Neutralitätserklärung am 13. Juni 1861.[14] Zu derselben Zeit schrieb Schleinitz eine Note an Gerolt, in welcher er die preußische Freundschaft für die Union ausdrückte und erklärte: „Unser ganzes Streben wird darauf richtet sein, den Vereinigten Staaten gegenüber unsere bis-

---

nisse und ohne jede Ahnung selbst des völkerrechtlichen ABC's, wie auch sonst ein in seiner Bildung ziemlich verwahrloster, sonst aber nicht unbedeutender Mann. In Berlin spielte er unter der Miene des patriotischen Biedermanns den einfachen, naiven Republikaner, der Europas übertünchte Höflichkeit nicht kannte, weder Deutsch noch Französisch radebrechte und seine Halbbildung oder vielmehr Unbildung mit bescheiden tuender Überhebung als republikanische Sitteneinfalt, als harmlose Naturwüchsigkeit zur Schau trug."

[13] Diplomatic Correspondence. Wright to Seward, May 8 1861.

[14] Jd. May 15, 1861. Das Staatsarchiv 1861, S. 168.

herige Stellung auch unter den schwierigen Umständen der Gegenwart zu bewahren."

Daß die Umstände der Zeit schwierig waren, bewies die Lage der amerikanischen diplomatischen Vertretung in Europa, die überall versagte. Mit der Sezession des Südens verließen eine große Zahl amerikanischer Diplomaten den Dienst. Verrat entdeckte man auf allen Seiten. In Berlin legte der Legationssekretär Mr. Butler sein Amt nieder und kehrte nach dem Süden zurück. Sein Nachfolger E. M. Hudson besaß weniger Ehrgefühl und blieb nur im Amte, um die amerikanische Regierung zu verleumden. Nach seiner Entlassung wurde er Publizist und versuchte die öffentliche Meinung Deutschlands für den Süden zu gewinnen.[15] Aller Wahrscheinlichkeit nach war er derjenige, der im Jahre 1863 an die konföderierte Regierung berichtete, daß die preußische Regierung und die preußische Armee der Sache des Südens äußerst günstig wären.[16]

Bald nach seinem Regierungsantritt ernannte Präsident Lincoln Norman Buel Judd zum Gesandten in Preußen. Dieser Diplomat, der als Vertreter Amerikas in Berlin während des Bürgerkrieges die amerikanischen Interessen wahrte, war am 10. Januar 1815 im Staate New York geboren. Er studierte Jurisprudenz und praktizierte in Chicago, wo er sich bald eine gute Stellung gewann und an der Gründung der republikanischen Partei teilnahm. Abraham Lincoln war sein politischer und persönlicher Freund und Judd war derjenige, der den Namen Lincolns als Kandidat für die Präsidentschaft in der republikanischen Parteiversammlung in Chicago aufstellte.[17] Judd war ein guter, aber kein glänzender Diplomat. Seine Politik war jedoch klar und zeigte viel gesunden Menschenverstand. Er behandelte die wenig schwierigen Fragen, die er zu lösen hatte, mit großem Takt und nicht ohne Erfolg.

Am 27. Juni 1861 kam Judd in Berlin an. Am 29. wurde er von seinem Vorgänger dem Minister Schleinitz vorgestellt,

---

[15] Fay, Die Sklavenmacht, S. 133.

[16] Messages and Papers of the Confederacy, Bd. II, S. 455.

[17] Appleton's Cyclopädia of American Biography: Judd, N. B.

und der offizielle Empfang beim König erfolgte dann am 1. Juli.[18]

Die erste Frage, mit der Judd sich zu beschäftigen hatte, war die des Seerechts in Kriegszeiten. Schon am 24. April 1861 hatte Seward in einer Depesche an Wright den Vorschlag gemacht, einen Vertrag mit Preußen auf der Basis der Pariser Erklärung abzuschließen. Schleinitz selbst hatte dann im Juni Gerolt instruiert, den Beitritt der Vereinigten Staaten zu der Pariser Erklärung als eine Ergänzung der preußisch-amerikanischen Verträge vom 10. Dezember 1785 und 1. Mai 1828 zu erlangen. In seiner ersten Unterredung mit Schleinitz teilte Judd ihm mit, daß er Vollmacht zur Abschließung eines solchen Vertrages besäße, und fragte, ob Schleinitz die Verhandlungen in Berlin oder in Washington fortsetzen wollte. Schleinitz entschloß sich direkt mit Judd zu verhandeln und ersuchte ihn um einen formellen Vorschlag. Am 11. Juli richtete Judd ein offizielles Schreiben an Schleinitz, der aber die Verhandlungen darüber stehen ließ. Am 27. August berichtete Judd an Seward, daß Schleinitz in einem Gespräch mit dem Freiherrn von Mohrenheim erklärt hätte, daß das Ziel der Vereinigten Staaten durch bloßes Festhalten an der Pariser Erklärung zu erreichen wäre. Freiherr von Mohrenheim sagte Judd auch, daß die russische Regierung derselben Meinung wäre. Ob inzwischen ein Druck der anderen Mächte auf Preußen ausgeübt worden war, mag dahingestellt werden. Jedenfalls scheint die ursprüngliche Absicht von Schleinitz gewesen zu sein, bloß den Beitritt der Union zu der Pariser Erklärung zu erwirken. Bereits am 16. Juli hatte Seward in einer Note an Gerolt erklärt, daß die Vereinigten Staaten während des Bürgerkrieges an dem 2. und 3. Artikel der Pariser Erklärung festhalten würden.[19] Schleiden, der bremische Gesandte in Washington, dem diese Note bekannt war, berichtete nach Bremen, daß es das einzige Aktenstück wäre, in welchem die Vereinigten Staaten ihren Beitritt zu dem 2. und 3. Artikel der Pariser Erklärung versprochen hätten.

---

[18] Diplomatic Correspondence. Judd to Seward, July 2. 1861.

[19] Seward to Baron von Gerolt, July 16. 1861.

Wäre diese Note Sewards früher in Berlin angekommen, so hätte Schleinitz sein Ziel als früher erreicht betrachtet.[20]

B. Unter dem Ministerium Bernstorff (Oktober 1861 bis Oktober 1862).

Am 10. Oktober 1861 wurde Schleinitz von seinem Amte entlassen und Graf Bernstorff trat an seine Stelle als Minister des Auswärtigen. Bernstorff war bisher Gesandter in London gewesen und seine genaue Vertrautheit mit der englischen Politik war nicht ohne Einfluß auf seine Politik Amerika gegenüber. Bald nach seinem Antritte trat ein Ereignis ein, das die diplomatische Welt sehr erregte. Am 8. November 1861 hielt die amerikanische (nordstaatliche) Dampfkorvette San Jacinto in dem Bahamakanal den britischen Postdampfer „Trent" an, und nahm die Herren Mason und Shlidell, Kommissäre der konföderierten Staaten für England und Frankreich, mit sich. Die Regierung und die öffentliche Meinung Englands waren über diese Tat äußerst erregt. Ein Krieg schien sogar als sicher, falls Amerika die beiden Kommissäre, die in New York gefangen gehalten wurden, nicht auslieferte. Die Gefangennahme von Gesandten einer kriegführenden Macht an Bord eines neutralen Schiffes schien auch den kontinentalen Staaten Europas als eine Verletzung des Völkerrechtes. Infolgedessen rieten die Großmächte der amerikanischen Regierung in der Sache nachzugeben.[21] Bernstorff sprach mehrmals mit Judd über die Lage. In einer Unterredung sagte ihm Judd: „Why dont your government keep the peace?" Bernstorff antwortete, daß eine Einmischung vielleicht übel genommen würde; doch am 25. Dezember 1861 schickte er an Gerolt eine Depesche zum Verlesen im amerikanischen Auswärtigen Amte, in der es hieß: „Seine Majestät der König, von den aufrichtigsten Wünschen für das Wohl der Vereinigten Staaten von Nordamerika beseelt, haben mir befohlen, bei dem Präsidenten Lincoln durch Eure Hochwohlgeboren Vermittlung der Sache des Friedens mit allem Nachdruck das Wort zu reden!" Diese

[20] Berichte des Ministerresidenten Dr. Schleiden de 1861, Nr. 112.

[21] Staatsarchiv, Bd. II, Nr. 200—3. Augsburger Allgemeine Zeitung, 30. Dezember 1861.

Note kam aber in Washington zu spät an, um irgendeine Bedeutung in der Angelegenheit zu haben.

Am 9. Oktober 1862 nahm Graf Bernstorff seine Entlassung und Bismarck folgte ihm. Mit dem Antritte dieses großen Staatsmannes nahm die preußische Politik Amerika gegenüber eine neue Wendung, die in ihren Hauptzügen von Dauer geblieben ist.

C. Unter dem Ministerium Bismarck (Oktober 1862 bis zum Ausgang des Krieges).

1. Bismarcks persönliche Beziehungen zu den Amerikanern.

Die vielen Beziehungen zu Amerikanern bilden ein interessantes Kapitel im Leben des Fürsten Bismarck. Es ist selten in der Geschichte, daß Freundschaften hervorragender Staatsmänner mit Ausländern auf anderer Grundlage beruhen als auf denen der Realpolitik und Staatsinteressen. Interessenpolitik bei seinen Freundschaften mit Amerikanern lag aber Bismarck fern.

Schon während seiner Studienzeit knüpfte er Freundschaften mit Amerikanern an, die dauernd blieben. In dem ersten Jahre seines Universitätslebens traf er in Göttingen einen kleinen Kreis von Amerikanern, zu denen er bald in engere Beziehungen trat. Unter diesen Studenten waren Amory Coffin und Mitchell C. King von Charleston, Südkarolina und John Lothrop Motley von Boston.[22]

Welche Charakterzüge gerade in diesen Amerikanern Bismarck gefesselt haben, ist schwer festzustellen. Vielleicht hatte das Selbstbewußtsein der jungen Bürger eines großen Landes für ihn eine besondere Anziehungskraft. Auch hatte der amerikanische Begriff von nationaler Freiheit für ihn einen gewissen Reiz. Sicher ist es, daß er innerlich Deutschlands Uneinigkeit sehr schwer ertrug.[23] Seine erste Mensur war mit einem Engländer, der über die deutsche Uneinigkeit gespottet hatte. Mit dem Amerikaner Amory Coffin ist er eine Wette eingegangen, daß Deutschland innerhalb zwanzig Jahren einig

---

[22] Motley, Briefwechsel, Bd. I, S. 6.

[23] Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. I, S. 20.

sein würde.[24] Der Nationalstolz und das Nationalselbstbewußtsein dieser jungen Amerikaner zeigten dem Preußen die großen Fortschritte, die eine junge, aber vereinigte Nation machen kann. Wenn man diese Tatsachen in Betracht zieht, so versteht man, aus welchen innern Beweggründen Bismarck am 4. Juli 1832 an der Feier der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung teilnahm.[25] Bismarck hatte schon damals in der englischen Sprache gute Fortschritte gemacht.[26] Den Geist der Sprache hatte er sich schnell angeeignet, was oft Bewunderung hervorrief. Mit der englischen und amerikanischen Literatur war er vertraut. Die meisten Werke Shakespeares waren ihm bekannt und manches Zitat aus Hamlet, Macbeth und Julius Cäsar ist in seinen Briefen zu finden.

Der Vertrauteste unter Bismarcks amerikanischen Freunden in Göttingen war John L. Motley aus Boston. Er war der Sohn eines Kaufmanns dieser Stadt, studierte in Harvard und kam dann nach Deutschland, um seine literarischen und geschichtlichen Studien fortzusetzen. Motley war ein typisches Beispiel für das Puritanertum Neu-Englands, das so viele amerikanische Staatsmänner hervorgebracht hat. Ihm verdankte Bismarck seine meisten Vorstellungen über Amerika und die Amerikaner, und daß er durch diese Vermittlung mit den Lebensanschauungen und Idealen der Neu-Engländer vertraut wurde, beweisen vielfach seine Briefe an Motley.

Von Göttingen aus gingen Bismarck und Motley nach Berlin, wo sie öfters mit dem Grafen Hermann Keyserling aus Esthland, einem anderen ausländischen Freunde Bismarcks, zusammenkamen. In Motleys Wohnung waren die drei sehr oft beisammen. „Ich gehe niemals an Ihrer ehemaligen Wohnung in der Friedrichsstraße vorbei", schrieb später Bismarck an Motley, „ohne zu den Fenstern emporzusehen, die geschmückt zu sein pflegten mit einem Paar roten Pantoffeln, die die Füße eines

---

[24] Busch, Tagebuchblätter, Bd. II, S. 125/6.

[25] Bismarck-Regesten, Bd. I.

[26] Interessant ist die Tatsache, daß einer der ältesten bekannten Briefe Bismarcks an einen Freund, den Engländer Astley, in englischer Sprache geschrieben war. Bismarckbriefe, 1836—1873. Erster Brief.

Gentleman an die Fensterbrüstung stemmten, der auf Yankeeart dasaß, Kopf nach unten und außer Sicht. Ich erfreue dann mein Gedächtnis mit den Erinnerungen an die guten alten Zeiten, da wir lustige Burschen waren!"[27]

Nach Beendigung seiner Studien in Berlin reiste Motley in seine Heimat nach Boston zurück und widmete sich der geplanten Schriftstellerei. Als Romanschreiber hatte er aber wenig Erfolg; sein Jugendroman „Mortons Hope" wurde von ihm selbst wieder zurückgezogen, welche Tatsache Bismarck und seiner Frau viele Neckereien verursachte.[28] Der Held dieses Romans, Otto von Rabensmarck, war nämlich kein anderer als Otto von Bismarck. Nachdem diese literarische Arbeit ihm mißglückt war, wandte Motley sich der Geschichtsschreibung zu. Seine Geschichtsforschung nötigte ihn, nach Europa zurückzureisen, wo er einige Jahre in holländischen und deutschen Archiven arbeitete. Er war in Frankfurt zur Zeit, als Bismarck Preußen beim Bundestage vertrat, und erneuerte hier seine Freundschaft mit dem emporkommenden preußischen Staatsmanne.[29]

Auffallend ist der Kontrast zwischen Motley, dem diplomatisch ruhigen Republikaner, und Bismarck, dem konsequenten angreifenden Monarchisten. Motley urteilte einmal über diesen: „Er ist ein ebenso aufrichtiger und entschiedener Monarchist und Absolutist, als ich ein Republikaner bin."[30] Keiner von beiden war aber in seinem politischen Glauben doktrinär. Motley war fest überzeugt, daß die monarchische Regierung die beste für Preußen sei, und Bismarck erkannte sehr wohl die Vorteile, die die republikanische Regierung Amerikas besaß. In dieser Hinsicht glich er seinem Vorgänger in der friderizianischen Zeit, dem Grafen Hertzberg, der in einem Briefe an Washington erklärte, daß er mit den Prinzipien der

---

[27] Bismarckbriefe, 1836—1873, S. 367, 17. April 1863.

[28] White, Aus meinem Diplomatenleben. Der genaue Titel des Buches, das 1839 in New York erschien, war: Morton's Hope: or, the Memoirs of a Provincial. In demselben Jahre erschien in London eine englische Ausgabe unter dem Titel: Morton of Mortons: an autobiography.

[29] Marcks, Bismarck I, S. 94, 455.

[30] Motley, Briefwechsel, Bd. II, S. 192.

Republik einverstanden wäre, obgleich er in einem monarchischen, für despotisch gehaltenen Staate lebte.[31] Noch radikaler äußerte sich Bismarck zu Heinrich Hilgard-Villard: „Lebte ich auch in Amerika, so würde ich auch Republikaner sein."[32]

Ein anderer intimer Freund Bismarcks war der amerikanische Historiker und Staatsmann Bancroft, der 1867 zum amerikanischen Gesandten in Berlin ernannt wurde. Durch ungewöhnliches Talent und hohe Geistesgaben ausgezeichnet, genoß Bancroft eine besondere Stellung unter den fremden Diplomaten. Er stand auch hoch in der Gunst des Kaisers Wilhelm I. und tat alles, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verstärken. In der Tat waren seine Erfolge so positiv, daß wiederholt gegen ihn intrigiert wurde. Bismarck sagte selber: „Man weiß, daß er unser Freund ist, er hat dies niemals verschwiegen und deshalb hat er sich die Feindschaft aller in- und ausländischen Gegner des jetzigen Zustandes Deutschlands zugezogen."

Im Frühherbst 1869 teilte die deutsche Gesandtschaft in Paris Bismarck mit, daß eine Intrigue gegen Bancroft bestehe. Auch in der deutschen Presse wurde gegen Bancroft intrigiert, wie Bismarck behauptete mit dem Gelde des früheren Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen. In Washington forderte bald darauf eine Partei die Abberufung Bancrofts, angeblich, weil er Amerika nicht mit genügender Würde vertrete. Bismarck vernichtete den ganzen Plan aber in sehr geschickter Weise. Am 19. September 1869 schrieb er an Motley, der damals Gesandter in London war, er möchte alles tun, was er könnte, damit Bancroft in Berlin bliebe. So enthusiastisch war Bismarcks Lob für den Amerikaner, daß er schrieb: „Er vertritt praktisch denselben großen Entwicklungsprozeß, in welchem Moses, die christliche Offenbarung, die Reformation als Etappen erscheinen, und dem gegenüber die cäsarische Gewalt der alten und der modernen Zeit, die klerikale und die dynastische Ausbeutung der Völker jeden Hemmschuh anlegt, auch den, einen ehrlichen und idealen Gesandten

[31] Deutsche Jahrbücher, 1863, Bd. VIII, S. 147.

[32] Hilgard-Villard, Lebenserinnerungen, S. 502.

wie Bancroft zu verleumden."[33] Motley schrieb sofort an den Präsidenten Grant und stellte die Lage so dar, daß Bancroft darauf auf seinem Posten blieb. Das Bleiben Bancrofts lag natürlich im Interesse der praktischen Politik Bismarcks, doch war es zugleich nicht ohne Wert für Amerika. Als später die Frage über den Besitz der San Juaninseln zwischen Amerika und England an Kaiser Wilhelm I. als Schiedsrichter verwiesen wurde, war es Bancroft, der durch seine Argumente die Entscheidung zugunsten Amerikas beeinflußte.[34]

Beim Ausbruche des Krieges von 1870 ersuchte Bismarck die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten in Paris, den Schutz der in Frankreich lebenden norddeutschen Untertanen zu übernehmen, während der Schutz der Untertanen der Süddeutschen Staaten der Schweiz übertragen wurde. Daß Bismarck gerade die Vereinigten Staaten unter den neutralen Staaten auserwählte, ist aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zuletzt aus seinen persönlichen Beziehungen zu erklären. Nach der Proklamation des Reichs schrieb Bancroft einen offiziellen Brief an den nunmehrigen Kanzler des Deutschen Reichs, um ihn zu der glücklichen Einigung Deutschlands zu beglückwünschen. Bismarck veröffentlichte sofort den Brief, der überall als ein Zeichen amerikanisch-deutscher Freundschaft betrachtet wurde.

Lange Zeit existierte in der amerikanischen Diplomatie die Tradition, nur Gelehrte nach Deutschland zu schicken. Das war Bismarck gut bekannt und als er den Schriftsteller Bayard Taylor als Gesandten empfing, sagte er anstatt der üblichen Begrüßung: „Während meiner letzten Krankheit las ich zusammen mit meiner Frau eines Ihrer Werke ganz durch."[35]

Nicht nur mit mehreren amerikanischen Diplomaten war Bismarck befreundet, sondern auch Generale und andere hervorragende Männer genossen seine Bekanntschaft. Portraits von Bancroft, Motley, Grant und Sheridan und Büsten von

---

[33] Bismarckbriefe, S. 452.

[34] Busch, M. Prince Bismarck as a Friend of America and as a Statesman. North American Review, July and August 1880.

[35] Poschinger, Bismarck und die Diplomaten, S. 396.

Washington, Hamilton und andere waren in Varzin, Schönhausen und Friedrichsruh.[36] „Es waren augenscheinlich mehr Portraits von Amerikanern in seinem Besitz", schreibt der englische Journalist Whitman, „als von Männern einer anderen Nationalität."[37] Als der General Grant eine Reise um die Welt machte, begleitete Bismarck den ehemaligen Präsidenten eines Tages zu einer Parade auf dem Tempelhofer Felde. Grant war damals unwohl und es war für ihn eine Qual, daß er infolgedessen wie ein gewöhnlicher Zivilist in einem geschlossenen Wagen fahren mußte. Er sagte dem Kanzler, wie unangenehm es ihm wäre, preußischen Soldaten so zu begegnen; dieser antwortete aber: „Lassen Sie sich nicht anfechten, General Grant, Sie sitzen hier, ohne daß Sie jemand sehen kann, aber unsere Soldaten wissen sehr wohl, was für ein Krieger hier in diesem geschlossenen Wagen ist."[38] Der berühmte amerikanische Reiterführer Sheridan hatte 1870 die Erlaubnis erhalten, den Krieg auf deutscher Seite zu beobachten. Busch erzählt, daß Bismarck Sheridan gern im Hauptquartier zu Versailles sah, während einige unnötige Fürsten ihm ein Dorn im Auge waren. Ein paar Jahre nachher traf Bismarck E. B. Washburne, den früheren amerikanischen Gesandten in Paris, und fragte: „Was haben Sie neues von General Sheridan? Dieser Mann trägt einen großen militärischen Kopf auf seinen Schultern." Andere Amerikaner freilich waren ihm während des Feldzuges von 1870 weniger erwünscht. Als John O'Sullivan, ein Südstaatler und früherer amerikanischer Gesandter in Lissabon, im preußischen Lager mit einer Empfehlung an den Kronprinzen vom Herzoge von Coburg erschien und die Rolle eines Vermittlers spielen wollte, wurde er durch Bismarck schnell weggeschafft.[39] General Burnside, der auch im Lager war, plauderte so oft mit Bismarck, daß der Kanzler viel Zeit darüber verlor und schließlich zu Busch sagte: „Ich habe eine Schwäche für Amerikaner und sie wissen das, aber sie

[36] Busch, Tagebuchblätter, Bd. III, S. 310.
[37] Whitman, Erinnerungen an Fürst Bismarck.
[38] Poschinger, Bismarck und die Diplomaten, S. 395.
[39] Busch, Tagebuchblätter, Bd. I, S. 387.

sollten doch Rücksicht nehmen. Geben Sie ihm das zu verstehen und daß ich's sogar mit gekrönten Häuptern kurz machte."[40]

Bis zum Ende seines Lebens blieb Bismarck ein Freund Amerikas. Seine Idee von der Zukunft der neuen Republik war und blieb durchaus schmeichelhaft.

2. Die amtlichen Beziehungen.

Mit dem Ministerium Bismarck beginnt eine neue Epoche in den politischen Beziehungen zwischen Preußen und Amerika, die durch die Anknüpfung engerer freundschaftlicher Verhältnisse gekennzeichnet ist. Schon die Tatsache, daß Bismarck in enger Beziehung zu mehreren bedeutenden Amerikanern stand, war von großer Bedeutung.

Man kann wohl annehmen, daß Motley, der seit 1861 die Stellung eines amerikanischen Ministers in Wien bekleidete, nicht ohne Einfluß auf Bismarcks Haltung während des Bürgerkrieges war. Am 23. Mai 1864 lud Bismarck ihn ein, nach Berlin zu kommen und fügte hinzu: „Häng die Politik an den Nagel und komme zu mir. Ich verspreche Dir, daß die Unionsflagge über unserem Hause wehen soll und unser Gespräch und der beste alte Rheinwein sollen «Verdammnis strömen» über die Rebellion."[41]

Trotz seiner Freundschaft mit Motley und anderen bedeutenden Amerikanern, besaß Bismarck allerdings eine gewisse persönliche Sympathie für die Südländer, die er als die aristokratische Partei im Sezessionskriege betrachtete. Als Aristokrat von Geburt und Erziehung war es für ihn natürlich, daß er seine Sympathien instinktiv mehr den Plantagenbesitzern des Südens als der Demokratie des Nordens zuwandte; vielleicht war auch seine Freundschaft mit Südländern während seiner Studienzeit in Göttingen von gewissem Einfluß auf seine optimistische Vorstellung von dem alten feudalen Süden. Doch wie groß auch dieses Mitgefühl für die Plantagenbesitzer als eine Art von Standesgenossen war, so beeinflußte es seine Politik als Staatsminister nicht

[40] Ib., S. 290.

[41] Bismarckbriefe, 1836/73, S. 389.

im geringsten.[42] Als Minister des Auswärtigen behauptete Bismarck eine freundliche Neutralität dem Norden gegenüber während des Bürgerkrieges. Freundschaft mit Amerika war in der Tat eine traditionelle Politik Preußens, und Bismarck liebte es, diese Freundschaft als ein Vermächtnis zu bezeichnen, das Friedrich der Große dem königlichen Hause hinterlassen habe. „Preußen ist durch Überlieferung und in wohlverstandenem eigenen Interesse ein treuer Freund Ihrer Republik", sagte er nach dem Ende des Sezessionskrieges zu Karl Schurz, „und wird es auch bleiben, trotz seiner monarchischen und aristokratischen Sympathien."[43] Als General Grant in den siebziger Jahren Berlin besuchte, erklärte ihm Bismarck, daß er wiederholt während des Krieges behauptet habe, daß der Süden nie siegen könnte.[44]

Die erste große diplomatische Frage, die Bismarck in den Beziehungen zu Amerika zu lösen hatte, war die Frage des Bürgerrechtes der in Deutschland weilenden, aber in Amerika naturalisierten Deutschen. Schon in den vierziger Jahren war diese Streitfrage entstanden und, immer wiederkehrend, hatte sie die Staatsmänner beider Länder beschäftigt, ohne daß eine praktische Lösung erreicht worden wäre. Erst unter dem Ministerium Bismarck trat eine neue Phase in den Verhandlungen ein, die eine eventuelle Lösung ermöglichte. Um diese zu verstehen, ist es nötig, die vorhergehenden Verhandlungen zu analysieren.

Es war in den vierziger Jahren, daß in Preußen der erste Fall einer Bestrafung eines Deutsch-Amerikaners wegen versäumter Dienstpflicht stattfand. Henry Wheaton, der amerikanische Völkerrechtslehrer, war damals Gesandter in Berlin. Er schrieb an diesen Deutsch-Amerikaner: „Es liegt nicht in meiner Gewalt, in der von Ihnen gewünschten Weise einzuschreiten. Da Sie in Ihr Geburtsland zurückgekehrt sind, so lebt für die Zeit Ihres Aufenthalts auf preußischem Gebiete das Domizil des Landes Ihrer Geburt und Ihr nationaler

---

[42] Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. II, 205f., 499.

[43] Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. II, 499.

[44] Poschinger, Bismarck und die Diplomaten, S. 400.

Charakter wieder auf und Sie sind verpflichtet, den preußischen Gesetzen so zu gehorchen, als wenn Sie niemals ausgewandert wären.“ Dieser Standpunkt des diplomatischen Vertreters wurde vom amerikanischen Auswärtigen Amte gebilligt.

Damit schien die Frage erledigt und in der Tat vergingen zehn Jahre, ehe sie wieder Gegenstand einer diplomatischen Korrespondenz wurde. Im Sommer 1852 fanden Verhandlungen zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem amerikanischen Gesandten statt, aber ein Übereinkommen wurde nicht erreicht. Manteuffel wollte keine Zugeständnisse machen, und in seiner Note vom 22. Oktober 1852 an den amerikanischen Geschäftsträger findet sich folgendes ausgesprochen: „Wenn ein Individuum in einem fremden Lande naturalisiert wird, so kann doch die Regierung seines Geburtslandes niemals anerkennen, daß diese Tatsache es an und für sich von den Verbindlichkeiten befreit, welche ihm vor seiner Naturalisation in seiner Heimat oblagen.“ So ruhte die Frage von neuem bis zum Jahre 1857. Der damalige Gesandte beim preußischen Hofe, Josef A. Wright, machte aber dann alle möglichen Versuche, die Frage definitiv zu regeln. Das amerikanische auswärtige Amt unterstützte Wright, da die demokratische Partei, die damals am Ruder war, eine demagogische Agitation für die Rechte der naturalisierten Amerikaner aufgenommen hatte. Wrights Verhandlungen blieben jedoch erfolglos und der Bürgerkrieg machte seinen Bemühungen ein Ende.

Judd, der neue amerikanische Gesandte, unternahm keinen Versuch mehr, prinzipielle Zugeständnisse von der preußischen Regierung zu gewinnen, sondern erklärte, daß seine Regierung durch eine milde Behandlung einzelner Fälle befriedigt würde. Als im März 1863 die allgemeine Wehrpflicht in der amerikanischen Union eingeführt wurde, bekam das amerikanische auswärtige Amt mehr Verständnis für diese Pflicht der Bürger. In demselben Monat schrieb Seward an Judd folgendes: „Es sind verschiedene Fälle vorgekommen, daß hier naturalisierte Europäer die Vereinigten Staaten verlassen haben, als sie zum Dienste herangezogen werden sollten, und daß sie, um hier

nicht dienen zu müssen, nach Europa zurückgekehrt sind, daß sie aber trotzdem drüben den Schutz der Vereinigten Staaten in Anspruch nehmen, um sich ihrer heimatlichen Militärpflicht zu entziehen. Aus diesem Grunde brauchen Sie, ohne vorher ganz besonders instruiert zu sein, in Zukunft keine Vorstellungen mehr zugunsten der dortigen Militärpflichtigen zu machen."[45] Die Nachgiebigkeit Sewards in dieser Frage ist durchaus verständlich, da eine schroffere Behandlung dieser Fälle während des Krieges unpolitisch schien. Dieser Standpunkt tritt in einer Depesche Sewards vom 6. Juni 1863 hervor, in welcher er offen bekannte: „Wegen der jetzigen Lage der Union ist es unangemessen . . . zu intervenieren."[46]

Diese Haltung Sewards war nicht ohne Einfluß auf Bismarcks Behandlung der Wehrpflichtfrage, die 1863 in Amerika auftauchte. Nach dem amerikanischen Konskriptionsgesetz und der Proklamation des Präsidenten vom 8. Mai 1863 mußten alle Ausländer, die an den Wahlen teilgenommen hatten oder die ihre Absicht, Bürger zu werden, erklärt hatten, im Heere dienen. Schon am 26. März hatte von Gerolt eine Unterredung mit Seward über diese Angelegenheit, ohne etwas bestimmtes zu erreichen. Gerolt bat frühzeitig um Instruktionen und am 5. Juni richtete die preußische Regierung ein Schreiben an ihn. „Es besagte, die Regierung würde an dem Grundsatz festhalten, daß kein Preuße zum Militärdienst in den Vereinigten Staaten genötigt werden könne. Die meisten in Amerika lebenden Preußen würden aber wohl in der einen oder der anderen Weise ihr heimatliches Bürgerrecht verloren haben, oder doch nicht imstande sein, sich als Preußen vollständig zu legitimieren. Da der Erfolg diplomatischer Verhandlungen zu deren Gunsten jedenfalls zweifelhaft sei, wäre es im Interesse aller, welche nicht zu dienen wünschten, das Land frühzeitig zu verlassen."[47]

Nach dem Ende des Bürgerkrieges nahm Wright, der wiederum zum Gesandten in Berlin ernannt war, am 9. August

[45] Diplomatic Correspondence, 1862, S. 940.
[46] Idem, S. 941 u. 943.
[47] Schleiden, Berichte de 1863, Nr. 53.

1865 die Kontroverse von neuem auf, diesmal mit Bismarck. In einem am 16. Dezember übergebenen Memorandum schlug Bismarck eine Revision der Handels- und Auslieferungsverträge von 1852 und 1828 vor. „Es könnte zugestanden werden", lautete das Memorandum, „daß nach einer zehnjährigen Abwesenheit nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten und Verbindlichkeiten eines preußischen Untertans seinem Geburtslande gegenüber erlöschen sollten." Trotz dieses prinzipiellen Entgegenkommens lehnte das amerikanische auswärtige Amt diesen Vorschlag ab. Bismarck war über diesen Entschluß der Union sehr enttäuscht, da er die Frage wirklich auf einem praktischen Mittelwege lösen wollte. Deshalb schlug er eine Reduzierung der Zeit der Abwesenheit auf sieben Jahre vor. Wright wollte diesen Vorschlag sofort annehmen und einen Vertrag abschließen. Aber Seward lehnte in einer Depesche vom 9. April 1866 auch dieses Kompromiß ab und bald danach starb Wright im Amte, ohne etwas erreicht zu haben.

So ruhte die Frage, bis Bancroft zum Gesandten in Berlin ernannt wurde. Er nahm die Verhandlungen mit Bismarck wieder auf und führte sie zu einem glücklichen Abschluß.[48] Am 22. Februar 1868 wurde der bekannte „Bancroft-Vertrag" zwischen dem Norddeutschen Bunde und der amerikanischen Union unterzeichnet, der jene schwierige Frage entschied, die seit 1840 der Gegenstand von fortwährenden Verhandlungen zwischen beiden Mächten gewesen war. Artikel I lautet wie folgt: „Angehörige des Norddeutschen Bundes, welche naturalisierte Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika geworden sind, und fünf Jahre lang ununterbrochen in den Vereinigten Staaten zugebracht haben, sollen von dem Norddeutschen Bunde als amerikanische Angehörige erachtet und als solche behandelt werden."[49] Der Bancroft-Vertrag ist im

[48] Auch versuchte er einen Vertrag mit dem damaligen bayerischen Staatsminister, dem Fürsten von Hohenlohe, abzuschließen, ohne etwas zu erreichen.

[49] Über die Vorgeschichte dieses Vertrages: Kapp, Der deutsch-amerikanische Vertrag vom 22. Februar 1868, in den Preußischen Jahrbüchern 35, 509—534, 660—683; 36, 189—228 (1875).

Jahre 1871 auf das Deutsche Reich, nicht aber auf das Reichsland Elsaß-Lothringen ausgedehnt worden. Diese Tatsache bildete den Gegenstand mehrerer Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrew D. White, ohne daß ein dauerndes Übereinkommen erreicht wurde.[50]

3. Geringere diplomatische Ereignisse.

Während des Bürgerkrieges entstand auch eine Reihe von unwichtigeren diplomatischen Fragen, die allerdings die politische Lage nicht änderten. Unter diesen Ereignissen war der Essexfall das erste, das Gegenstand eines Notenwechsels zwischen Berlin und Washington war. Im Herbst 1862 lief das preußische Handelsschiff „Essex" in den Hafen von New Orleans ein. Die Stadt war im April des Jahres von den Unionstruppen in Besitz genommen und als die „Essex" ankam, wurde sie in Haft genommen. Der Kapitän Klatt bat sofort um Freilassung des Schiffes, da er die Blockade nicht durchbrochen hatte, doch wurde sie ihm verweigert. Da der größte Teil der Ladung der „Essex" britischen Untertanen gehörte, unterstützte der Kapitän des britischen Kriegsschiffes „Rinaldo" die Forderung Klatts.[51] Der letztere berichtete den Fall an das preußische Auswärtige Amt und im November 1862 legte Gerolt seiner Instruktion gemäß den Fall Seward vor. Die amerikanischen Gesichtspunkte über den Fall wurden ihm erklärt und der preußischen Regierung sofort mitgeteilt. Da man bis zum 1. Dezember 1862 nichts weiteres in Washington von der preußischen Regierung in dieser Sache hörte, so schrieb Seward infolgedessen an Judd, daß er noch bereit wäre, eine Antwort zu empfangen. Welche weiteren Schritte die preußische Regierung tat, ist unbekannt, da die Depeschen bis jetzt nicht veröffentlicht sind. Das Schiff wurde aber nachher freigegeben.[52]

---

[50] Cahn, Erwerbung und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit, S. 167.

[51] Augsburger Allgemeine Zeitung, 19. November 1862 (Ostsee-Zeitung, Stralsund, 15. November 1863).

[52] Diplomatic Correspondence, 1862, S. 939.

Ein anderer Streitfall ergab sich aus innerpreußischen Angelegenheiten.

Im Jahre 1863 wuchs die Spannung in der inneren Lage Preußens auf das Äußerste. Der Kampf zwischen Bismarck und dem Landtag hielt die öffentliche Meinung gefesselt. Die Depeschen Judds an seine Regierung enthielten während dieser Periode mehr über die innere als über die äußere Politik Bismarcks. Die gesamte deutsche Presse war wegen dieses Streites in zwei feindliche Lager geteilt. Am 1. Juli 1863 erschienen die sogenannten Preßordonnanzen, die mit besonders scharfen Strafmaßregeln und Strafandrohungen gegen die preußische Presse vorgingen und den Streit wesentlich verschärften. Sehr bald griffen die deutsch-amerikanischen Zeitungen unter Führung der New Yorker Staatszeitung zugunsten der liberalen Seite ein. Die gesamte deutsch-amerikanische Presse versuchte deutsche Politik in der unerbittlichsten Opposition zu der preußischen Regierung zu treiben und ergriff Partei in den inneren Angelegenheiten Preußens, fast als wenn sie deutsche Interessen zu vertreten hätte. Unter diesen Umständen blieb der preußischen Regierung nichts übrig, als die Verbreitung dieser Zeitungen in Preußen zu verbieten. Am 4. November 1863 erließ Graf zu Eulenburg, der Minister des Innern, die folgende Bekanntmachung: „Nachdem gegen die in Nordamerika erscheinenden Zeitschriften: 1. Die New-Yorker Staatszeitung, 2. Das Wochenblatt der New-Yorker Staatszeitung, 3. Das wöchentliche Volksblatt von Cincinnati, 4. Den Täglichen Anzeiger des Westens in St. Louis, auf Grund des § 50 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 gerichtlich wiederholt auf Vernichtung erkannt worden ist, wird die Verbreitung derselben im preußischen Staate . . . hierdurch verboten.“[53]

Der ruhige Gang der preußischen Geschäfte in Washington machte eine Reise des Freiherrn von Gerolt nach Berlin möglich und er nahm im Juni 1864 Urlaub. Seward schätzte seine Tätigkeit sehr hoch ein und war sich des Erfolges bewußt, den sein Einfluß in Berlin haben würde. Am 17. Juni 1864

---

[53] Der preußische Staatsanzeiger, 4. Nov. 1863. Augsburger Allgemeine Zeitung, 12. Nov. 1863.

schrieb er an Judd: „Der Baron von Gerolt geht kürzlich auf Urlaub nach Berlin. Er ist lang im Dienste gewesen und nimmt einen vornehmen Rang in der diplomatischen Gesellschaft dieser Hauptstadt ein. Obgleich er während der Umwälzung unserer Verhältnisse treulich die Interessen seines Vaterlandes befürwortet und unterstützt hat, so ist er doch zur selben Zeit ein starker, offener und hoffnungsvoller Freund dieser Regierung und des Landes gewesen. Es wird mich besonders freuen, wenn Sie der preußischen Regierung die Überzeugung einflößen können, daß der Baron in der höchsten Hochachtung und Ehrfurcht nicht nur von dem Präsidenten, sondern auch vom Volke der Vereinigten Staaten gehalten wird."[54] Judd zögerte nicht, dem Staatssekretär von Thile diese ungewöhnliche Note vorzulesen, der kurz nachher die Befriedigung Preußens ausdrückte, daß der Baron von Gerolt nicht nur vom Präsidenten, sondern auch vom Volke hochgeschätzt wurde.[55] Gerolt erreichte endlich am 18. September 1864 Berlin. Er sprach mit dem Könige und der Königin sowohl als mit dem Kronprinzen über die amerikanischen Verhältnisse und erklärte überall, daß der Triumph des Nordens sicher sei. Judd berichtete, daß sein Einfluß auch andere einflußreiche Persönlichkeiten erreicht habe. Vermutlich war seine klare Vorstellung von dem Gange des Bürgerkrieges auch von Einfluß auf Bismarck, der als Realpolitiker das kommende Ende der Rebellion der Südstaaten und den Zusammenbruch des mexikanischen Kaisertums längst vorausgesehen haben mußte.[56]

So blieben, im Gegensatz zu den Beziehungen zwischen den Westmächten und Amerika, bis zum Ende des Krieges die Beziehungen Preußens mit der Republik immer herzlich. Preußen unterschied sich von England und Frankreich, indem es seine Landesgesetze gegen die Ausrüstung von Kaperschiffen aufrechterhielt. Durch seine Ankäufe der für die Konföderierten in Bordeaux erbauten Kriegsschiffe erwies Preußen sogar

---

[54] Diplomatic Correspondence, 1864, Pt. IV, S. 193.
[55] Diplomatic Correspondence, 1864, S. 217, 5. Juli 1864.
[56] Ibidem, S. 223, 28. September 1864.

mittelbar den Vereinigten Staaten einen wertvollen Dienst. Im Sommer 1864 waren nämlich in Bordeaux drei Kriegsschiffe für die Südstaaten gebaut worden. Als die französische Regierung ihre Lieferung an die Konföderierten verhinderte, wurden sie Preußen angeboten und von dem preußischen Staate (wohl mit Rücksicht auf die politische Lage) angekauft. Das erste Schiff „Augusta" erreichte Hamburg im August und kurz nachher kam das zweite, die „Viktoria", an.[57] Die amerikanischen Diplomaten waren sehr bemüht gewesen, um eine Lieferung der Schiffe an die Südstaaten zu hindern. Judd war in der Lage, frühzeitig an seine Regierung zu berichten, daß Preußen die Schiffe kaufen würde. Seward drückte ihm für diese wertvollen Nachrichten seinen Dank aus.[58] Auch kaufte Preußen durch Dr. Schleiden, Minister der Hansestädte, zwei Kriegsschiffe in Amerika.[59]

Sowenig auch die auswärtige Politik Preußens direkte Interessen oder Absichten in Amerika zu vertreten hatte, so scheint es doch, als wenn sie bei einer Gelegenheit es bewußt vermied, der Union Schwierigkeiten zu machen. Als Bismarck am 13. Oktober 1864 in Biarritz weilte, bot Herr Julius Hansen, ein diplomatischer Agent Dänemarks, einen Teil der dänischen Kolonien in der neuen Welt Preußen an, um mit dieser Abtretung das dänische Nordschleswig zurückzugewinnen. Bismarck lehnte aber den Vorschlag ab.[60] In seiner Rede in der preußischen Kammer am 2. Juni 1865 sagte er: „Ich habe diesen Vorschlag abgelehnt, teils aus sachlichen Gründen, teils, weil der Unterhändler nicht legitimiert war."[61] Ob Bismarck damit Rücksicht auf die Monroe-Doktrin nehmen wollte, bleibt dahingestellt.[62]

[57] Diplomatic Correspondence, 1864, S. 194, Nr. 26.

[58] Ibidem, S. 194, Nr. 18, 20. Sept. 1864.

[59] Ibidem, S. 222. — [60] Hansen, A travers la Diplomatie, S. 16—19.

[61] Bismarck-Regesten, Bd. II, S. 241.

[62] Nebenbei darf erwähnt werden, daß während der Zeit, als Andrew D. White Gesandter in Berlin war, Bismarck den sehr geschickten Versuch machte, Amerika etwas von der Monroe-Doktrin abzulenken. Er versuchte Amerika und England für eine gemeinsame Intervention im Kriege zwischen Peru und Chile zu gewinnen, aber Amerika lehnte den Plan ab. White, Aus meinem Diplomatenleben.

Da die diplomatischen Beziehungen zwischen den Südstaaten und England und Frankreich eine historische Tatsache sind, wird man die Frage aufwerfen, ob auch derartige Beziehungen zwischen Preußen und den Südstaaten stattfanden. Gerade weil solche Beziehungen nur von einem unoffiziellen Charakter sein könnten, ist die Frage schwer zu beantworten. Bis zum Sommer im Jahre 1863 hatten die Konföderierten keinen Kommissar nach Berlin geschickt. Damals schrieb aber Herr Lamar, Kommissar des Südens für Rußland, an Judith P. Benjamin, Staatssekretär der Konföderation: „Ungeachtet des jetzigen unruhigen Standes der deutschen Politik, bin ich überzeugt, daß viele Dienste für unsere Sache geleistet werden könnten, wenn Sie einen Kommissar an die Regierungen von Österreich und Preußen schickten.“[63] Ob ein Kommissar wirklich abgesandt worden ist, ist jedoch höchst unwahrscheinlich, da in den diplomatischen Archiven des Südens keine Berichte vorhanden sind. Zweifellos hielt Benjamin es für unnütz, Kommissäre an ein Volk zu schicken, das seine eigenen Agenten als sehr der Union freundlich bezeichneten. Dagegen bekam wahrscheinlich das preußische auswärtige Amt durch die Legation in Paris die diplomatischen Noten, die die Kommissäre der Konföderierten an die Vertreter der Großmächte in Paris lieferten. Unter solchen war zweifellos die Note vom 11. November 1864, die erklärte, daß die Südstaaten zur Annahme einer Intervention der Großmächte bereit wären.[64]

II. Die Hansestädte.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Bremen und den Vereinigten Staaten hatten ihren Ursprung in den rasch emporsteigenden Handelsbeziehungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nach der Eröffnung der transatlantischen Dampfschiffahrt zwischen Amerika und England tauchte in Amerika auch der Plan einer direkten Verbindung mit dem europäischen Festlande auf. Die Bremer Kaufleute nahmen den Plan eifrig auf und machten den Versuch, die vorgeschlagene

[63] Messages and Papers of the Confederacy, Bd. II, S. 455.
[64] Messages and Papers of the Confederacy, Bd. II, S. 681 u. 684.

Linie nach ihrer Stadt zu lenken. Dudley Mann, damals amerikanischer Konsul in Bremen, nahm auch daran ein lebhaftes Interesse und führte selbst die Verhandlungen in Washington. Um einen Vertreter am Orte zu haben, schickte Bremen im Jahre 1845 Karl Gevekoht als Spezialgesandten nach Washington, der die Gründung der Aktiengesellschaft herbeiführte. Da das nötige Kapital nicht in New York zu finden war, gaben Preußen, Bremen, Hannover, Oldenburg, Sachsen, die Thüringischen Staaten, Frankfurt a. M., Hessen-Darmstadt und Baden Beiträge.[65]

Diese Sendung Gevekohts bildete den Präzedenzfall, der zu der Gründung der bremischen Gesandtschaft in Washington mit Dr. Rudolf Schleiden als erstem Ministerresidenten führte. Rudolf Matthias Schleiden wurde am 22. Juli 1815 auf Ascheberg bei Plön in Holstein geboren. Er trat, nachdem er seine juristischen Studien in Deutschland vollendet hatte, 1840 in den dänischen Staatsdienst ein. Als der Krieg im Jahre 1848 ausbrach, hielt er zu den Herzogtümern und verließ Kopenhagen, um in den Dienst der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins zu treten. Von Kiel aus wurde Schleiden erst als Vertreter nach Frankfurt geschickt, wo er in das Vorparlament eintrat. Hier wurde er unter anderen hervorragenden Männern mit dem Bürgermeister von Bremen Dr. Smidt bekannt, dem er seine spätere diplomatische Karriere verdankte.

Als 1853 der Senat von Bremen sich entschloß, einen Ministerresidenten nach Amerika zu schicken, bot Smidt die Stellung Schleiden an, der sie sofort annahm. Schon im Sommer desselben Jahres reiste er nach Washington ab. Nachdem er seine Beglaubigungsschreiben dem Präsidenten Pierce überreicht hatte, machte er mit dem Geheimrat Delbrück, dem damaligen preußischen Kommissar zur ersten amerikanischen Gewerbeausstellung in New York, eine Reise durch den Westen der Vereinigten Staaten.[66]

Schleiden gewann bald eine hohe Stellung in dem diplomatischen Korps in Washington. Von Natur aus reich begabt und mit ungewöhnlichen Kenntnissen ausgestattet, wußte er

[65] von Bippen, Geschichte der Stadt Bremen, Bd. III, S. 493.
[66] Deutsche Biographie: Schleiden R., Bd. LIV, Nachträge.

eine führende Rolle unter den Vertretern der Großmächte zu spielen. Oft zu Rate gezogen und überall in der Gesellschaft gesucht, blieb er ein Jahrzehnt lang, obgleich er nur der Vertreter einer Hansestadt war, einer der bedeutendsten Persönlichkeiten unter den fremden Diplomaten.

Wie die meisten seiner Kollegen hatte Schleiden die kommende Krisis schon längst vorausgesehen. „Seit den Zeiten des Unabhängigkeitskrieges", bemerkte er in seiner ersten Depesche im Jahr 1861, „hat kein Jahr für die Vereinigten Staaten unter so drohenden Verhältnissen begonnen, wie das Jahr 1861."[67] Unter den Drohungen und Kompromiß-Vorschlägen war es allerdings schwierig, klar über die Lage zu urteilen. Doch schien Schleiden, trotz der Bemühungen Crittendens und des Erfolges der Rede von Seward im Senat, die Sezession des Südens als nahe bevorstehend zu betrachten. Treffend sagt ihm der Senator Hemphill von Texas über Sewards Rede: „Es wäre eine schöne Rede für den 4. Juli, aber wir treten aus der Union aus."

In einer Privatunterredung mit Schleiden am 25. Januar 1861 wiederholte Seward jedoch seine optimistische Auffassung, daß die Sezession nur ein Parteimanöver wäre und bemerkte: „Mit der neuen Administration wird Ordnung wiederkehren." Dann entwickelte er, der künftige Staatssekretär, dem bremischen Gesandten jenen abenteuerlichen Plan, einen auswärtigen Krieg herbeizuführen, der einige Monate nachher von ihm dem Präsidenten Lincoln vorgelegt, aber von diesem ohne weiteres abgelehnt wurde. „Wollte der liebe Gott", sagte Seward zu Schleiden, „den Vereinigten Staaten einen Vorwand zu einem Kriege mit England oder Frankreich oder Spanien geben, so würde darin das beste Mittel bestehen, sofort den Frieden im Innern wiederherzustellen."[68] Noch einmal am 10. Februar 1861 sprach Seward mit Schleiden über dieses Thema und „beklagte, daß augenblicklich keine auswärtige Frage obschwebte, die einen guten Vorwand zum Bruche mit einer fremden Macht biete."[69] Daß

---

[67] Bericht des Ministerresidenten Dr. Schleiden de 1861, Nr. 1.
[68] Berichte de 1861, Nr. 13. — [69] Id., Nr. 20.

Seward den alten staatsmännischen Gedanken, die innere Politik durch äußere Politik zu treiben, nicht zufällig aufgenommen, wie oft behauptet wird, sondern lange im stillen überlegt hatte, beweisen durchaus seine Unterredungen mit Schleiden.[70]

Der Gang der Ereignisse zeigte aber, daß der Bruch zwischen dem Norden und dem Süden endgültig war. Schon im Frühjahr 1861 bildeten die Schiffahrtsangelegenheiten in den südlichen Staaten eine große Besorgnis für die fremden Gesandten. Da nächst England die Stadt Bremen unmittelbar in dieser Frage interessiert war, bemühte sich Schleiden, um die günstigsten Bedingungen für den auswärtigen Handel zu erlangen. Endlich am 11. Januar 1861 antwortete ihm Black, der damalige Staatssekretär, in einer offiziellen Note, daß fremde Schiffe in Charleston auf eigenes Risiko einlaufen würden. Doch fügte er hinzu, daß die Regierung der Union kaum Schwierigkeiten in den Weg legen würde.[71] Von südlicher Seite empfing Schleiden am 19. Februar Charles H. Rhett, der im Auftrage des Gouverneurs von Südkarolina anfragte, ob Schiffe mit einer Klarierung vom Staatszollamt nach Bremen abgehen könnten.[72] Auf diese Frage gab Schleiden keine bestimmte Antwort.

Mit Lincoln und anderen neuen Führern der republikanischen Partei wurde Schleiden bald bekannt. Am 2. März, zwei Tage vor der Inaugurierung, gab Schleiden ein Diner zu Ehren des neuen Präsidenten, das etwas ungewöhnliches war, denn die Etikette erlaubt dem Präsidenten nicht, fremden Einladungen zu folgen. Anwesend waren auch vier der künftigen Minister des Präsidenten, ferner der Generalleutnant Scott, der Generalkonsul Schumacher und Dr. Rösing, der Botschaftsattaché.

Der Regierungswechsel in Washington bildete den entscheidenden Moment in der amerikanischen Krisis. Da Schleiden die hervorragenden Führer beider Parteien kannte und alle Hoffnung auf Frieden noch nicht aufgegeben hatte, reiste er in der letzten Woche des April 1861 im tiefsten Geheimnis mit

[70] Vgl. Bancroft, T., The Life of William Seward, Vol. II, 163.
[71] Berichte de 1861, Nr. 6. — [72] Berichte de 1861, Nr. 25.

einem Paß vom Auswärtigen Amte nach Richmond, der Hauptstadt der neuen Konföderation, um im letzten Moment den Versuch eines Kompromisses zwischen dem Norden und dem Süden zu machen. Obgleich Schleiden keine amtliche Mitteilung von der Washingtoner Regierung in Richmond überreichte, war es ihm doch möglich, die Ansichten Sewards über eine Wiederherstellung der Union in Richmond vorzutragen. Sein Versuch, der unzweifelhaft von Seward inspiriert war, kam aber zu spät; die leitenden Männer des Südens waren entschlossen, definitiv aus der alten Union auszutreten. Am Nachmittag des 27. April mußte Schleiden schließlich nach Washington zurückkehren, ohne etwas erreicht zu haben.[73] Bald nachher erstattete er dem Präsidenten und dem Staatssekretär einen Bericht über seine Mission.[74]

Die Zeit der Kompromisse war in der Tat vorbei und Schleiden wurde bald mit der Frage der Anerkennung der Südstaaten und des Seerechtes beschäftigt. Seward, der zuerst eine Anerkennung der Südstaaten von einer oder der anderen der Westmächte nicht ungern gesehen hätte, um damit den Brand allgemein zu machen, wechselte jetzt plötzlich seine Meinung. In freier Unterhaltung mit Schleiden und von Gerolt drückte er mehrmals die Notwendigkeit aus, daß keine Einmischung fremder Mächte in die amerikanische Krisis stattfinde.[75] Schleiden hatte frühzeitig um Instruktionen gebeten und am 1. Juni 1861 schrieb ihm der große bremische Staatsmann Dr. Smidt, „daß keine Veranlassung vorlag, mit einer bestimmten Erklärung über die Stellung hervorzutreten, welche Bremen den amerikanischen Verhältnissen gegenüber einzunehmen beabsichtigt".[76] In der Depesche, in welcher Schleiden den Empfang dieser Instruktionen anerkennt, schickte er eine Abschrift der ähnlichen Instruktionen des italienischen Auswärtigen Amtes vom 22. Mai 1861 an den Ritter von Bertinatti in Washington. Es war einer der letzten Akte des großen Cavour, der, nachdem er den Gesandten ermahnt hatte,

---

[73] Berichte de 1861, Nr. 53.

[74] Berichte de 1863, Nr. 15, Anlage.

[75] Berichte de 1861, Nr. 58 u. 70. — [76] Id., Nr. 72.

sich den kämpfenden Parteien gegenüber zurückzuhalten, in den Worten gipfelte: „Cette réserve toutefois, Monsieur le Chevalier, ne saurait aller jusqu'à nous defendre de manifester nos sympathies pour le triomphe du nord, car la cause, qu'ils soutiennent, n'est pas seulement la cause de la légalité constitutionelle, mais la cause de l'humanité."[77]

Schon im März 1861 sah das amerikanische Auswärtige Amt ein, daß eine Schließung der südlichen Häfen unbedingt internationale Schwierigkeiten hervorrufen würde. Da England und Bremen am meisten am amerikanischen Handel beteiligt waren, lud Seward den englischen Gesandten Lord Lyons und Schleiden ein, mit ihm über die Blockade zu sprechen. Seward wollte, daß die beiden Gesandten das Gespräch vor ihren Regierungen geheim halten sollten. Sie lehnten jedoch dieses Ansinnen ab, berichteten vielmehr die Unterredung streng vertraulich an ihre Regierungen. Während der Unterhaltung erwähnte Seward den Plan einer Erhebung der Unionszölle vor den Häfen des Südens und bat die beiden Gesandten um ihre Meinungen darüber. Lyons und Schleiden erklärten sich sehr dagegen und zwar, weil die Erhebung zu viele Reklamationen hervorrufen würde.[78]

Die reguläre Blockade veranlaßte doch viele Reklamationen und Fragen seitens Schleidens. Am 3. Mai 1861 lehnte es Seward ab, bremische Auswandererschiffe durch die Blockade von New Orleans zu lassen.[79] Am 9. Mai erklärte er aber in einer Note an Schleiden, daß bremischen Schiffen, die schon in New Orleans waren, eine Frist von 15 Tagen erlaubt sein würde, um den Hafen zu verlassen.

Unter den allgemeinen Seerechtsfragen, die die Blockade der Südstaaten hervorrief, war die Frage über die Haltung der Union der Pariser Deklaration gegenüber wohl die wichtigste. Durch die auswärtigen Vertreter und die allgemeine Lage beeinflußt, entschloß sich Seward schon im Mai 1861, das Marcysche Amendement der Deklaration fallen zu lassen und auf der Basis der Pariser Erklärung Verträge mit den daran

[77] Berichte de 1861, Nr. 72, Anlage.
[78] Berichte de 1861, Nr. 48, Vertraulich.
[79] Berichte de 1861, Nr. 59, Anlage.

beteiligten Mächten abzuschließen. Auf diese Weise wollte er eine Anerkennung der südlichen Kaperschiffe seitens der Westmächte aus der Welt schaffen.[80]

Am 29. Mai 1861 schlug Seward in einer Note an Schleiden die Schließung eines solchen Vertrages nach dem Muster des vorgeschlagenen englisch-amerikanischen Entwurfes vor.[81] Schleiden ging eifrig darauf ein und bat zu diesem Zweck seine Regierung sowohl wie diejenigen von Hamburg und Lübeck um Vollmacht.[82] Am 26. Juni wurde diese seitens Bremens und am 28. Juni seitens Hamburgs und Lübecks bewilligt. Sobald Schleiden die Vollmachten bekam, legte er den Entwurf eines Vertrages Seward vor. Seward, der im Mai so eifrig bei der Sache war, bat nun um eine gewisse Zeit, um den Entwurf durchzusehen.[83] Trotz des Versuches Schleidens, durch einige Senatoren, Kabinettsmitglieder und den preußischen Gesandten einen Druck auf Seward und Lincoln auszuüben, zog sich die Verhandlung in die Länge.[84] Endlich am 22. Juli 1861 berichtete Schleiden nach Bremen, daß die amerikanische Regierung definitiv abgelehnt habe, mit oder ohne das Marcysche Amendement der Pariser Deklaration beizutreten.[85] Dieser Entschluß Sewards ist aus der veränderten diplomatischen Lage gut zu verstehen. Die meisten Großmächte, wie Preußen, hatten sich schon mit der bloßen Zustimmung der Vereinigten Staaten zu der Pariser Deklaration zufrieden erklärt. Und da die Westmächte den Süden als kriegführende Macht anerkannt hatten, verlor die ursprüngliche Politik Sewards ihren Zweck. In dieser veränderten Lage wollte Seward mit Rücksicht auf England und Frankreich die gefährliche Waffe der Kaperei nicht aufgeben. „Das versteht sich von selbst", sagte er zu dem russischen Gesandten, Baron von Stöckl, „daß wir Kaper im Kriege mit England oder Frankreich brauchen würden."[86]

---

[80] Berichte de 1861, Nr. 65. — [81] Id., Nr. 66.
[82] Berichte de 1861, Nr. 66. — [83] Id., Nr. 79.
[84] Berichte de 1861, Nr. 81.
[85] Berichte de 1861, Nr. 84.
[86] Berichte de 1861, Nr. 84.

Gerade zu dieser Zeit trat ein kleines Ereignis ein, das Schleiden viel Besorgnis verursachte. Seine Depesche Nr. 94 an „The Honorable Commitee of Foreign Affairs" Bremen, adressiert, wurde durch Versehen des Washingtoner Postmeisters an die amerikanische Kommission gleichen Namens gesandt. Der Vorsitzende der Kommission, der berühmte amerikanische Staatsmann Charles Sumner, öffnete aus Versehen die Depesche; sobald er aber seinen Fehler entdeckte, schickte er sie an Schleiden zurück. Schleiden war erst der Meinung, daß die Depesche im Postamt geöffnet worden sei, erhob aber auf den Rat einiger seiner Kollegen keine amtliche Beschwerde wegen Verletzung seines Siegels.[87] Am 28. August 1861 traf der Legationsrat Dr. Rösing Senator Sumner in Boston und erwähnte Schleidens Befürchtungen, worauf Sumner sofort an Schleiden schrieb, daß die Depesche erst von ihm geöffnet worden sei. „Ich erwähne diese Tatsache", fügte er hinzu, „so daß Sie über künftige Depeschen nicht beunruhigt sein werden."[88]

Am 11. September 1861 wurde Schleiden von Bremen instruiert, bei der amerikanischen Regierung anzufragen, ob er auch die Vertretung der hanseatischen Interessen in Mexiko übernehmen dürfte. Nach einer Besprechung mit Seward sah man, daß wegen des damaligen Standes der mexikanischen Angelegenheiten solch ein Plan kaum genehm war.[89]

Der Trent-Fall, der Mitte November 1861 das ganze diplomatische Korps in Washington überraschte, war wegen der damit verbundenen Kriegsgefahr für Schleiden von der größten Bedeutung. Er faßte die Lage sehr ernst auf und berichtete an seine Regierung: „Wie man diese Sache auch juristisch beurteilen mag, heißt es jedenfalls ein Unglück." Am 14. Dezember hatte Schleiden eine Besprechung mit Seward, der ihm sein Bedauern ausdrückte, daß man seine friedlichen Gesinnungen bezweifle.[90] Unter anderem erklärte Seward, daß

---

[87] Berichte de 1861, Nr. 102.

[88] Berichte de 1861, Nr. 114 u. 115.

[89] Berichte de 1861, Nr. 102.

[90] Berichte de 1861, Nr. 114 u. 115.

der Plan von Wilkes, ungeachtet der Bemerkungen des Marinesekretärs Wells, niemals gebilligt worden war.[91]

Am Morgen des 19. Dezembers traf der englische Courier mit den Depeschen für Lord Lyons in Washington ein. Auch Seward bekam seine Depeschen von London denselben Morgen, und um sie ruhig lesen zu können, ging er in einen Kommissionssaal des Kapitols, so daß, als Lyons um ein Uhr auf das Staatsdepartement kam, Seward nicht zu sprechen war. Erst nachdem er vollkommen orientiert war, besuchte Seward einige Stunden später den britischen Minister in seiner Wohnung.[92] Am 21. Dezember sagte Lyons zu Schleiden, daß alle Diskussion über den Fall vorbei sei und daß die Entscheidung über die Auslieferung der gefangenen Kommissäre bei der amerikanischen Regierung läge.[93] Nachdem die gefangenen Kommissäre Ende Dezember ausgeliefert worden waren, bemerkte Schleiden, daß „der moralische Mut, mit welchem die Regierung und namentlich Herr Seward der öffentlichen Meinung Trotz geboten hat, jedenfalls Anerkennung verdient".[94]

Die Instruktionen, die Österreich, Preußen und Rußland an ihre Gesandten über den Trent-Fall erteilten, wurden erst von Seward sehr freundlich entgegengenommen. Am 16. Januar 1862 fragte Seward Schleiden, ob seine Regierung ihm auch über den Trent-Fall Instruktionen geschickt hätte, und fügte hinzu, daß er die anderen als ein Zeichen der Anerkennung der liberalen Grundsätze des Seerechts seitens der Kontinentalmächte betrachte.[95] Nach den späteren Berichten von Schleiden änderte aber der Staatssekretär seine Meinung darüber und erklärte mit Bitterkeit einem Diplomaten, daß „Preußen und Österreich sich von England hätten ins Schlepptau nehmen lassen und daß jeder gute Rat, nachdem man bereits einen Entschluß gefaßt habe, lästig sei".[96]

Im Frühling 1862 bat Schleiden um Urlaub, da er eine Reise nach Europa machen wollte. Die Zeit schien ihm sehr

---

[91] Berichte de 1861, Nr. 127.

[92] Berichte de 1861, Nr. 128. — [93] Id., Nr. 131.

[94] Berichte de 1861, Nr. 135. — [95] Berichte de 1862, Nr. 5.

[96] Berichte de 1862, Nr. 6.

günstig dafür; auch Seward riet ihm lebhaft zu, den Augenblick zu benutzen. Dagegen sagte ihm der Kriegsminister: „Warten Sie lieber noch sechzig Tage, um das völlige Ende der Rebellion zu sehen.“[97] Schleiden teilte kaum diese Ansicht. Er betrachtete den Bürgerkrieg als eine Revolution, nicht als einen Aufstand, und zweifelte sehr, ob die Union je wiederherzustellen wäre. In diesem Glauben reiste er am 8. April 1862 nach London ab.[98]

Dr. Johannes Rösing, der bremische „chargé d'affaires ad interim“, wurde bald nach der Abreise seines Chefs mit einer Frage des Sklavenhandels beschäftigt. Am 25. April 1862 setzte Seward ihn in Kenntnis, daß gewisse amerikanische Schiffe von New York nach Bremen abgegangen seien, um sich dort unter bremischer Flagge für den Sklavenhandel auszurüsten. Rösing antwortete darauf am nächsten Tage, daß er den Fall an seine Regierung berichtet hätte, welche ohne Zweifel die nötigen Schritte tun würde. Um Seward über das bremische Recht über Sklavenhandel in Kenntnis zu setzen, zitierte Rösing das Gesetz vom 20. Februar 1837 zur Unterdrückung des Sklavenhandels und die Konvention der Hansestädte mit England und Frankreich vom 9. Juni 1837.[99] Der Verdacht, daß die bremische Flagge zum Sklavenhandel mißbraucht würde, erregte die sorgfältige Aufmerksamkeit der bremischen Regierung. Die Nachricht wurde sofort am 14. Juni der oldenburgischen Regierung mitgeteilt, da man vermutete, daß die Schiffe in einen oldenburgischen Hafen einlaufen würden. Auch Schleiden, der in Bath weilte, wurde zu Rate gezogen und schlug als eine Antwort auf die amerikanische Note eine kurze Widerlegung der angeblichen Verdachtsgründe infolge der polizeilichen Untersuchung vor. Am 21. Juni schrieb der Senator Gildemeister an Rösing, daß der Verdacht gegen Bremer Schiffe wegen Sklavenhandels sich als unbegründet erwiesen hätte. Dabei drückte er aber seine Zustimmung zu den amerikanischen Anstrengungen zur Unterdrückung des Sklavenhandels aus. Am 30. Juni benachrichtigte das groß-

[97] Berichte de 1862, Nr. 26. — [98] Id., Nr. 31.
[99] Berichte de 1862, Nr. 35 Anlage.

herzoglich oldenburgische Amt in Brake, das den Fall untersucht hatte, die Bremer Regierung, daß die verdächtigen Schiffe schon angekommen seien und nichts gegen sie einzuwenden wäre. Rösing berichtete am 17. Juli den Inhalt der Note seiner Regierung an Seward, der am 28. desselben Monats den Dank seiner Regierung für das Ergebnis der Untersuchungen aussprach. Damit war die Angelegenheit erledigt.[100]

Am 10. Dezember 1862 kehrte Schleiden nach New York zurück. Während seiner Abwesenheit in Europa hatte er die amerikanische Lage nicht nur mit seiner eigenen Regierung, sondern auch mit hervorragenden Diplomaten anderer Länder besprochen. Als er in Paris war, wurde er am 18. November vom französischen Minister des Auswärtigen, Drouyn de Lhuys, empfangen. Der französische Minister sprach sehr eingehend über amerikanische Verhältnisse und erklärte, daß ihm weder an der Union noch an der Auflösung der Union, weder an der Sklaverei noch an der Abolition etwas gelegen wäre. Aber er behauptete, daß Friede in Amerika unbedingt nötig wäre, um die mexikanische Frage zu lösen.[101]

Schleiden erreichte Washington gerade nach der Ministerkrisis, die die Folge der Beschlüsse des „Caucus" der republikanischen Senatoren vom 17. Dezember war. Seward, der eine rechtzeitige Warnung vor den Beschlüssen gegen die Politik des Kabinetts erhalten hatte, vereitelte sie, indem er die Sache an die Öffentlichkeit brachte. Am 21. Dezember besuchte Schleiden Seward, um ihn zur Wiederaufnahme der Geschäfte zu beglückwünschen und über seinen Empfang als nunmehr zurückgekehrter hanseatischer Minister zu sprechen; der bisherige bremische Geschäftsträger war nämlich von jetzt an als hanseatischer Ministerresident, als Vertreter der drei Städte Lübeck, Hamburg und Bremen bei der Union beglaubigt. Wegen der Ministerkrisis mußte aber der offizielle Empfang verschoben werden und erst am 23. Dezember wurde

---

[100] Berichte de 1862, Nr. 55, nebst Anlage: Extract aus dem Senatsprotokolle de 1862, Mai 19. August 19.

[101] Berichte de 1862, Nr. 79 u. 85.

Schleiden als hanseatischer Minister vom Präsidenten empfangen.[102]

Der Erlaß der Proklamation über die Emanzipation der Sklaven am Anfang des Jahres 1863 machte überall den größten Eindruck. Wie Schleiden so oft berichtet hatte, war die Befreiung der Sklaven die natürliche Folge des Sieges der Abolitionisten im Norden. Allerdings dachte Schleiden nicht sehr optimistisch über den Erfolg der Proklamation, sondern bezeichnete sie als einen gefährlichen Schritt. Treffend, bemerkte er, waren die Worte Machiavellis, der die Frage aufwarf, was schwieriger sei, Freie zu Sklaven oder Sklaven frei zu machen.[103]

Im Februar 1863 tauchte die mexikanische Frage in dem amerikanischen Senat auf infolge einer Resolution von Mc. Dougall von Kalifornien zugunsten der Mexikaner. Trotz der Ablehnung dieser Resolution erklärten viele Senatoren Schleiden, daß ein auswärtiger Krieg das beste Mittel wäre, um die Union wiederherzustellen. Als Schleiden Seward nach den Plänen der auswärtigen Kriegspartei fragte, lehnte dieser eine Diskussion der Frage ab, indem er scherzend sagte, er dürfe darüber nicht sprechen, ohne vorher die Befehle des Präsidenten eingezogen zu haben. Dem französischen Gesandten Mercier hatte die Expedition nach Mexiko von Anfang an große Sorge gemacht. Über Mexiko pflegte er zu sagen: „c'est mon cauchemar."[104]

Nach der Veröffentlichung der Depeschen Merciers in Paris über seine Reise nach Richmond im August 1861 verlangte der amerikanische Kongreß die Vorlegung der Korrespondenz zwischen Seward und Mercier über diese Reise. In einem Schreiben an den Präsidenten vom 9. Februar 1863 gab Seward die nötigen Erklärungen über die Genehmigung der Reise Merciers und zitierte als Präzedenzfall dafür die Bewilligung eines Passes für Schleiden für seine Reise nach Richmond im April 1861. Diese Veröffentlichung hatte den erwünschten Erfolg. Rücksichtlich der Erwähnung seines Namens in der

---

[102] Berichte de 1863, Nr. 3.
[103] Berichte de 1862, Nr. 62 und Berichte de 1863, Nr. 1.
[104] Berichte de 1863, Nr. 11.

Mitteilung des Staatssekretärs bemerkt Schleiden, daß „das Geheimnis meiner Mission bisher streng bewahrt wird und, wie Herr Seward mir unaufgefordert sagte, nur deshalb verletzt ist, weil er dadurch sein Verfahren gegen den französischen Gesandten in ein besseres Licht zu setzen vermochte".[105]

Am 26. April 1863 wurden Schleiden, von Gerolt und der schwedische Gesandte von Seward eingeladen, eine sechstägige Exkursion nach den großen militärischen Punkten im Osten zu machen. Schleiden berichtete, daß die Unionsarmee einen weitaus günstigeren Eindruck machte, als er erwartete. Der politische Erfolg dieser Reise war ein solcher, daß Seward im August eine zweite nach dem mittleren Teil des Staates New York veranstaltete, zu der das ganze diplomatische Korps eingeladen wurde. Schleiden berichtet sehr ausführlich über den glänzenden Empfang, der zu Ehren des diplomatischen Korps veranstaltet wurde, und sicher war die Reise ein echt amerikanischer Gedanke, um die angebliche Freundschaft mit allen Nationen vor aller Welt zu zeigen.[106]

Doch kaum war eine Angelegenheit mit einer der Westmächte erledigt, als eine andere auftauchte. Schleiden, für den die wirtschaftliche Seite des Bürgerkrieges maßgebend war, erblickte in jedem Zwischenfall mit den Westmächten wegen des Seerechts oder der Blockade den möglichen Keim eines Konflikts. Für besonders bedeutungsvoll hielt er die zweite Resolution Mc. Dougalls, die dieser im Januar 1864 im Senat einbrachte, Krieg gegen Frankreich zu führen, wenn die französischen Truppen in Mexiko nicht bis zum 15. März abmarschierten. Wie seine frühere Resolution wurde diese auch ohne weiteres abgelehnt. Doch sagte Seward in einem Gespräch mit Schleiden am 14. Januar, daß der Resolution ein sehr wichtiger Gedanke zugrunde läge und daß sie nur deshalb abgelehnt worden wäre, weil der Termin des französischen Rückzuges zu kurz angesetzt sei.[107] Gerade diese kleine Bemerkung Sewards ist besonders wichtig, da sie zeigt, daß der Staatssekretär sich vollkommen klar über seine mexi-

[105] Berichte de 1863, Nr. 15.

[106] Berichte de 1863, Nr. 36 u. 67. — [107] Berichte de 1864, Nr. 4

kanische Politik war und daß er nach dem Bürgerkriege nur das ausführte, was er schon 1864 im Sinn gehabt hatte.

Am 15. Februar 1864 bat Schleiden wieder um Urlaub, da Privatangelegenheiten seine Anwesenheit in Europa erforderlich machten. Er betrachtete die politische Lage als durchaus ruhig und sprach seine Überzeugung aus, daß Herr Rösing die laufenden Geschäfte gut übernehmen könnte.[108] Der erwünschte Urlaub wurde Schleiden sofort bewilligt und Anfang April 1864 verließ er Washington, um erst nach dem Ende des Bürgerkrieges zurückzukehren. Er war Gesandter in Washington geworden, als die große Periode der politischen Vorherrschaft des Südens zu Ende ging. Aber schon vorher, als Vertreter einer einzigen Hansarepublik, hatte er in wenigen Jahren eine führende Stellung in der diplomatischen Gesellschaft Washingtons einzunehmen verstanden.[109]

Dr. Rösing, der die Gesandtschaft in Washington nach der Abreise Schleidens übernahm, leitete die hanseatischen Geschäfte bis zum Ende des Bürgerkrieges. Vor seiner Abreise hatte Schleiden ein Schreiben des Generalpostmeisters Blair an Seward veranlaßt, um während eines Krieges zwischen

---

[108] Berichte de 1864, Nr. 8.

[109] Über den späteren Lebenslauf Schleidens sei hier nur das folgende bemerkt: Nach seiner Übernahme der hanseatischen Ministerresidentschaft in London im Jahre 1865 geriet er in eine antipreußische Politik, die ihn in Opposition zu Bismarck brachte. Diese war die natürliche Folge von Schleidens politischer Überzeugung. Von Anfang seiner politischen Tätigkeit an war er ein fester Anhänger des politischen Systems des deutschen Bundes, und insbesondere war sein Streben auf die Herstellung Schleswig-Holsteins als eines selbständigen Gliedes jenes Bundes gerichtet; daran hielt er mit einer eisernen Konsequenz fest. Er widerstrebte mit seiner ganzen Kraft den Annexionsplänen Bismarcks und als diese doch zustande kamen, war seine diplomatische Laufbahn beendigt. Nachdem er noch in den Jahren 1870 bis 1873 dem deutschen Reichstage angehört hatte, zog er sich nach Freiburg zurück. In seinen letzten Lebensjahren beschäftigte er sich mit seinen Lebenserinnerungen, von denen vier Bände erschienen (Wiesbaden 1886—1893), die aber nur seine schleswig-holsteinische Periode, die Jahre 1841 bis 1850, behandeln. Zum letzten Male reiste er 1888 nach Berlin, wo er die Tochter des Herzogs Friedrich als deutsche Kaiserin begrüßte. Vollkommen mit der neuen Ordnung versöhnt, starb er am 25. Februar 1895.

Dänemark und Deutschland die Neutralität der transatlantischen Postschiffe von Bremen und Hamburg zu sichern. Seward kam mit dem dänischen Gesandten von Raastoff in dieser Sache überein, der dies seiner Regierung übermittelte. Inzwischen hatte Schleiden allen hanseatischen Schiffen in amerikanischen Häfen eine Warnung wegen des Krieges zukommen lassen. Die Nachricht einer Einwilligung in den Vorschlag Schleidens seitens der dänischen Regierung erreichte Rösing erst im Mai. Am 20. Mai ging er auf das Staatsdepartement, um den Dank seiner Regierung für den Erfolg der amerikanischen Bemühungen wegen der Neutralität der Dampfschiffe auszusprechen.[110]

Mit dem Ende dieser Angelegenheit sind die bedeutenderen diplomatischen Fragen, die während des Bürgerkrieges entstanden, beendigt. Zwar gab es noch einzelne Diskussionen zwischen Rösing und Seward über Reklamationen und Konsularrechte, aber sie waren von geringer Bedeutung. Hatte Schleiden, schon bevor er Washington verließ, längst eingesehen, daß der gewaltige Aufstand des Südens scheitern mußte, so berichtete Rösing stets, daß die Rebellion hoffnungslos wäre und daß die gerechte Sache des Nordens endlich triumphieren müßte. „Der geschichtsphilosophischen Betrachtung", schrieb er am 23. März 1865, „mußte dabei die Idee, inmitten der Zivilisation des 19. Jahrhunderts ein Staatswesen auf Grundlage der Sklaverei zu errichten, als eine Monstrosität erscheinen, als ein Frevel gegen den Geist der Zeit wie gegen die eigene menschliche Natur, die den Keim tragischer Entwicklung in sich trägt."[111]

Preußen und die Hansestädte waren — außer Österreich — die einzigen deutschen Staaten, die während des amerikanischen Sezessionskrieges selbständige diplomatische Beziehungen zu Amerika hatten. Die anderen deutschen Staaten besaßen teils wegen ihrer geographischen Lage, teils wegen ihrer geringen Bedeutung keine diplomatischen Vertreter in Washington. Die Vereinigten Staaten hatten nur einen Gesandten in Deutschland, der am Berliner Hofe beglaubigt wurde.

---

[110] Berichte de 1864, Nr. 25 u. 26. — [111] Berichte de 1865, Nr. 10.

Für alle speziellen Zwecke wurde aber der Gesandte in Berlin besonders an die anderen Höfe beglaubigt.

Die diplomatischen Fragen zwischen diesen anderen deutschen Staaten und Amerika, die im Laufe des Bürgerkrieges sich erhoben, waren ganz minimal. Am 22. August 1863 protestierte der amerikanische Konsul in München gegen die Erhebung einer Steuer auf offizielle Bücher, die von Washington nach München geschickt waren. Das bayrische Auswärtige Amt hatte früher im Dezember 1861 entschieden, daß Schreibwaren für das Konsulat zollfrei sein sollten. Deswegen protestierte der Konsul gegen einen Zoll auf Bücher, die für das Konsulat bestimmt seien. Seward antwortete aber, daß, da die Vereinigten Staaten auch Zölle auf Artikel für fremde Konsulate erhöben, das Auswärtige Amt nichts in dem Falle tun könnte.[112]

Eine andere Zollstreitigkeit tauchte in Hannover auf, wo die Steuerbeamten einen Exportzoll von drei Talern für den Zentner auf gewisse Pakete von Leinen verlangten, die als ein Geschenk der Deutschen in Frankfurt nach Amerika geschickt wurden. Der amerikanische Generalkonsul in Frankfurt legte den Fall der Regierung Hannovers vor und nach einer Zurückhaltung von vier Wochen wurden die Pakete freigelassen.[113]

Eine weitere geringfügige diplomatische Frage war der Struvefall. Gustav Struve, ein Achtundvierziger und revolutionärer Führer in Baden, war nach Amerika ausgewandert und hatte im Sezessionskriege in der Unionsarmee gedient. Nach der badischen Amnestie kehrte er nach Deutschland zurück und ließ sich in Coburg nieder, wo er eine Zeitschrift „Diesseits und Jenseits des Ozeans" herausgab.[114] Im Jahre 1863 wurde er zum amerikanischen Konsul für Thüringen ernannt. Die Regierung von Sachsen-Meiningen verweigerte jedoch aus begreiflichen Gründen dem radikalen Publizisten das Exequatur, und schließlich enthob das amerikanische Staatsdepartement ihn seines Amtes.

[112] Diplomatic Correspondence 1863, Pt. II, S. 1380.

[113] Diplomatic Correspondence 1863, Pt. II, S. 1384.

[114] Siehe darüber Seite 60.

Zweiter Teil.

Die öffentliche Meinung Deutschlands während des amerikanischen Bürgerkrieges.

I. Die Deutschamerikaner und der Bürgerkrieg.

Erst am Ende des 17. Jahrhunderts begann die lange Periode der deutschen Auswanderung nach Amerika, die die Rassenverwandtschaft zwischen beiden Nationen so befestigt hat. Schon in der amerikanischen Kolonialzeit fand eine große Auswanderung von Süddeutschland und besonders von der Pfalz nach Amerika statt. Diese Deutschen siedelten sich meist in Pennsylvanien und den angrenzenden Staaten an, eine kleine Zahl wanderte nach den Südstaaten aus; jedoch blieb die überwiegende Mehrheit in den Nordstaaten. Diese sogenannten kolonialen oder pennsylvanischen Deutschen, obgleich sie stark assimiliert wurden, lieferten zur Zeit des Bürgerkrieges bedeutende Führer.

Die zweite große Auswanderung der Deutschen folgte in den Jahren nach den napoleonischen Kriegen. Obgleich eine genaue Statistik über diese Auswanderung nicht existiert, wird sie sehr hoch geschätzt. Von Württemberg allein gingen über 16000 Personen im Jahre 1817, und 1818 gingen 30000 Auswanderer über Mainz und Holland.[115] Nach diesem Höhepunkt der Auswanderung folgte eine Periode der Ruhe. Der Zufall wollte es aber, daß gerade in diesen Jahren zwei der bedeutendsten Deutschamerikaner auswanderten: Franz Lieber und Karl Follen. Beide verfolgten ihre Lebensaufgabe in der neuen Welt isoliert von der Masse ihrer Landsleute; der erste in

[115] Deiler, European Immigration into the United States, S. 2.

Süd-Carolina und der zweite in Massachusetts. Beide hatten ihrer Heimat den Rücken gewandt, um die gedrückten Zustände daheim mit einem freieren politischen Dasein zu vertauschen, und beide haben in ihrer neuen Heimat ihre Namen mit dem Kampfe für die Sklavenemanzipation verbunden.

Mit der allgemeinen wirtschaftlichen Depression in Europa im Jahre 1845 stieg die deutsche Auswanderung wieder. Von den Weberdistrikten Schlesiens kam in diesem und dem folgenden Jahre eine große Anzahl. Harte Winter, schlechte Ernten und sogar Hungersnot erhöhten die Auswanderung.[116]

Dann kam die revolutionäre Zeit vom Jahre 1848. Von diesem Jahre an bis 1853 gab Deutschland Amerika viel von seinem besten Blut. Tausende der intelligentesten und gebildetsten Männer wanderten aus. Professoren und Studenten von allen Fakultäten der Universitäten verließen ihre Heimat. Aus allen Klassen gingen Männer mit Idealen und Ehrgeiz, die wegen ihrer revolutionären Anschauung keine Zukunft mehr im Vaterlande erhoffen konnten. Diese Männer wurden die Führer der Deutschen in Amerika, und da sie sich ausschließlich im Nordwesten ansiedelten, widmeten sie ihre Kraft mit Erfolg der Sache der Freiheit. Aus diesen Kreisen stammten Schurz und Sigel.[117]

In den Jahren 1852 und 1853 wanderten über 280000 Deutsche aus und 1854 verließen 215000 ihre Heimat, um in der neuen Welt ihr Glück zu suchen.[118] Diese Emigranten gingen meistens nach den nordwestlichen Staaten Illinois, Wisconsin und Missouri. Jedes Jahr wurde ihre Zahl durch neue vermehrt. Die gesamte Auswanderung vom Jahre 1820 bis 1861 beläuft sich auf 1500000.[119]

---

[116] Interessant ist die Gründung des Vereins deutscher Fürsten und Standesherren zum Schutze der deutschen Auswanderung nach Texas im Jahre 1847. Der Fürst von Solms-Braunfels war der führende Geist und schickte eine Gesellschaft hin, meist deutsche Adlige. Der Plan einer großen Kolonisation blieb aber ohne Erfolg.

[117] Deiler, European Immigration usw., S. 4—5.

[118] Griesinger gibt die Gesamtzahl der Deutschen in den Südstaaten auf 513000 an. Es waren wahrscheinlich kaum so viele Deutsche im Süden. „Freiheit und Sklaverei", S. 254.

[119] Deiler, a. a. O., S. 25. Die genaue Zahl ist 1525805. Während des Bürgerkrieges wanderten 149638 Deutsche ein.

Von Anfang an forderten die Deutsch-Amerikaner die Abschaffung der Sklaverei. Berühmt ist der erste Protest in Amerika gegen die Sklaverei, der im Jahre 1688 von Pastorius, einigen Crefeldern und Gerhard Hendricks aus Kriegsheim erlassen wurde. Diese Stellungnahme der pennsylvanischen Deutschen lebte in den Deutsch-Amerikanern des 19. Jahrhunderts wieder auf und fand überall im Mutterlande Zustimmung. Ihr erster großer Führer gegen die Sklaverei war Karl Follen, der 1824 nach Amerika übersiedelte und bald Professor an der Harvard-Universität wurde. Im Jahre 1833 trat er der Antisklaverei-Gesellschaft bei und mußte deswegen seine Stellung aufgeben. Bis zu seinem frühen Tode am 13. Januar 1840 widmete er sich der Sache der Freiheit. Mit demselben Eifer traten Johannes Stallo und Olshausen in der Antisklaverei-Bewegung hervor. Im Süden sogar befürwortete Franz Lieber, der Professor an der Universität von Süd-Carolina war, der Befreiung der Sklaven. Nach der Einwanderung der vierziger Jahre nahm der Anteil der Deutschen an der Antisklaverei-Bewegung unter der Führung von Schurz noch mehr zu.

Unter den Deutsch-Amerikanern, die einen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübten, war Karl Schurz weitaus der größte und auch wahrscheinlich einer der namhaftesten Deutschen seiner Zeit. Geboren am 2. März 1829 in Liblar bei Köln, studierte er 1847 an der Bonner Universität, wo er die Bekanntschaft von Kinkel machte. Er beteiligte sich 1848 an der Revolution und entkam bei der Kapitulation von Rastatt auf eine abenteuerliche und verwegene Weise in die Schweiz, kehrte aber nach Berlin zurück, um Kinkel zu befreien, was ihm im November 1850 gelang. Im August 1852 schiffte er sich nach Amerika ein und siedelte nach einem dreijährigen Aufenthalt in Philadelphia nach Wisconsin über. Bald wurde er ein bedeutender Redner der republikanischen Partei und trug wesentlich zu ihrem Siege im Jahre 1860 bei. Im Jahre 1861 wurde er vom Präsidenten Lincoln zum Gesandten in Madrid ernannt. Er versah die diplomatischen Geschäfte in geschickter Weise und erkannte bald das moralische Gewicht, das eine ausgesprochene Stellungnahme der amerikanischen Regierung gegen die Sklaverei in Europa haben würde.

Im Jahre 1862 kehrte er nach Amerika zurück, wurde Brigadegeneral und diente während des Krieges. Im Jahre 1869 wurde er zum Bundessenator von Missouri gewählt und 1877 ernannte Präsident Hayes ihn zum Minister des Innern.

Obgleich er infolge seiner amtlichen Stellung während der Kriegsjahre als Publizist nicht viel tätig sein konnte, machte doch seine politische und militärische Laufbahn seit 1848 in Deutschland den größten Eindruck. Sein hoher moralischer Standpunkt in den öffentlichen Fragen und sein Charakter überhaupt riefen allgemeine Bewunderung hervor. Kein geringerer als Bismarck nannte ihn den größten der ausgewanderten Deutschen.[119a]

Es ist aus allen diesen Gründen leicht zu begreifen, daß diese Deutschen, die von einem ungeeinigten Mutterlande abstammten, die bedrohte amerikanische Einheit verteidigten und daß diese Männer, die wegen ihrer liberalen Anschauungen ausgewandert waren und auch in der Ferne vom deutschen Idealismus erfüllt blieben[120], bald in den Sklavenhaltern ihre großen reaktionären und partikularistischen Gegner erkannten.

Der geistige Verkehr zwischen den Deutsch-Amerikanern und dem Mutterland brachte ein Verständnis der amerikanischen Lage in die großen liberalen Kreise Deutschlands.[121] Mit dem Ausbruche des Bürgerkrieges stand die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf der Seite des Nordens. Und mit Recht konnten sie stolz auf ihre Landsleute jenseits des Ozeans sein, denn mit der Eröffnung der amerikanischen Rebellion beginnt die glänzendste Periode des Deutschtums in Amerika.[122] Mit vollem Rechte erklärte Charles Sumner am 25. Februar 1862 im Senat der Vereinigten Staaten: „Unsere

[119a] Hilgard-Villard, Henry, Lebenserinnerungen, S. 497/98.

[120] Im Jahre 1859 fand die hundertjährige Feier von Schillers Geburt statt. Das Ereignis wurde in Amerika und besonders in New York gefeiert. Eine Büste des Dichters wurde in Bronze nach einem Modell von L. Richter auf einem Piedestal von Granit im Zentral-Park in New York errichtet. Dieses war das erste Denkmal in diesem berühmten Park und damals das einzige von Schiller in der Neuen Welt. (Allgemeine Zeitung vom 26. September 1862.)

[121] Von Achten der Letzte, S. 176.

[122] Deutsche Jahrbücher 1862, B. III, 161.

deutschen Mitbürger sind in dem langen Kampfe mit der Sklaverei nicht nur ernst und treu gewesen, sondern haben die große Frage stets in ihrer wahren Natur und Bedeutung gesehen."[123]

Im Frühjahr 1861 erschienen jeden Tag Nachrichten in den deutschen Zeitungen, wie die Deutsch-Amerikaner sich um die Union sammelten und Regimenter und Brigaden bildeten.

In New York war das siebente, achte, zwanzigste und neunundzwanzigste Regiment der New Yorker Freiwilligen ausschließlich deutsch. Oberst Louis Blenker vom achten Regiment hatte an dem Aufstande in der Pfalz teilgenommen und Oberst Max Weber vom zwanzigsten Regiment war ehemaliger Offizier in Baden.[124] Ein Regiment Steuben, nach dem Freiherrn von Steuben genannt, wurde unter Oberst Bendex aus Ungarn, und ein Regiment Kalb, nach dem Baron de Kalb genannt, wurde unter dem Oberst von Gilsa, einem ehemaligen preußischen Bataillonskommandeur, organisiert.[125] Auch wurde das sechsundvierzigste Regiment der New Yorker Freiwilligen von Oberst Rosa, einem früheren preußischen Offizier, kommandiert.[126] Karl Schurz brachte ein Reiterregiment zusammen. Unter den Deutschen, die als Offiziere der New Yorker Truppe dienten, waren Major Gerhard und Hauptmann Travers aus Kurhessen, Hauptmann Parcus und die Leutnants Krause und Bieling aus Württemberg, Hauptmann Tamsen und Hauptmann Petersen aus Schleswig und Hauptmann Schweizer und Leutnant Göbel aus Bayern.[127] Unter den schnell gesammelten Truppen, die zu dem Schutz der unbewaffneten Hauptstadt eilten, befanden sich deutsche Regimenter.

Aber das größte Verdienst der Deutschen am Anfang des Krieges war die Rettung Missouris. Bei dem „Missouri-Kompromiß" war dieser Staat als ein Sklavenstaat in die Union eingetreten. In den vierziger Jahren siedelten sich viele Deutsche in dem Staate, besonders in der Hauptstadt St. Louis an, so daß

[123] Kaufmann, Wm., Die Deutschen im Bürgerkriege.
[124] Hilgard-Villard, Lebenserinnerungen, S. 333.
[125] Augsburger Allgemeine Zeitung, 11. u. 29. Mai 1861.
[126] Aus dem amerikanischen Bürgerkriege, S. 7, 14 u. 17.
[127] Augsburger Allgemeine Zeitung, 5. Juni 1861.

beim Ausbruch des Sezessionskrieges mehrere hunderttausend Deutsche in Missouri wohnten.[128] Obgleich ein großer Teil der Bevölkerung in Missouri mit den Südstaaten sympathisierte und sich der Sezession anschließen wollte, wurden sie durch die loyalen Deutschen daran verhindert. Der Pöbel von St. Louis versuchte sich der Stadt zu bemächtigen, wurde aber von deutschen Unionstruppen zurückgeworfen und somit die Stadt gerettet. Daß Missouri gezwungen wurde, in dem Bunde zu bleiben, ist ausschließlich den Deutschen zu verdanken.[129]

Eine genaue Verfolgung der militärischen Operationen und des Anteils der Deutschen an denselben ist aber unmöglich, und die Einzelheiten würden kaum mehr Licht auf die deutschen Sympathien werfen. Wegen der ungeheuren Ausdehnung des Kriegsschauplatzes und der unsicheren Kommunikationen gerieten die Kriegsnachrichten sehr oft in die größte Verwirrung. Die Zahl von falschen und sensationellen Berichten, die Europa erreichten, war enorm. Doch besaßen die größeren deutschen Zeitungen einen vortrefflichen Meldungsdienst, und das Volk war über den Fortgang besonders gut orientiert. Die Monatsschriften veröffentlichten oft Artikel von Fachmännern über die Kriegsereignisse. Die Bücher von dem Grafen v. Paris und zahlreiche andere militärische Geschichten fanden auch einen großen Leserkreis.[130] Viele Karten, die die Kriegsschauplätze darstellten, wurden abgedruckt.[131]

Das deutsche Volk war nicht nur an den Taten der Amerikaner und Deutsch-Amerikaner interessiert, sondern auch an den der Deutschen, die, um im Heere zu kämpfen, nach Amerika gingen. In den Armeen der Union dienten viele preußische Offiziere, Landwehrmänner und Soldaten.[132] Gerade am Anfange des Krieges war die Anfrage bei der amerikanischen Gesandtschaft in Berlin sehr groß. Der amerikanische Gesandte mußte erklären, daß die Nachrichten über die un-

[128] Griesinger, a. a. O., S. 254.

[129] Augsburger Allgemeine Zeitung, 5. Juni 1861.

[130] Unter dem Titel „Kriegsoperationen in Amerika" veröffentlicht.

[131] Augsburger Allgemeine Zeitung, 20. Juli 1861.

[132] Eltze, Briefwechsel von J. L. Motley.

bedingte Aufnahme fremder Offiziere unbegründet wären.[133] Obgleich keine Versprechen gegeben wurden, fanden die meisten Offiziere, die hinübergingen, Stellungen.[134] Unter jenen war der General Steinwehr, der Oberst Prinz Salm, Major von Radowitz und General Stahel.[135] Der Namhafteste von denjenigen, die in den südlichen Heeren dienten, war Heros von Borcke.[136 137] Auch in Frankfurt und anderen Städten war die Anfrage sehr groß.[138] Der amerikanische Vizekonsul in Bremen berichtete an seine Regierung, daß das Konsulat täglich mit Männern gefüllt wäre, die sich einschreiben lassen wollten.

Es wurde auch materielle Hilfe durch das Volk geleistet. Während des Krieges wurden einige Warensendungen von Leinwand aus Frankfurt und der Umgebung nach Amerika geschickt. Eine Verladung von 79 Paketen hatte das Gewicht von 10033 Pfund, eine andere sogar von 15000 Pfund.[139] Der amerikanische Kriegsminister Stanton, an welchen die Leinwand geschickt worden, dankte durch den Staatssekretär. Lincoln ließ auch durch Seward seine Anerkennung für das Geschenk aussprechen und bezeichnete es als „ein Zeichen der Sympathie unserer deutschen Brüder mit der Sache der amerikanischen Union".[140]

II. Die Haltung der deutschen Presse.

Es konnte nicht anders sein, als daß die öffentliche Meinung in Deutschland von der Parteinahme der Deutsch-Ameri-

---

133 Preußische Jahrbücher, Bd. III, 1861, S. 90.

134 Graf v. Reichenbach, Die Krisis in den Vereinigten Staaten, S. 40.

135 Augsburger Allgemeine Zeitung, 26. Oktober 1861.

136 Heros v. Borcke, Zwei Jahre im Sattel.

137 v. Borcke war der einzige deutsche Offizier in der Virginia-Armee. Scheibert, Bürgerkrieg in Nordamerika, S. 68. Major Scheibert wurde von der preußischen Regierung beauftragt, den Bürgerkrieg auf der Seite des Südens zu beobachten. v. Borcke, Zwei Jahre im Sattel, S. 152.

138 Augsburger Allgemeine Zeitung, 6. September 1862.

139 Consular Correspondence, S. 1383.

140 Consular Correspondence, S. 1384 u. 1385.

kaner beeinflußt wurde. Um die öffentliche Meinung über den amerikanischen Bürgerkrieg zu verstehen, ist es aber nötig, einen klaren Überblick über die verschiedenen Parteiorgane, die größeren Zeitschriften und die Werke der Publizisten, die während dieser Zeit mit der Geschichte der amerikanischen Ereignisse beschäftigt waren, zu gewinnen. Die großen politischen Gegensätze der deutschen Nation in dieser Periode spielten in der öffentlichen Meinung über das große Drama in der neuen Welt keine erhebliche Rolle. Von Bedeutung waren aber die entgegengesetzte Stellungnahme der Konservativen und Liberalen, wie sie sich in den führenden Parteiorganen äußerte.

In der Presse der sechziger Jahre war die preußische die maßgebende. In Berlin erschienen die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die Sternzeitung, die Neue Preußische Zeitung, die Berliner Allgemeine Zeitung und die Vossische Zeitung. Als Parteiorgan der preußischen konservativen Partei beobachtete die Neue Preußische Zeitung den Südstaaten gegenüber eine gewisse freundliche Politik, die der Haltung der Mehrheit der Partei entsprach. Der Charakter der Junkerklasse Preußens besaß eine gewisse Ähnlichkeit mit der aristokratischen, Plantagen besitzenden und Sklaven haltenden Klasse des Südens. Unter den Konservativen empfand man auch keinen großen Abscheu gegen die Sklaverei, die sogar von Otto von Gerlach als eine göttliche Einrichtung betrachtet wurde.[141] Ähnlich der Politik der Neuen Preußischen Zeitung war die der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Ihre Artikel waren immer kritisch dem Norden gegenüber, und beinahe bis zum Ende des Krieges predigte sie die Unmöglichkeit der Überwindung der Rebellion. Da dieses Organ gelegentlich auch von Bismarck benutzt wurde, so wurde seine scharfe Kritik über den Norden sehr unangenehm empfunden; doch ist es sehr fraglich und jedenfalls unbewiesen, daß Bismarck an ihren amerikanischen Kriegsberichten irgendeinen Anteil hatte oder einen Einfluß darauf ausübte. Kreismann, der amerikanische chargé d'affaires in Berlin, war im Jahre 1864 über einige Angriffe dieser Zeitung

[141] Reichenbach, Die Krisis in Nordamerika, S. 26—28.

so entrüstet und so fest in seinem Glauben, daß sie inspiriert seien, daß er seine Regierung um Instruktionen bat; allein Seward lehnte den geplanten Protest ab.[142] Viel vorsichtiger als die Norddeutsche Allgemeine Zeitung war die ministerielle Sternzeitung in ihrer Politik.

Die liberale Vossische Zeitung zeichnete sich durch Sensationen aus. Ihre Berichte über die südlichen Sympathien Preußens setzten die Regierung mehrmals in Verlegenheit. Im Juli 1864 veröffentlichte sie einen Artikel über den Empfang von südlichen Offizieren im preußischen Lager während des dänischen Feldzuges. Der amerikanische Geschäftsträger richtete infolgedessen eine Anfrage an das Auswärtige Amt, was ein Ableugnen der Nachricht von amtlicher Seite verursachte. Die Politik der Berliner Allgemeinen Zeitung, die während des Krieges eingehende Berichte über die verschiedenen Feldzüge veröffentlichte, war ebenfalls etwas unionsfreundlich.[143]

Im Gegensatz zu den großen Berliner Zeitungen vertrat die Kölnische Zeitung mit großer Entschiedenheit die Sache des Nordens. Der große Leserkreis dieser Zeitung und ihre vortrefflichen Nachrichten machten ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung sehr groß. Auch die liberale Weserzeitung, die in Bremen erschien, veröffentlichte ausgezeichnete amerikanische Kriegsartikel. Ihre Berichte über den Bürgerkrieg galten sogar als die besten, die in deutschen Zeitungen veröffentlicht wurden.[144]

In Süddeutschland verfolgte die Neue Frankfurter Zeitung und die Süddeutsche Zeitung eine schwache Politik, erheblich durch die wirtschaftliche Lage beeinflußt. Das andere große Blatt Süddeutschlands und wahrscheinlich das größte im Lande, die Augsburger Allgemeine Zeitung, vertrat aber eine ausgesprochen freundliche Politik der Union gegenüber. Durch

---

[142] Diplomatic Correspondence 1864, S. 221. Depesche Nr. 23 vom 30. Juli 1864 und S. 194, Depesche Nr. 14 vom 20. August 1864.

[143] Ib., S. 220. Vossische Zeitung, 12. Juli 1864, über den Empfang von südlichen Offizieren während des dänischen Feldzuges. Staatsanzeiger, 21. Juli 1864.

[144] Preußische Jahrbücher, Bd. XII, 1862, S. 89. Blankenburg, Innere Kämpfe der Union, S. 227.

ihren großen Leserkreis übte sie wahrscheinlich mehr Einfluß auf die öffentliche Meinung als irgendein anderes Blatt.[145]

Die Mainzer Zeitung, das Organ der Ultramontanen, verfolgte während des Krieges eine südenfreundliche Politik. Unter dem Einflusse des Bischofs von Ketteler ergriff sie Partei für die Südstaatler. Auch verteidigte die Mainzer Zeitung, wie die konservativen Parteiorgane, das Institut der Sklaverei. Diese Haltung der deutschen Ultramontanen der Sklaverei gegenüber entsprach allerdings nicht der Politik der Kurie. Im Jahre 1862 belohnte der Papst Cochin mit einem Orden wegen seines preisgekrönten Buches L'Abolition de l'Esclavage und sprach sich für die Abschaffung der Sklaverei aus.[146]

Daneben waren die größeren deutschen Monatsschriften und Zeitschriften bedeutende Faktoren zur Herbeiführung eines innerlicheren Verständnisses des amerikanischen Konflikts. Die Preußischen Jahrbücher und die Deutschen Jahrbücher gaben von Zeit zu Zeit vortreffliche Artikel über die Kriegsoperationen und die allgemeine Lage der Union heraus. Die Grenzboten, die Gartenlaube und andere Zeitschriften schilderten die verschiedenen Phasen des Bürgerkrieges in eingehender Weise. Die Sklaverei und ihre Abschaffung, die ungeheuren Kriegsoperationen und die lobenswerte Teilnahme der Deutschen auf der Seite des Nordens waren Gegenstände, die mehrfache Erörterung fanden.

Auch die großen technischen Fortschritte waren für die militärischen und gebildeten Klassen von größtem Interesse. Die Erfindung von Turmschiffen, die Verwendung von Panzerschiffen in Seeschlachten, der Gebrauch von Torpedos und Unterseeboten und die Einführung der neuen Riesengeschütze erregten überall Aufsehen.[147] „Es ist das Verdienst der Amerikaner", schrieb Scheibert, „zuerst die gepanzerten Schiffe auf das Meer und in den Kampf geführt zu haben."[148] Der Sieg

---

[145] Blankenburg, S. 225.

[146] v. Halle, a. a. O., S. 304.

[147] Scheibert, Sieben Monate in den Rebellionsstaaten. Preußische Jahrbücher, Die neuen Systeme der Kriegsschiffe und ihre Bedeutung für Deutschland, 1862, S. 634—655.

[148] Scheibert, Bürgerkrieg in Nordamerika, S. 121.

des „Monitors", als eine Mahnung an England so genannt, über den „Merrimac" gestaltete die ganze Seekriegführung um. Auch wurde der Gebrauch von gezogenen Schußwaffen in Amerika und besonders bei der Belagerung von Charleston eingehend von deutschen Offizieren studiert. Sander schilderte die neuen amerikanischen Geschütze in seinen „Artilleristischen Aphorismen aus dem gegenwärtigen Amerikanischen Kriege".[149] Das Archiv für die Offiziere der königlichen preußischen Artillerie und Ingenieurkorps[150] veröffentlichte einen Bericht von Hauptmann Munther über die gezogenen Schußwaffen der Amerikaner. Roerdansz und Jacobi erwähnen auch die Wirkung der gezogenen Geschütze bei der Belagerung von Charleston.[151]

III. Deutsche Publizisten und Historiker.

Von großer Bedeutung in der Gestaltung der öffentlichen Meinung über den Sezessionskrieg waren die Werke derjenigen deutschen Publizisten, die sich ausführlicher mit den amerikanischen Verhältnissen beschäftigten. Seit der Gründung der englischen Kolonien war in Deutschland eine Literatur über Amerika entstanden, die von der Zeit von Pastorius an eine große Wirkung auf die Deutschen hatte. Deutschlands Interesse für Amerika besaß von jeher einen vorwiegend romantischen Charakter.[152] Neben den zahllosen Reiseberichten und romantischen Erzählungen erschienen aber eingehende Studien über amerikanische soziale, ökonomische und politische Verhältnisse, wie die Werke von Julius, von Raumer, Handelmann und Robert von Mohl, die einen festen Platz in der deutsch-amerikanischen Literatur gefunden haben.

Der bedeutendste Repräsentant dieser Publizistik, dessen Arbeiten nicht nur für den Tag geschrieben worden sind, sondern bleibenden Wert in der historischen Literatur be-

[149] Seiten 95, 106, 131.

[150] Band 55, S. 153.

[151] Roerdansz, Die Wirkung schwerer Geschütze gegen Panzer, S. 41 bis 42. Jacobi, C., Die gezogenen Geschütze der Amerikaner bei der Belagerung von Charleston.

[152] Preußische Jahrbücher, 1861, Bd. VIII, S. 1.

haupten, ist der Deutsch-Amerikaner Friedrich Kapp (1824 bis 1884), einer der Männer, von denen man wirklich sagen darf, daß sie zwei Völkern angehört haben und beiden zugleich in ausgezeichneter Weise gedient haben.[153] Er war am 13. April 1824 zu Hamm in Westfalen geboren, wurde Jurist, aber seine freiheitlichen und nationalen Ideen trieben den jungen Auskultator zur Teilnahme an der revolutionären Bewegung von 1848. Wegen seiner Teilnahme am Frankfurter Aufstand und an der Pfälzischen Revolution mußte er nach Paris flüchten und wanderte, da ihm die nächste Zukunft Deutschlands nichts zu bieten schien, nach New York aus, erwarb das Bürgerrecht und ließ sich als Advokat nieder.

Als aktives Mitglied der republikanischen Partei und als Gegner der Sklaverei, die er schon 1854 in einer Schrift über „Die Sklavenfrage in den Vereinigten Staaten" bekämpfte, begann er in der großen Lebensfrage der Union auf das Deutschtum auf beiden Seiten des Ozeans einzuwirken. Die größte Wirkung auf die öffentliche Meinung in Deutschland übte seine „Geschichte der Sklaverei in den Vereinigten Staaten von Amerika", die als eine Ergänzung seines früheren Werkes 1861 erschien. Hier schilderte Kapp die Gründung und Entwicklung dieses Systems in den englischen Kolonien, seine stets wachsende Wirkung auf das politische und soziale Leben der Südstaaten und endlich die dadurch erfolgte geistige und wirtschaftliche Trennung der zwei großen Landesteile der amerikanischen Union. In einer unparteiischen Art und Weise stellte Kapp die großen Schwächen der Sklaverei in ihrer sozialen und vor allem wirtschaftlichen Richtung dar. Daß die Kultur und Moral der Gegenwart ein solches System in einem Kulturstaat zum Tode verurteilte, hob er klar hervor und seine Schlußfolgerungen fanden einen Widerhall im ganzen liberalen Deutschland.

Aber Kapp war noch mehr als der vornehmste und sachkundigste Aufklärer der Deutschen über das Wesen der Sklaverei. Mehr und mehr war er in seinen historischen Schriften

---

[153] Über ihn: J. Rodenberg, Friedrich Kapp; G. v. Bunsen, Friedrich Kapp, Volkswirtschaftliche Zeitfragen, 49 (1885).

zu einem geistigen Vermittler zwischen Deutschland und Amerika geworden. In den Jahren 1858—1871 verfaßte er eine Reihe von Werken, die sämtlich, man kann sagen mit einer doppelpoligen Tendenz, für Deutsche und Amerikaner zugleich geschrieben sind. Schon vor dem Beginn des Sezessionskrieges gab er 1858 das Buch „Leben des amerikanischen Generals F. W. von Steuben" heraus. Es war eine würdige Darstellung des Organisators der amerikanischen Armee, ohne dessen Rat Washington selten eine Maßregel getroffen haben soll; neben den Franzosen Lafayette, und in militärischer Beziehung noch über ihn, stellte er diesen Deutschen, der aus der Armee Friedrichs des Großen hervorgegangen war. So wollte er mit dem Lebensbilde dieses Mannes einerseits den Deutsch-Amerikanern beispringen, die gern von den Anglo-Amerikanern über die Achsel angesehen wurden. Er sagte in seiner Vorrede: „Die nativistische Bewegung, die vor einigen Jahren mit ungezogenerer Heftigkeit als früher sich wieder an die Oberfläche des öffentlichen Lebens drängte, führte mich unwillkürlich zu jenen Fremden, welche die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten begründen halfen und durch ihre uneigennützigen Taten den Nachkommen jener Unabhängiggewordenen einen beschämenden Spiegel vorhalten." Zugleich aber wollte er mit dem Lebensbilde dieses stolzen und edlen Deutschen das deutsche Nationalgefühl stärken: „uns Deutschen fehlt leider, was unsere Vettern in England und Amerika groß und stark macht: wir haben zu wenig gesunden nationalen Egoismus und zuviel kosmopolitische Verschwommenheit."

Während des Bürgerkrieges schrieb er dann ein Gegenstück, das „Leben des amerikanischen Generals Johann Kalb", des andern großen deutschen Helden der amerikanischen Revolution: zu dem adligen Offizier der friderizianischen Armee gesellte er den fränkischen Bauernsohn, der im französischen Solddienst sich in einen „Seigneur de Kalb" verwandelt hatte und nach tüchtigen Leistungen im Felde 1780 bei Camden in South Carolina fiel. Er widmete sein Buch 1862 einem Manne, der mit ihm 1849 in der Pfälzischen Revolution in Reih und Glied gestanden hatte und nunmehr als General in

der Armee der Nordstaaten diente, Franz Sigel, „dem Helden von Carthage und Pea Ridge", „als dem Ersten und Besten der achtzigtausend Deutschen, welche hier für die bürgerliche Freiheit gegen die Sklaverei kämpfen". Seine Widmung suchte damit einen historischen Zusammenhang ans Licht zu stellen: „Deine beiden Vorgänger, Kalb und Steuben, standen vereinzelt da; sie schlugen sich sogar gegen ihre Landsleute. Du hast fünf Millionen gleichgesinnter Deutscher hinter Dir. Im ersten Kriege der Vereinigten Staaten für Erringung ihrer Unabhängigkeit dienten dreißigtausend von ihren Landesvätern an England verkaufte Deutsche gegen die junge Republik. Jetzt im zweiten Kriege zur Erhaltung dieser Republik setzen fast dreimal soviel selbstbewußte deutsche Männer ihr Leben für sie ein. Wenn je eine nationale Schuld glänzend gesühnt ward, so geschieht es von unseren tapferen Landsleuten unter Deiner Führung! Es sind die deutschen Verbannten, welche den geschändeten Namen der Heimat in Amerika wieder zu Ehren bringen. Mögen ihre hiesigen teuer erkauften Erfahrungen recht bald unserem Vaterlande zugute kommen."

Noch im letzten Jahre des Bürgerkrieges schrieb er dann ein Buch über jene schmähliche Episode deutscher und amerikanischer Geschichte, die nunmehr von den deutschen Mitkämpfern des Krieges ehrenvoll überwunden war: „Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika" (1864). In diesem Werke, bei dem er durch George Bancroft mit Material unterstützt wurde, stellte er den schmählichen Verkauf deutscher Truppen an England zur Verwendung gegen die nordamerikanischen Kolonien dar. Doch wies er auf die Verachtung Friedrichs des Großen für einen solchen Handel und sein Verbot des Durchmarsches solcher Söldner durch seine Länder hin. Wenn Hessen einmal gegen die amerikanische Union gekämpft hatte, so sah nun aber das deutsche Volk, wie deutsche Brigaden zur Rettung dieser Union ins Feld zogen.[154] Dieses Buch war noch mehr als die übrigen für Deutschland ge-

[154] Unglaublich ist es beinahe, daß englische Publizisten und Zeitungen die Deutschen, die für die Union kämpften, als Söldner bezeichneten. Chronik der Gegenwart, 1864, Heft VI, S. 279.

schrieben, ein Kampfbuch gegen die deutsche Kleinstaaterei, die damals in den letzten Kampf mit dem Einheitsdrange der Nation eintrat. So sagt Kapp von seiner Darstellung: „Sie setzt sich die zeitgemäße Aufgabe, schonungslos die Schmach aufzudecken, welche die Kleinstaaterei auf unser Volk gehäuft hat, an den Auswüchsen des Systems dessen Verderblichkeit für Deutschland nachzuweisen und die Nation dadurch anzuspornen, daß sie sich um jeden Preis aus diesem Labyrinth fort und fort wuchernder Erniedrigung befreie.“ Kapp sollte es noch beschieden sein, den beiden Völkern, an denen sein Herz hing, auch eine glänzendere Kehrseite zu dieser trüben Erinnerung zu schildern in dem Buche „Friedrich der Große und die Vereinigten Staaten von Nordamerika“ (1871), das im ersten Jahre der Wiederherstellung des neuen Reiches erschien.

Mit Recht sagt Kapp, der im Jahre 1866 Regierungskommissar zum Schutze der Einwanderung in New York geworden war, in einem groß angelegten, aber leider unvollendeten Werke „Geschichte der deutschen Einwanderung in Amerika“, Band I (1868), von sich selber: „Ich nehme durch meinen augenblicklichen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten eine gewisse glückliche Doppelstellung ein. Als dem Geschichtsschreiber der amerikanischen Deutschen wird mir die lohnende Aufgabe, durch die Erzählung der Geschichte ihrer Vorgänger in meinen hier ansässigen Landsleuten den berechtigten Stolz des freien Bürgers zu heben . . . für die Heimat dagegen liefert meine Arbeit einen fast unbekannten, noch lange nicht genug gewürdigten Beitrag zur Krankheitsgeschichte unseres Volkstums während der vorausgegangenen Jahrhunderte, und deckt als Hauptquelle, aus welcher die Massenauswanderung ihre Kräfte schöpfte, die jammervolle Zerrissenheit und Ohnmacht unseres staatlichen Lebens auf.“ Wenn man diesen in allen seinen Schriften wiederklingenden Unterton in der Stimmung dieses Deutsch-Amerikaners vernimmt, so begreift man, daß er nach der Gründung des neuen Deutschen Reiches in die alte Heimat zurückkehrte. Er nahm seinen Wohnsitz in Berlin, beteiligte sich am politischen Leben und wurde in den deutschen Reichstag gewählt. Bismarck, der in freundschaftlicher Beziehung zu Kapp stand, bezeichnete ihn als einen Liberalen

von 1848, der sich in den neuen Verhältnissen sehr wohl fühle.[155] Aber wie seine Schriften „Aus und über Amerika“ (1876) und über „Die Deutschen im Staate New York“ (1884) beweisen, blieb er auch in der alten Heimat dem Lande treu, dem er durch zwei Jahrzehnte, und zumal in seiner gefährlichsten Krisis, als einer der tatkräftigsten Helfer einer historisch-politischen Publizistik höheren Stils gedient hatte.

Neben den historischen Arbeiten von Kapp ist sogar noch ein die ganze amerikanische Geschichte umfassendes Werk unter dem belebenden Antrieb der Erregung des Bürgerkrieges in Deutschland geschrieben worden: Karl Friedrich Neumanns (1793—1870) dreibändige „Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika“ (Berlin 1863—1866). Der schon siebzigjährige Orientalist, dessen historische Arbeiten meist dem Gebiete der ostasiatischen, armenischen und russischen Geschichte angehörten, fand in dieser Beschäftigung nach seinen eigenen Worten „die edelsten Genüsse, welche ich jemals während meines langen und vielbewegten Lebens empfunden“. Er brachte für seine Aufgabe die Vertrautheit mit weltgeschichtlichen Zusammenhängen und ausgedehnte Studien mit, vor allem aber eine fast leidenschaftliche Parteinahme für die Republik und für die Sache des Nordens. Kaum jemals hat das amerikanische Volk und der amerikanische Staat einen begeisterteren Verehrer gefunden; selbst in den Zeiten, wo die Aussichten für einen Sieg des Nordens sehr ungünstig standen, gab er die Hoffnung nicht auf, sondern urteilte zuversichtlich: „Die republikanischen Einrichtungen sind niemals in solcher Pracht und Herrlichkeit erschienen als während der einzig in der Weltgeschichte dastehenden unmenschlichen Rebellion“. Und niemals ist über die Sklavenhalterstaaten des Südens, ihre Männer und ihre Politik, voran den „Verbrecher“ Calhoun, ein schärferes, ja man darf wohl sagen leidenschaftlich ungerechteres Urteil ausgesprochen worden als von Neumann.

Ihn beseelte eine brennende, an dem Haß gegen die europäischen „Despoten“ genährte Liebe zur republikanischen Staatsform, und sein ganzes Herz hing daran, daß die repu-

[155] Schurz, Lebenserinnerungen, II, 501.

blikanische Idee sich auch in dieser furchtbaren Krisis siegreich behaupte. Darum verfolgte sein Geschichtswerk bewußt den Zweck, die südstaatliche Parteiauffassung in der öffentlichen Meinung Europas zu bekämpfen. Mit Entrüstung sprach er „von den Reuterschen Telegrammen . . ., von dem Getriebe der Londoner Times und einiger ultramontanen, pietistischen und feudalen Blätter in unserem Vaterlande, welche würdig sind, was augenscheinlich auch ihr Wunsch, in Sklavenstaaten zu erscheinen. Selbst unsere liberale Presse begeht wenigstens eine Unterlassungssünde, indem sie gewöhnlich den mißgünstigen englischen Darstellungen folgt und nicht unmittelbar aus den so leicht zugänglichen amerikanischen Quellen schöpft“ (Bd. I, S. 9). Wenn auch Neumanns Werk häufig infolge dieser Parteinahme an wahrhafter historischer Objektivität zu wünschen übrig läßt, so ist es doch ein Denkmal für die Treue der Gesinnung, die unter den liberalen Deutschen der amerikanischen Republik bewahrt blieb.[156]

Neumann war bei der Sammlung seines Materiales unterstützt worden durch die ihm befreundeten Mitglieder der amerikanischen Gesandtschaft in Berlin, Mr. Judd und Dr. Kreismann. Der Vermittlung Mr. Judds verdankte er es, daß er den zweiten Band seines Werkes dem Präsidenten Lincoln widmen durfte, der die Widmung in einem Dankschreiben annahm. Die Widmungsvorrede war datiert vom 3. April 1865, „am Tage des Einzuges des deutsch-amerikanischen Generals Weitzel in die Rebellenhauptstadt Richmond“ — wenige Tage vor der Ermordung des Präsidenten. Den dritten Band widmete er „den Bürgern der Vereinigten Staaten“. Neumann

[156] H. v. Holst, Verfassung und Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika I, 208f., wirft Neumann vor, daß er kaum die alleroberflächlichste Kenntnis des amerikanischen Verfassungsrechts habe. Aber er gibt doch zu, daß das Buch seine Verdienste habe. „Namentlich hat es das eine Verdienst gehabt, in den dunkelsten Stunden der Republik mit einem wenn auch oft kritiklosen, so doch stets aufrichtigen Enthusiasmus ihre guten und gesunden Seiten zu preisen und aus tiefster Überzeugung zu predigen, daß ganz unzweifelhaft der auf freier Arbeit und auf freiheitlichen politischen Institutionen gegründete Norden den Sieg über den auf dem Privilegium in seiner unsittlichsten und kulturfeindlichsten Gestalt gegründeten Süden davontragen müsse.“

ging nach Vollendung seines Buches mit der Absicht um, auch die Administration Lincolns und den Bürgerkrieg in einem besonderen zweibändigen Werke zu behandeln, das den Titel tragen sollte „Der Bürgerkrieg in Nordamerika in seinen welthistorischen Folgen“ (Bd. II, S. 7, Bd. III, S. 8); er war bereits mit dem Sammeln des Stoffes beschäftigt, ja, er gedachte trotz seines hohen Alters es in Amerika selbst zu vervollständigen, doch ist er anscheinend durch seinen Tod im Jahre 1870 der Verwirklichung dieser Absicht entrissen worden.

Wie Kapp und Neumann für den Norden Partei nahmen, so auch die meisten deutschen Publizisten; wenn es auch nicht an Männern fehlte, wie Graf Bogdan von Reichenbach, die den Süden und seine Prinzipien verteidigten, so standen die meisten entschlossen auf der Seite des Nordens, wie Abeken, Helfer, Huber und Griesinger, welche die Sklavenfrage behandelten, oder wie Stiger, Solger und Sander, welche über die allgemeine Lage der Union schrieben. Zu den hitzigsten Parteigängern des Nordens gehörte auch der ehemalige badische Revolutionär Gustav Struve, der seit dem Herbst 1863 unter dem Titel „Diesseits und Jenseits des Ozeans“ in Coburg „zwanglose Hefte zur Vermittlung der Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika“ herausgab[157], deren eigentlicher Zweck weniger in der Besprechung der amerikanischen Zustände selbst lag, als in dem Versuche, die deutschen Zustände an dem Vorbilde der amerikanischen Republik zu messen und vom Standpunkte des radikalen Republikaners vernichtend zu kritisieren.

IV. Die Negerfrage und die Kriegsursachen in der öffentlichen Meinung Deutschlands.

Schon beim Beginn des Krieges wurde derselbe in Deutschland bezeichnet als ein Versuch des verbündeten Romanen- und Sklaventums, das zwieträchtige Germanentum zu überfallen.[158] „Fährt der Süden fort“, urteilten die „Preußischen

[157] Im Januar 1865 waren vier Hefte erschienen, die den „ersten Jahrgang“ bildeten.

[158] Augsburger Allgemeine Zeitung, 11. Mai 1861. Der sonderbare Irr-

Jahrbücher", „der Stimme der Mäßigung jedes Gehör zu verweigern und soll das Land der Zerrüttung eines langjährigen Bürgerkrieges preisgegeben werden, dann scheint es der Natur der Menschen und der Dinge zu entsprechen, daß hier über die Zukunft der Sklaverei ein endgültiges Gericht gehalten würde."[159] „Dem Süden", schrieb ein anderer Publizist, „diente die Konstitution nur zum Vorwande der Sezession; er wußte von Anfang an gut genug, daß er für seine Sklaven kämpfte, die er allerdings unnötigerweise für den einzigen Hebel seiner Prosperität hält, während sie in Wirklichkeit die einzigen Ursachen seines Elendes sind."[160]

Klar in seiner Auffassung dieser Ursache des Sezessionskrieges, war das deutsche Volk über die Frage der Sklaverei beinahe einer Meinung. Sein Interesse haftete sehr an dem humanitären Moment. „Auf einen nordamerikanischen Abolitionisten kamen mindestens zehn Deutsche."[161] Das ganze liberale Deutschland sprach seinen Abscheu gegen das System aus.

Die gelehrte Welt war längst mit der amerikanischen Sklavenfrage bekannt. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erschien in Deutschland eine ziemlich große Literatur über dieses Thema. Die Sklaverei wurde sogar in Romanen behandelt.[162] Das Übel des Systems vom sozialen Standpunkt aus wurde allgemein anerkannt. Auch hatten deutsche Gelehrten die Schwäche der Sklaverei vom rein wirtschaftlichen Standpunkt bloßgestellt.[163] Die großen Werke von Grund, Julius, von Raumer und Handelmann, obgleich unparteiisch und wissenschaftlich geschrieben, hatten das Institut der Sklaverei unbedingt verurteilt.[164] Die Befreiung der Sklaven wurde als ein

---

tum, daß der Süden mehr romanisch als germanisch war, wurde während des Krieges oft behauptet. Selbst ein Werk wie Perthes Geschichts-Atlas, S. 66, macht noch diese Fehler.

[159] Preußische Jahrbücher, 1861, Bd. VII, S. 566.

[160] Die Grenzboten, 1861, Bd. IV, S. 81.

[161] Blankenburg, Die inneren Kämpfe der Union, S. 224.

[162] Sealsfeld, Süden und Norden.

[163] Huber, Soziale Fragen, Bd. II, und Helper, Staatsökonomie.

[164] Grund, Die Amerikaner. Julius, Nordamerikas sittliche Zustände. v. Raumer, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

nötiger Schritt in der Zukunft vorausgesetzt. Schon im Jahre 1847 schrieb der Publizist Hermann Abeken: „Die Emanzipation der Sklaven steht, wenn auch nicht in nächstliegender Weise, doch in nicht zu ferner Zukunft gewiß von den Vereinigten Staaten zu erwarten."[165]

Man wußte auch in Deutschland, daß ein großer Teil des amerikanischen Volkes in eigener Überzeugung das Übel erkannte. „Uncle Tom's Cabin"[165a] und „Among the Pines" waren in deutscher Sprache gedruckt und allgemein bekannt. Auch das ausschließlich abfällige Urteil der eingewanderten Deutsch-Amerikaner war vom größten Einfluß auf die öffentliche Meinung Deutschlands.[166]

Karl Schurz, der als amerikanischer Gesandter in Spanien die europäische Lage gut studieren konnte, erkannte bald, daß, um die Sympathien der Völker Westeuropas für den Norden zu gewinnen, die Washingtoner Regierung ausgesprochen gegen die Sklaverei hervortreten mußte. Schon im Februar 1862 empfahl er daher seiner Regierung die Emanzipation der Sklaven.[167] Für diese Politik machte er mit den Abolitionisten in Washington gemeinsame Sache. Allmählich verwandelte sich der Krieg von einem gegen die rebellischen Sklavenhalter in einen Krieg gegen die Sklaverei. Als die Abschaffung der Sklaverei mehr und mehr auf die Tagesordnung kam, nahm der Einfluß der Deutschen in Amerika und die Sympathie des Mutterlandes noch mehr zu.[168] Im Herbst 1862 machte in Deutschland die für das neue Jahr geplante Proklamation zur Befreiung der Sklaven den größten Eindruck.[169] Seitdem durch den Erlaß der Proklamation am 1. Januar 1863 die Streitfrage der Sklaverei gegen die Südstaaten auf das Schärfste hervor-

[165] Abeken, Amerikanische Negersklaverei und Emanzipation.

[165a] Vgl. die Heidelberger Doktordissertation von Grace Edith Maclean, Uncle Tom's Cabin in Germany (Publications of the University of Pennsylvania, New York 1910).

[166] Gloß, Das Leben in den Vereinigten Staaten, Bd. II, Die Sklavenfrage, S. 344—374.

[167] Deutsche Jahrbücher, Bd. IV, 1862, S. 309.

[168] Sander, Geschichte des vierjährigen Bürgerkrieges, S. 8. Augsburger Allgemeine Zeitung, 7. April 1862.

[169] Augsburger Allgemeine Zeitung, 6. Oktober 1862.

gehoben war, äußerte die deutsche liberale Presse ohne Ausnahme ihre Sympathie für die Abschaffung.

Zwar gab es deutsche Publizisten, die die Sklaverei als den hauptsächlichen Streitpunkt anerkannten, aber sich trotzdem zu diesem System bekannten. Besonders wurden diejenigen der christlichen konservativen Partei dem Süden und der Sklaverei aus richtigem konservativen Instinkt freundlich gesinnt. Die Plantagen der südlichen Sklavenhalter hatten mit dem befestigten Grundbesitz der deutschen Konservativen viele Ähnlichkeit.[170] In der Sklaverei erblickten viele dieser Konservativen eine Institution, die Gott selbst geschaffen hatte und die auf göttlichem Rechte beruhte. Man erinnerte an die Anerkennung der Sklaverei durch Paulus. Auch war es schwer, Schlechtes in einem System zu finden, das Luther als einen von Gott berufenen Stand bezeichnete. Hatte Montesquieu nicht gesagt, daß die Neger keine Menschen wären![171] „Ham ist zum Knecht bestimmt", schrieb der Graf von Reichenbach, „das lehrt die heilige wie die profane Geschichte, die Natur wie die Offenbarung."[172] Trotz dieser Minorität erkannten die führenden Geister Deutschlands, daß die Sklaverei der Kultur im Wege stand und fallen mußte.

Nächst der Institution der afrikanischen Sklaverei mit ihren politischen und ökonomischen Folgen, betrachtete das deutsche Volk die sozialen Unterschiede zwischen dem Norden und Süden als die große Ursache des Sezessionskrieges. Dieser Gesichtspunkt wurde ebenso von den großen Kreisen der Liberalen wie von den Konservativen geteilt. Aus der zeitgenössischen Literatur über den Bürgerkrieg scheint es, daß die Deutschen bewußt oder unbewußt die Theorie von Karl Marx angenommen hatten, nämlich, daß die Geschichte jeder Gesell-

---

[170] Graf von Reichenbach, Die Krisis in den Vereinigten Staaten, S. 7, 15, 25, 26—27, 37.

[171] Montesquieu, De l'esprit de Lois, Livre XV, Chapitre V: „Il est impossible que nous, supposions que ces gens-là soient des hommes, parce que si nous les supposions des hommes on commencerait à croire que nous ne sommes pas nous-mêmes chrétiens."

[172] Graf von Reichenbach, Die Krisis in den Vereinigten Staaten, S. 7, 15, 25, 26—27, 37.

schaft die Geschichte des Konflikts von Klassen gewesen ist. Überall schrieb man von dem großen Kampfe in Amerika zwischen Aristokratie und Demokratie.[173] Deswegen wandten viele deutsche Konservativen ihre Sympathien den südlichen Plantagenbesitzern als Mitgliedern ihrer eigenen Klasse zu, während die Liberalen und Radikalen versuchten, die Sache der nördlichen Demokratie mit ihrer eigenen zu identifizieren.

E. M. Hudson, der bekannteste südliche Publizist in Deutschland, hob in seinen Schriften den großen sozialen Unterschied zwischen den aristokratischen Kavalieren des Südens und den demokratischen Puritanern des Nordens klar hervor.[174] Durch ganz Europa wurde der Glaube an den großen sozialen Gegensatz zwischen den freien Staaten und den Sklavenstaaten von konföderierten Agenten verbreitet, was nicht ohne Wirkung auf die herrschenden Klassen Deutschlands war.[175] Der deutsche Adel vermutete bald in den großen Plantagenbesitzern des Südens seine Standesgenossen. Eine Parallele zwischen den beiden Klassen war allerdings nicht schwer zu ziehen. Im Süden war der ganze wertvolle Grundbesitz und aller Reichtum in den Händen einer kleinen erheblichen Aristokratie konzentriert, die zum großen Teil aus dem englischen Landadel stammte. Diese Aristokratie besaß politische Traditionen, Disziplin und Konsequenz und beherrschte absolut das politische, soziale und wirtschaftliche Leben des Südens.[176] Der große Plantagenbesitzer war von einem Adelstolz ähnlich dem des höheren Adels Europas erfüllt.[177] „Den Grafen- oder Freiherrntitel setzte er seinem Namen allerdings nicht vor", schrieb Griesinger im Jahre 1862, „dagegen betrachtet er sich als den «exklusiven Gentleman» und prätendiert, daß jeder, der nicht imstande ist, einen großen Grundbesitz zu eignen und denselben durch die Hände seiner Leibeigenen bearbeiten zu lassen, lediglich kein Recht habe,

---

[173] Augsburger Allgemeine Zeitung, 4. Juni u. 20. Oktober 1861.

[174] Hudson, Der zweite Unabhängigkeitskrieg in Amerika.

[175] Messages and Papers of the Confederacy, Bd. II, S. 521.

[176] Preußische Jahrbücher, Bd. VIII, III, 603—605.

[177] Deutsche Jahrbücher, 1861, S. 175.

sich in Beziehung auf den Rang mit ihm zu messen."[178] Zwar erkannte auch der Südstaatler die Staatsform der Republik an, und in der Tat waren die Regierungen der Südstaaten quasi volkstümlich. Diese republikanische Regierung war aber, wie von deutscher Seite gezeigt wurde, in Wirklichkeit eine Oligarchie.[179]

Dagegen erkannten die deutschen Konservativen sowohl wie die Liberalen, daß der Norden das große Beispiel einer wahren Demokratie bot. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten so lange in Deutschland als das Ideal einer großen und glücklichen demokratischen Macht gegolten, daß ihre demokratische Natur als selbstverständlich erschien. Daß eine Geldaristokratie im Norden existierte, hatten deutsche Publizisten allerdings bewiesen, doch wurden die „Yankees" im allgemeinen als ein durchaus demokratisches Volk betrachtet.[180]

Da die Auffassung des amerikanischen Sezessionskrieges als ein Kampf zwischen dem demokratischen Norden und dem aristokratischen Süden in Deutschland vorherrschend war, ist es begreiflich, daß der konservative Adel seine Sympathien mehr dem Süden als dem Norden zuwandte. Karl Schurz, der am spanischen Hofe vieles über die wahre Stellungnahme der preußischen Konservativen von dem Grafen von Galen, dem preußischen Gesandten, erfuhr, faßte die Lage als die folgende auf: „Ein großer Teil des preußischen Adels sowie viele der Armeeoffiziere sympathisierten instinktiv mit der aufständigen südlichen Konföderation. Die Demokratie war ihnen verhaßt, und sie mußten wünschen, daß die Republik der Vereinigten Staaten als stärkstes und angehendes Beispiel einer Demokratie unterliegen würde."[181]

Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wandte dagegen ihre Sympathien dem großen demokratischen Ideal, der Union zu. Von dem großen Klassenkampf jenseits des Ozeans hoffte sie nur, daß die Demokratie des Nordens siegreich hervorgehen würde. Sogar die konföderierten Agenten

---

[178] Griesinger, Freiheit und Sklaverei, S. 71.

[179] Die Grenzboten, 1862, I, S. 121.

[180] Kapp, Die Sklavenfrage, S. 61. Griesinger, Freiheit und Sklaverei, S. 99. Donai, A., Land und Leute in der Union.

[181] Carl Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. II, S. 205/06.

in Europa gaben in ihren Privatberichten an den Staatssekretär der Konföderation zu, daß, ungeachtet der Sympathien der herrschenden Klasse für den Süden, die unteren Klassen und eine große Majorität der Mittelklassen warme Parteigänger des Nordens waren.[182]

Obgleich in Deutschland diese Auffassung des amerikanischen Krieges als eines Klassenkampfes vorherrschend war, darf sie doch als irreführend bezeichnet werden.[183] Eine genaue Betrachtung des Nordens und Südens zur Zeit des Sezessionskrieges verrät weder eine reine Demokratie noch eine Aristokratie. v. Halle sagt in seinem berühmten Werk „Baumwollproduktion und Pflanzungswirtschaft" über die großen Plantagenbesitzer: „Numerisch haben sie einen gerade so geringen Prozentsatz ausgemacht wie die hohe Aristokratie irgendeines Landes in der breiteren Klasse des Adels, Ritter- und Junkertums."[184] Auch war die Lage des Durchschnittspflanzers kaum mit der des Durchschnittsjunkers zu vergleichen. In den neueren Staaten des Südwestens gab es eine Klasse von Plantagenbesitzern, die mit ganz anderen als aristokratischen Idealen erfüllt waren.

Zwar besaß der Norden keine herrschende aristokratische Klasse wie der Süden. Die wirkliche demokratische Regierung der Nordstaaten, die Existenz einer großen und selbstbewußten Mittelklasse, und die fortwährende Einwanderung von radikalen und liberalen Elementen aus Europa machten die Bildung solch einer Klasse im Norden fast unmöglich. Allein es wäre unrichtig zu behaupten, daß gar keine aristokratische Klassenbildung im Norden existierte.[185] Besonders in den Neu-Englandstaaten gab es eine obere Klasse mit starken sozialen und religiösen Überlieferungen. Auch unter den Föderalisten und

---

[182] Messages and Papers of the Confederacy, Bd. II, S. 521.

[183] Darmstaedter, Geschichte der V. S. von Amerika, S. 161—162.

[184] v. Halle, Baumwollproduktion und Pflanzungswirtschaft in den nordamerikanischen Südstaaten, S. 228. Vgl. Freiherr von Freytag-Loringhoven, Studien über Kriegsführung, S. 2, der die Zahl der Plantagenbesitzer als zu groß für eine Aristokratie schätzt.

[185] Motley, Briefwechsel, Bd. II, S. 125.

in gewissen Phasen der „Know Nothing"-Bewegung waren aristokratische Tendenzen vorherrschend.[186]

V. Die Politik der Westmächte in der deutschen öffentlichen Meinung.

In der Einleitung wurde die englische und französische Politik der Union gegenüber während des Bürgerkrieges dargestellt, eine Politik, die sich von der Politik der übrigen Großmächte scharf unterschied und nicht mehr als korrekt bezeichnet werden kann. In der deutschen Kritik dieser westmächtlichen Politik ist deutlich zu erkennen, wem das Volk seine Sympathien während des Bürgerkrieges zuwandte.

Das erste große Ereignis, das die Politik Englands Amerika gegenüber zeigte, war der Trent-Fall. Die Gefangennahme der südlichen Kommissäre von dem neutralen englischen Dampfer Trent durch ein amerikanisches Kriegsschiff wurde von der öffentlichen Meinung Deutschlands sehr verurteilt. In weiten politischen Kreisen erschien der Fall als ein klarer Bruch des geltenden Völkerrechts, und die Lage wurde sehr ernst aufgefaßt.[187] Auch unter dem Volke hatte man die allgemeine Meinung, daß Amerika im Unrecht wäre. Graf Bernstorff, der damalige preußische Minister des Auswärtigen, hatte nicht Unrecht, als er an den preußischen Gesandten in Washington schrieb, daß der Trent-Fall die öffentliche Meinung in die lebhafteste Spannung versetzt hätte.[188] Man fürchtete einen Krieg zwischen Amerika und England wegen seiner Wirkung auf die europäische Lage.[189] Die Meinung war sehr verbreitet, daß Napoleon III. in solch einem Fall die Gelegenheit ergreifen würde, seine Pläne gegen Deutschland durchzuführen.[190] Der Trent-Fall wurde natürlich von deutschen Völkerrechtslehrern ausführlich behandelt.[191] Es wurde allgemein daran festgehalten, daß die Gesandten einer kriegführenden Partei nicht an Bord

[186] Zerfall der Vereinigten Staaten von Nordamerika.
[187] Augsburger Allgemeine Zeitung, 4. Dezember 1861.
[188] Staatsarchiv, Bd. II, Nummer 203.
[189] Deutsche Jahrbücher, 1862, S. 161.
[190] Preußische Jahrbücher, 1861, Bd. VIII, S. 635—636 u. 645.
[191] Marquardsen, Der Trent-Fall. (Völkerrechtliche Monographien, Bd. I.)

neutraler Schiffe vom Gegner festgenommen werden dürften. Marquardsen schrieb eine sehr gute Monographie über den Fall, die den englischen Standpunkt unterstützte.[192]

Kaum war die Diskussion des Trent-Falles in Deutschland beendigt, als die öffentliche Meinung durch einen neuen englisch-amerikanischen Zwischenfall lebhaft aufgeregt wurde. Am 6. November 1862 dampfte das in England gebaute konföderierte Kaperschiff „Alabama" von Liverpool ab und begann, nachdem es in einem westindischen Hafen zum Kriege ausgerüstet war, seine berühmten Angriffe auf die amerikanische Handelsflotte.

Dieser offenkundige Bruch des geltenden Völkerrechts wurde allgemein in Deutschland scharf gerügt. Die preußische Regierung hatte sogar in ihrer Warnung aller Untertanen vor einer Verletzung der Handelsverträge mit Amerika besonders vor einem solchen Falle gewarnt.[193] Ein offizieller Artikel in dem Preußischen Staatsanzeiger erklärte: „Die Ausrüstung von Kaperschiffen in diesseitigen Häfen ist, wie dem Handelsstande bekannt, durch die Landesgesetze verboten."[194] Die Verletzung der englischen Gesetze war in dem „Alabama"-Fall so klar und die versteckt feindselige Politik des Earl Russel dadurch so bloßgestellt, daß der Fall nur als ein Vorspiel zum Kriege angesehen wurde. Der Erfolg dieser Alabama-Angelegenheit war, wie von amerikanischer Seite erwartet, eine erhebliche Verstärkung der deutschen Sympathien für die Union.

Diese Politik Englands machte auch in Deutschland den Eindruck, daß eine Intervention Englands und Frankreichs

---

[192] Augsburger Allgemeine Zeitung, 1. Januar 1862.

[193] Staatsarchiv, Jahrgang 1861, Nr. 112, 16. August 1861. Minister des Handels an die Handelskammern. In diesem Erlaß wurde Artikel XX des Vertrages vom 11. Juli 1799 zwischen Preußen und Amerika wie folgt zitiert: „Aucun citoyen ou subject de l'une des deux Parties contractantes n'acceptera pas d'une Puissance avec laquelle l'autre pourrait être en guerre ni commission ni lettre de marque pour armer en course contre cette dernière sous peine d'être puni comme pirate. Et ni l'un ni l'autre des deux Etats, ne louera prêtera ou donnera pas une partie de ses forces navales ou militaires à l'ennemi de l'autre pour aider à agir offensivement ou défensivement contre l'Etat qui est en guerre." — [194] Ebendaselbst.

in den amerikanischen Zwistigkeiten nicht unwahrscheinlich wäre. Die wirtschaftlichen Vorteile für die erste und die politischen Vorteile für die zweite Macht, die eine Teilung der Union herbeigeführt haben würde, machten die Interventionspolitik verständlich. Doch die Abänderung der Interventionspläne Napoleons III. durch Rußland und England vom November 1862 zeigte, daß eine Einigung der Mächte über die Frage der Intervention in dem amerikanischen Kriege unmöglich war.[195] Die Möglichkeit eines Waffenstillstandes zwischen dem Norden und dem Süden durch europäische Vermittlung tauchte aber bei jeder Niederlage der Union wieder auf. Dazu behauptete stets ein großer Teil der Presse Englands und Frankreichs, daß der Süden nie erobert werden könnte. Diese Anschauung fand auch in Deutschland in den ersten Jahren des Krieges einen Widerhall, was durchaus begreiflich war.

Man stelle sich die Südstaaten Amerikas vor mit einem Areale von über 30000 Quadratmeilen und mit einer Bevölkerung von fünfzehn Millionen, die unter einer permanenten Regierung stand. Man denke sich den ungeheuren Kriegsschauplatz, zehnfach so groß wie das deutsche Reich, die starken natürlichen Grenzen und die ungeheure Küstenlinie des Südens. Dazu standen große Heere im Felde unter Generalen, deren Ruhm schon bekannt war, und die glänzende Siege gewonnen hatten. Man bedenke alles das und dann, daß dieser Krieg nicht mit ein paar großen Siegen, sondern nur mit der totalen Vernichtung allen Widerstandes im Süden zu beendigen war. Kein Wunder war es, daß in den Monaten vor Gettysburg beinahe die gesamte europäische Presse behauptete, daß die Aufgabe, die der Norden vor sich hatte, auszuführen unmöglich war.

Da ist es begreiflich, daß selbst deutsche liberale Zeitschriften im Jahre 1862 berichteten, die Wiederherstellung der Union wäre unmöglich.[196] Dieser Gedanke fand auch viele Verbreitung. Jeder Sieg des Südens oder jede Äußerung der Friedenspartei des Nordens verstärkte die Meinung über die

---

[195] Staatsarchiv, Bd. III, Nr. 465 u. 466.

[196] Die Grenzboten, 1862, Bd. I, S. 270 und Bd. IV, S. 81.

Unzweckmäßigkeit des Krieges.[197] „Die Ansicht über das wünschenswerte und wahrscheinliche Ende des Streites, nämlich die selbständige Konstituierung des Südens, ist", berichten die „Preußischen Jahrbücher", „ohne Zweifel in Europa die vorherrschende."[198] Diese Ansicht verbreitete sich mehr und mehr im folgenden Jahre. Ein dem Norden so freundliches Blatt wie die Augsburger Allgemeine Zeitung, berichtete einen Monat vor der Schlacht von Gettysburg: „Die endliche Konstituierung des Südens als eigener und selbständiger Staat ist außer Zweifel."[199] „Dieser Krieg wird, wie angedeutet, in kurzer Zeit und sehr wahrscheinlich noch vor Ablauf dieses Jahres ein Ende nehmen", berichteten die Grenzboten. „Das Ende aber wird sein, was wir vor einem Jahre schon voraussagten: „Die Trennung des Südens von dem Norden."[200]

Noch sicherer waren die Konservativen, die die Wiederherstellung der Union für absolut undenkbar hielten.[201] Die erfolglosen Feldzüge vom Frühjahr 1863 verstärkten noch diese Meinung, die zu dieser Zeit ihren Höhepunkt erreichte. Aber die Einnahme von Vicksburg und der entscheidende Sieg bei Gettysburg am 2./3. Juli 1863 entfalteten mit einem Schlag die Riesenkraft des Nordens vor den Augen Europas. Daß die junge amerikanische Großmacht Kraft und Energie besaß, nach zwei Jahren der Niederlagen doch zu siegen, war vom deutschen Standpunkt aus die größte Offenbarung des Krieges. Dies war der Gedanke, der Bismarck so fesselte.[202] Seitdem verschwand die Behauptung der Unbesiegbarkeit des Südens aus der deutschen Publizistik. Allgemein wurde die Beendigung des Krieges als nicht mehr fern angesehen. Die herrschende Meinung wurde in dem folgenden Satze zusammengefaßt: „Entweder wird die Union den letzten großen Widerstand der abgefallenen Staaten brechen, und dies ist weitaus der wahr-

[197] Preußische Jahrbücher, Bd. X, 1862, S. 468.
[198] Preußische Jahrbücher, Bd. X, 1862, S. 468.
[199] Augsburger Allgemeine Zeitung, 5. Juni 1863.
[200] Die Grenzboten, 1863, Bd. I, S. 497.
[201] Reichenbach, Die Krisis in Amerika, S. 23.
[202] Poschinger, Bismarck und die Diplomaten, S. 400.

scheinlichste Fall, oder sie wird endgültig an ihrer Unterwerfung scheitern."[203]

Diejenige Politik Frankreichs, die während des Bürgerkrieges in Deutschland die größte Erregung hervorrief, war das mexikanische Abenteuer Napoleons III., das im ersten Jahre des amerikanischen Bürgerkrieges einsetzte und bis nach seinem Schlusse, bis zum Jahre 1867 dauerte.

Napoleon hatte, nachdem England und Spanien ihre Truppen aus Mexiko zurückgezogen hatten, von dem Plane einer Eroberung des Landes erfüllt und durch den amerikanischen Bürgerkrieg gedeckt, den Krieg fortgesetzt. Seine abenteuerliche Idee war die Vereinigung der lateinischen Rasse in der neuen Welt unter der Führung Frankreichs. Zuerst schienen alle Ereignisse gut zu verlaufen. Am 10. Juni 1863 wurde die Hauptstadt Mexiko erobert, und ein Jahr später zog der Erzherzog Maximilian von Österreich als Kaiser von Mexiko in der Stadt ein. Keinen besseren Kaiser hätte Napoleon finden können als diesen ritterlichen und abenteuerlichen Prinzen, der Stiergefechte vergötterte und bedauerte, daß die Jnquisition aufgehört habe.[204]

Die Gründung dieses dem Staate Frankreich vasallen Kaiserreichs in Mexiko war aller Wahrscheinlichkeit nach nur wegen des amerikanischen Bürgerkrieges möglich. Napoleon rechnete auf die Trennung der Union, die eine nötige Voraussetzung zu der Durchführung seiner Pläne war, mit Bestimmtheit. In der Union erkannte er den einzigen Gegner seiner mexikanischen Politik.[205] Die Union war die einzige Großmacht, die sich weigerte, das Kaisertum Mexiko anzuerkennen. Wie die anderen europäischen Staaten anerkannte Preußen das Kaisertum Mexiko, und zwar am 20. August 1863.[206]

Obgleich die Erhaltung einer republikanischen Regierung in Mexiko dem deutschen Volke völlig gleichgültig war, erregte doch das Ansehen, das Napoleon durch die Gründung eines mexikanischen Vasallenstaates sich errang, viel Besorgnis. Man

[203] Preußische Jahrbücher, Bd. XII, 1863, S. 480.
[204] Motley, Briefwechsel, Bd. II, S. 79.
[205] Deutsche Jahrbücher, 1862, Bd. IV, S. 411; 1863. S. 506.
[206] Staatsarchiv, 1863, S. 168.

fürchtete sogar diese Machtsteigerung des kaiserlichen Frankreichs und hoffte, daß Amerika nach dem Ende des Bürgerkrieges diesem mexikanischen Abenteuer ein Ende machen würde.[207] Diese Voraussetzung war durchaus richtig, und in der Tat zog Napoleon unter der drohenden Haltung Amerikas 1867 seine Truppen zurück. Frankreichs ungeheurer Verlust an Geld und Prestige in der mexikanischen Politik war nicht ohne Vorteil für das nach Einigung strebende deutsche Volk. Im Jahre 1866 war eine Mobilmachung der französischen Armee unmöglich wegen der Verwirrung, die der mexikanische Feldzug in den Cadres der französischen Armee verursacht hatte.

Am Anfange des Sezessionskrieges gab es eine große Anzahl von amerikanischen Studenten in Deutschland, die die Universitäten des Landes besuchten. Sie waren fast ohne Ausnahme aus den Freistaaten, und die Majorität kehrte im Sommer 1861 nach Amerika zurück, um im Kriege zu kämpfen. Bei der Feier der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli in Berlin waren kaum hundert Amerikaner anwesend. Die Begeisterung dieser kleinen Gesellschaft war aber groß. Der Gesandte Judd sprach in einer längeren Rede über den Krieg und erklärte sich für die Abschaffung der Sklaverei, der Erbschaft von England. Dieser Standpunkt Judds am Anfange des Krieges machte einen guten Eindruck im Lande.[208] Auch bei der Feier des „Thanksgiving Day" (Erntefest) im November hielten Judd und Wright, der abberufene Gesandte, Reden; der Toast auf den König wurde von Herrn Bucher beantwortet.[209]

Im September 1863 tagte der internationale statistische Kongreß in Berlin. Amerika schickte zum Kongreß als Delegierten Dr. Samuel B. Ruggles, einen hervorragenden Juristen. Dr. Ruggles kam am 7. September in Berlin an; gerade recht, um die Anerkennung der Südstaaten durch einen wichtigen Bericht zu verhindern. Während der Tagung des Kongresses hielt er eine Rede über die Hilfsquellen der Vereinigten

---

[207] Augsburger Allgemeine Zeitung, 2. November 1862.
[208] Augsburger Allgemeine Zeitung, 10. Juli 1861.
[209] Allgemeine Zeitung, 14. u. 15. Dezember 1861.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Staaten.[210] Im folgenden Jahre schickte Amerika Mr. Wright, früher Gouverneur des Staates Indiana, als Delegierten zur Ausstellung in Hamburg.

VI. Der Tod Lincolns in der deutschen öffentlichen Meinung.

Der Tod von Abraham Lincoln, einige Tage nach der Kapitulation der südlichen Armee unter Lee, bereitete dem vierjährigen Bürgerkriege ein tragisches Ende, das die ganze zivilisierte Welt erschreckte. Die Ermordung des großen Präsidenten rief in allen Staaten allgemeine Sympathie hervor, und kein Land erwies größere Achtungsbezeugungen für Lincoln als Deutschland.

Das Aufsteigen Lincolns von einfachen Verhältnissen zur Führerschaft einer Großmacht wurde in Deutschland mit dem größten Interesse verfolgt. Sein einfacher und anspruchsloser Charakter gewann in den ersten Jahren des Sezessionskrieges die Sympathie der breiten Massen des Volkes. Dagegen erwarb sich seine ungewöhnlich staatsmännische Leitung seines Landes in der großen Krisis seiner Geschichte die Hochachtung der regierenden Klassen Deutschlands.

Der Meuchelmord Lincolns, des Präsidenten der einzigen demokratischen Großmacht, machte in den regierenden Kreisen Deutschlands den tiefsten Eindruck. Unter den deutschen Fürsten waren viele, die den zähen Kampf dieses einfachen Mannes um die Aufrechterhaltung der legitimen Herrschaft der Union bewunderten. Daß er in der Stunde des großen Sieges plötzlich durch Meuchelmord hinweggerafft wurde, erregte ihr Beileid. Zugleich zeigte der Mord Lincolns allen Herrschern, daß selbst das Oberhaupt eines demokratischen Staates vor der Hand des politischen Mörders nicht sicher war.

Kaum waren die Nachrichten über den Tod Lincolns in Berlin bestätigt, als Bismarck in einer Note an Judd die Sympathien der preußischen Regierung ausdrückte. Herr von Thile, der Unterstaatssekretär, wurde mit der Übergabe der Note beauftragt. Vorher hatte Freiherr von Gerolt am 16. April

---

[210] Diplomatic Correspondence, 1863, S. 944.

1865 in einer Note an das amerikanische Auswärtige Amt das Beileid seiner Regierung ausgedrückt. Allgemein war die Sympathie, die die offizielle Gesellschaft Berlins zeigte. Die höchsten Beamten des Königs, das ganze diplomatische Korps und viele berühmte Männer der gelehrten Welt besuchten die amerikanische Gesandtschaft, um ihr herzliches Beileid bei dem Mißgeschick der amerikanischen Nation zu bezeugen. Auch der Kronprinz befahl seinem Flügeladjutanten, dem amerikanischen Minister sein und der Kronprinzessin Beileid auszudrücken.

Am 28. April hielt Dr. Wilhelm Loewe, der ehemalige Präsident des Stuttgarter Rumpfparlaments von 1849, der in den Jahren 1853—1861 als politischer Flüchtling in New York gelebt hatte, im preußischen Abgeordnetenhause eine Lobrede über Lincoln. Zum Schlusse seiner Bemerkungen sagte er: „Der Mann, meine Herren, der von der Hand eines Mörders gefallen ist und den ich mit seinem einfachen, ehrlichen Gesicht jetzt zu sehen glaube, der Mann, der, durch den einfachen Wunsch beseelt, seine Pflicht zu tun, solche große Taten vollendet hat, der Mann, der niemals mehr oder weniger wünschte als der gewissenhafteste und treueste Diener seines Volkes zu sein, dieser Mann wird seinen eigenen erhabenen Platz in den Blättern der Geschichte finden.“ Eine Sympathieadresse wurde nachher einstimmig auf den Tisch des Hauses gelegt und von 259 Abgeordneten unterzeichnet. Am 1. Mai überreichte eine Deputation, bestehend aus dem Präsidenten Grabow, dem ersten Vizepräsidenten von Unruh, dem zweiten Vizepräsidenten von Bockum-Dolffs und den Herren Loewe, Virchow, Baron von Vaerst, Stavenhagen, Waldeck, Parrisius, von Bonin, Bassinge, Schroeder, Ziegert, Duncker, Lent, Baron von Zedlitz, Riebold, Schneider, Jacoby, Raffauf, von Saucken-Tarputschen, Siemens, Dahlmann, Krebs und von Bunsen die Adresse dem amerikanischen Minister in Berlin. Judd dankte den Abgeordneten im Namen seiner Regierung und erklärte in seiner Rede, „daß das Volk der Vereinigten Staaten die Sympathie des deutschen Volkes während der schrecklichen Rebellion schätzte und daß die deutschen Soldaten, von denen sogar viele nicht Bürger waren, immer in dauernder Erinnerung

von einem dankbaren Volk gehalten werden würden und daß das Andenken aller, die diesen Kampf der Freiheit gekämpft hatten, mit dem Lorbeer verflochten sein würde". Die feierliche Überreichung der Adresse des Abgeordnetenhauses durch 26 der einflußreichsten Mitglieder war ein würdiges Zeichen der Sympathie, die Preußen für Amerika hegte. Charakteristisch für die damaligen Zustände ist die Tatsache, daß zwei Mitglieder der Deputation Söhne hatten, die in der Unionsarmee dienten.

Am 4. Mai wurde ein besonderer Gottesdienst zum Andenken an Präsidenten Lincoln in der Dorotheenkirche in Berlin gehalten. Dr. Tappan von New York und der Hofprediger Dr. Krummacher hielten den Gottesdienst. Seine Majestät der König wurde durch seinen Flügeladjutanten, Generalmajor von Boyen, vertreten. Graf Bismarck und Unterstaatssekretär von Thile vertraten das Ministerium. Das ganze diplomatische Korps, eine große Zahl der Mitglieder des Landtages und viele andere berühmte Männer der Hauptstadt wohnten auch dem Gottesdienste bei.

In den Hansestädten, wo die Beziehungen zu Amerika sehr eng waren, machte der Tod Lincolns einen tiefen Eindruck. In Hamburg entschloß sich der Senat, seine Sympathie für die Vereinigten Staaten in einem Briefe an den Präsidenten auszudrücken. Gemäß dieser Entschließung teilte Dr. Habler, Präsident des Senats, feierlich dem Präsidenten Johnson mit, daß Hamburg die größte Sympathie für den großen Verlust hegte, den die Vereinigten Staaten durch den Tod Lincolns erlitten hatten. Dieser Erklärung schloß sich die Versammlung der Bürger von Hamburg an. Im Namen des Senats von Bremen erklärte Dr. D. Meyer, der Präsident, in einem feierlichen Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten: „Die schrecklichen Nachrichten der abscheulichen Tat, die das Leben und Wirken des Präsidenten Lincoln zu solch einem plötzlichen Ende brachte, haben Schauder und Entrüstung erregt, wo sie auch hinkamen, aber vielleicht nirgendwo in einem höheren Grad als in unserer Stadt, deren Bürger seit der ersten Gründung der Amerikanischen Union mit ihrem Volke solche freundlichen Beziehungen im Handel und im

persönlichen Verkehr unterhalten haben und die gegenwärtig verhältnismäßig zahlreichere Beziehungen mit der großen transatlantischen Republik hat, als irgendein anderer Staat des europäischen Kontinents.“ Auch faßte die Bremer Bürgerschaft eine Sympathie- und Beileidsadresse an die Vereinigten Staaten ab. Der Senat von Lübeck drückte durch ein Schreiben des Bürgermeisters, Dr. Brehmer, an den Präsidenten Johnson seine Sympathie für die Union aus. Dieser Brief wurde von Herrn A. Schumacher, chargé d'affaires der hanseatischen Republik in Baltimore, der amerikanischen Regierung überreicht.

Von den Mittelstaaten kamen gleichfalls viele offizielle Ausdrücke von Sympathie. Die Regierung von Braunschweig beauftragte besonders ihr Generalkonsulat in New York, die Gefühle der Regierung und aller Klassen des Herzogtumes über die abscheuliche Ermordung von Lincoln der amerikanischen Regierung mitzuteilen. Der Herzog von Sachsen-Meiningen drückte durch seinen Minister von Uttenhoven seine Sympathie der amerikanischen Regierung aus. Baron von Dalwigk, Minister von Hessen-Darmstadt, befahl dem Generalkonsul von Hessen in Philadelphia, in würdiger Weise die aufrichtige Sympathie des Großherzogs über die Ermordung von Lincoln dem Präsidenten Johnson auszusprechen, er ließ dabei den Wunsch und die Hoffnung ausdrücken, daß „die Union, die das zweite Vaterland von so vielen Deutschen geworden ist und besonders von so vielen, die dem Großherzogtum Hessen angehörten, sich bald unter der Führung des jetzigen Präsidenten an der Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Autorität über ihr ganzes Gebiet und mit diesem an der Hoffnung an eine neue Periode von Frieden und Wohlfahrt erfreuen wird“.

In Württemberg machte die Ermordung von Lincoln einen tiefen Eindruck. „Dieses beklagenswerte Ereignis“, schrieb Varnbüler an Herrn von Bierwirth, Generalkonsul von Württemberg in New York, „hat unter dem Volke von Württemberg die größte Bestürzung und aufrichtigste Sympathie hervorgerufen, und Seine Majestät der König, selbst durch die abscheuliche Tat gerührt, hat mich gleich nach dem Empfang der Nachricht für sich und im Namen seiner Regierung beauftragt, dem jetzigen Vertreter der Vereinigten Staaten, Konsul

Klauprecht, das herzlichste Beileid bei dem großen Verlust auszudrücken, den die Vereinigten Staaten und die ganze zivilisierte Welt durch seinen Tod erlitten hat.“ Am 29. April erklärte der Präsident des Landtages, daß die Nachricht über die Ermordung des Präsidenten der nordamerikanischen Republik bestätigt wäre und forderte die Mitglieder der Kammer auf, zum Beweise ihrer Sympathie sich zu erheben.

Dies waren die offiziellen Botschaften, in welchen die verschiedenen deutschen Staaten ihr Beileid ausdrückten. Die Regierungen waren es aber nicht allein. Das ganze deutsche Volk sprach seine aufrichtigste Sympathie für Amerika aus. Die Presse war einstimmig in ihrem Lob über den ermordeten Präsidenten. Die Zeitungen aller deutschen Parteien anerkannten die großen Taten, die dieser Mann des Volkes in der kurzen Zeit seiner Präsidentschaft ausgeführt hatte. Die Einstimmigkeit des Lobes von Herrschern, Parlamenten und Völkern nicht nur der deutschen Staaten, sondern von ganz Europa war in der Tat eine Seltenheit.

Vielleicht kein Herrscher des 19. Jahrhunderts wurde höher von den arbeitenden Klassen der Welt geschätzt als Lincoln. Selbst der Sohn eines Arbeiters und einer, der sich aus diesem Stande aus eigener Kraft emporgearbeitet hatte, wurde Lincoln als der Beschützer der Rechte, der freien Arbeit von den Arbeitern betrachtet. Obgleich Lincoln während des Sezessionskrieges beinahe diktatorische Gewalt ausgeübt hatte, und obgleich er durch die Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte und die Einführung von Kriegs-Militärgesetzen in weiten Gebieten der Union die letzten Bürgschaften von verfassungsmäßiger Freiheit aufhob, wurde er doch von den Arbeitern und sogar von den Sozialisten sehr geachtet. Die Arbeiter Deutschlands erkannten in ihm den Führer in einem Kampfe der wirklich freien Arbeit gegen die Sklaverei. Infolgedessen begrüßten sie ihn als den Führer einer Nation, in der die Arbeiter im vollen Besitze aller ihrer politischen Rechte waren. Obgleich Lincoln als Politiker kaum die extremen Prinzipien vertrat, die die deutschen Arbeiter ihm zuschrieben, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß sie ihn als einen der größten Führer ihrer Sache ansahen. Deswegen war die

Arbeiterklasse Deutschlands ausschließlich unionsfreundlich. Nach der Ermordung von Lincoln richtete der Zentralrat des Internationalen Vereins der Arbeiter eine Sympathieadresse an den Präsidenten Johnson, der auch als ein treuer Sohn der Arbeit galt. Unter den Unterzeichnern der Adresse war Karl Marx, Sekretär für Deutschand. Am 4. Mai überreichte der Berliner Arbeiterverein eine Adresse an den amerikanischen Gesandten. Diese drückte die Freude aus, mit welcher die Arbeiter Deutschlands den Sieg der Union aufgenommen hatten und ihren Abscheu über den Meuchelmord Lincolns. Ähnlich war das Schreiben, das der Berliner Altgesellenverein an den Präsidenten Johnson sendete. Eine Sympathieresolution wurde auch einstimmig von dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in Berlin gefaßt. Ein Ausschuß, bestehend aus den Herren Liebknecht, Vogt und Schilling, faßten eine Adresse an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ab. „Als Mitglieder der Arbeiterklasse", erklärten sie, „brauchen wir Sie nicht von der Aufrichtigkeit unserer Sympathien zu versichern, denn mit Stolz können wir auf die Tatsache hinweisen, daß, obgleich die Aristokratie der Alten Welt sich offen auf die Seite der südlichen Sklavenhalter stellte, und obgleich die Mittelklasse in ihren Meinungen geteilt war, doch die Arbeiter aller Länder von Europa einstimmig und fest auf der Seite der Union gestanden haben."[212]

Nicht nur die Arbeiter Deutschlands beglückwünschten den Präsidenten Johnson als Nachfolger Lincolns, sondern auch die weiten liberalen Kreise. Den Liberalen waren die glückliche Unterdrückung der amerikanischen Rebellion und der ruhige Regierungsantritt Johnsons besonders erwünscht. In der Tat war der Sieg des demokratischen Nordens ein großer Sieg für den Liberalismus. Der Nationalverein, der im Juni 1865 in Eisenach tagte, beschloß danach eine Glückwunschadresse an den Präsidenten zu richten. Herr von Rochau wurde beauftragt, die Adresse zu entwerfen, die am 12. Juni mit geringen redaktionellen Abänderungen gutgeheißen wurde.

[212] Die vorhergehenden Dokumente über die Ermordung des Präsidenten Lincoln wurden in der amerikanischen „Diplomatic Correspondence" 1865 veröffentlicht.

Das Schriftstück wurde von dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer unterzeichnet und dem amerikanischen Generalkonsul in Frankfurt, Herrn Murphy, durch eine aus den Herren Dr. F. Müller, von Rochau und dem Geschäftsführer bestehende Deputation übergeben.

Sofort nach dem Empfang der Glückwunschadresse in Washington beauftragte der Präsident den Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten sie zu beantworten. Am 7. August sandte Seward demgemäß einen Brief an Herrn von Bennigsen, den Präsidenten des Nationalvereins, der in der Übersetzung lautet:

Staatsdepartement, Washington, 7. August 1865.

Mein Herr! Ihr Glückwunschbrief vom 12. vorigen Monats, an den Präsidenten gerichtet, gemäß den Resolutionen des Deutschen Nationalvereins, ist empfangen worden.

Ich bin vom Präsidenten beauftragt, Ihnen die tiefe Befriedigung auszudrücken, die er von seinem sorgsamen Durchlesen erfahren hat. Die Sympathie der Freunde der Amerikanischen Union in Deutschland ist immer mit Eifer und Lauterkeit offenbart, und es ist zu hoffen, daß die glückliche Wiederkehr von Frieden die herzlichen Beziehungen fördern wird, die zwischen beiden Ländern existieren.

Ich bin, werter Herr, Ihr gehorsamer Diener

William A. Seward.[213]

So kamen aus allen Klassen der deutschen Nation Ausdrücke der Sympathie. Unter den wenigen Völkern, die während des Sezessionskrieges die geistige Größe und die Reinheit des Charakters von Abraham Lincoln erfaßt hatten, war das deutsche Volk. Es ist aber begreiflich bei einem Volke, dessen tiefes inneres Leben und dessen Verehrung für ein Ideal sich von anderen Völkern unterscheidet, daß sogar in der kurzen Periode seines öffentlichen Lebens der Charakter Lincolns in dieser Weise gewürdigt wurde.

[213] Oncken, H., Rudolf von Bennigsen, Bd. I, S. 668.

In Lincolns Leben wurde das Wort Hegels verwirklicht, daß das Leben eines Helden nicht glücklich ist. Niemand fühlte mehr die Leidenschaften, Leiden und Mißgeschicke seiner Zeit als Lincoln. Kein Führer hatte, in seinem Versuch seine Ideale zu behaupten, gegen größeren Widerstand gekämpft. Alles das erkannte das deutsche Volk und fällte infolgedessen ein würdiges Urteil über diesen „Mann des Volkes", der drei Millionen seiner Mitmenschen befreit und sein Vaterland unter seiner weisen Führung von einem drohenden Untergange gerettet hatte.

Dritter Teil.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika während des Bürgerkrieges.

Die Handelsbeziehungen zwischen den deutschen Staaten und Amerika waren während des Sezessionskrieges von der größten Bedeutung. Sie gingen zurück auf einen sich stets entwickelnden Handel, der schon in der Zeit Friedrichs des Großen seinen Ursprung hatte. Der Charakter dieses Handels und die Wirkungen des Sezessionskrieges darauf waren wesentliche Faktoren in der Bildung der öffentlichen Meinung Deutschlands über die amerikanischen Verhältnisse jener Periode.

Zu der Zeit des Ausbruchs des Bürgerkrieges unterhielten beide Länder Handelsagenten in ihren gegenseitigen Gebieten. Die Vereinigten Staaten besaßen Konsulate in Hamburg, Bremen, Nürnberg, Frankfurt, Köln, Stettin, Leipzig, Hannover, Oldenburg, Dresden, Stuttgart, Augsburg, München, Karlsruhe, Aachen, Schwerin und Sonneberg. Von den deutschen Staaten besaßen Anhalt-Dessau, Baden, Bayern, Braunschweig, Bremen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, das Großherzogtum Hessen, das Kurfürstentum Hessen, Lippe-Detmold, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Nassau, Preußen, Reuß jüngere Linie, Sachsen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg und Württemberg Konsulate in New York und den größeren Handelsplätzen Amerikas.[214] [215]

[214] Hofkalender, 1861.

[215] Lamprecht, Zur jüngsten deutschen Vergangenheit, VI[1], S. 126, sagt darüber: „Da genügt nicht mehr die alte diplomatische Vertretung mit ihrem

Zwei Tatsachen waren äußerst wichtig für die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika; erstens, daß die Handelsbilanz auf der deutschen Seite war, und zweitens, daß die deutsche Ausfuhr meistens nach den Nordstaaten ging. In den sechziger Jahren war die amerikanische Industrie kaum entwickelt, und die amerikanische Ausfuhr bestand infolgedessen nur aus Rohstoffen.[216] Die deutschen Staaten nahmen nur ein kleines Quantum dieser Rohstoffe auf, dagegen exportierten sie sehr viele fertige Waren nach Amerika.

Die deutsche Auswanderung nach Amerika und der dadurch entstandene Verkehr hatte die deutsche Handelsflotte erheblich vergrößert. Die Zeit war vorbei, in welcher Friedrich der Große den amerikanischen Vertretern sagte, daß er keine Handelsmarine besitze. Im Jahre 1845 wurde die Ocean Steam Navigation Company, 1847 die Hamburg-Amerika-Linie und 1857 die Norddeutsche Lloyd-Linie gegründet. Beim Ausbruche des Sezessionskrieges waren diese zwei letzten Gesellschaften schon von großer Bedeutung. Die Beförderung der deutschen Auswanderung nach Amerika war damals ein wichtiger Faktor des Handels zwischen beiden Ländern und wurde beinahe ausschließlich von diesen zwei Gesellschaften ausgeführt. Im September 1862 machte der Schnelldampfer „Hansa" des Norddeutschen Lloyd die Fahrt von New York nach Hurst Castle, England, in 10 Tagen, was damals die schnellste Reise eines deutschen Schiffes war.

Schon in den fünfziger Jahren war Amerika zu dem Schutzzollsystem übergegangen, das mit der Annahme des Morril-Zolltarifs im Jahre 1860 erheblich befestigt wurde. Adoptiert gerade am Anfang des Bürgerkrieges, erschwerte dieser Zolltarif die Handelsbeziehungen zu fremden Ländern und besonders zu England. Obgleich die amerikanischen Zölle auf

---

Personal von Botschaftern, Gesandten und Ministerresidenten an den Zentralstellen fremder Länder; da ist jene Unsumme von Konsulaten nötig und ausgebildet geworden, deren Beamten, in mannigfachen Abstufungen organisiert, überall wo nur Deutsche auftauchen, gleichsam mit gegenwärtig sein sollen als Vertreter der moralischen Gesamtmacht des Vaterlandes."

[216] Commercial Relations of the United States, 1865, S. 411.

die Ausfuhr der Staaten des Zollvereins erhöht wurden, rief der Morril-Tarif doch keine große Opposition in Deutschland hervor, teils wegen des Mangels allen politischen Gegensatzes zwischen beiden Ländern und teils wegen der günstigen Lage des deutschen Handels mit Amerika.

In der Tat war während der sechziger Jahre die Handelsbilanz entschieden zugunsten Deutschlands. Amerika importierte fünfmal soviel von den Staaten des Zollvereins wie es nach Deutschland exportierte.[217] Die Vereinigten Staaten führten 1861 Waren zum Werte von 8071964 Dollars von Hamburg, 9694377 Dollars von Bremen und 14797788 Dollars von dem Zollverein ein. Im folgenden Jahre betrug der Wert der Einfuhr von Hamburg, Bremen und dem Zollverein respektiv 9827793, 8670814 und 18564377 Dollars.[218]

Zwar nahm die Nachfrage für deutsche Waren nachträglich ab, trotz des großen Bedarfs an Waffen und auswärtigen Waren.[219] Der deutsche Handel mit Amerika blieb aber im ganzen fest. Die Berichte der amerikanischen Konsuln in Deutschland zeigen deutlich, daß sogar in den letzten Jahren des Bürgerkrieges die Handelsbeziehungen zu Deutschland sehr beträchtlich waren.[220] Da dieser Handel beinahe ausschließlich mit den Nordstaaten war, blieben die deutschen Ausführer, ungeachtet des höheren Zolltarifs, des Krieges und der Blockade der Südstaaten der Union freundlich gesinnt.

Ganz anders aber lag die Sache für die Einführer des großen amerikanischen Produkts, der Baumwolle.

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts hatten die Südstaaten der amerikanischen Union ein immer zunehmendes Quantum von Baumwolle den europäischen Staaten geliefert. Die Erfindung der Entkörnungsmaschine zum Reinigen der Baumwolle und die Entwicklung neuer Gebiete für die Kultur der Pflanzen hatten die Ausfuhr so vergrößert, daß Europa auf die Südstaaten für deren Zufuhr angewiesen war. Die Kultur

---

[217] Diplomatic Correspondence, 1865, Pt. 4, S. 89.

[218] Hofkalender, 1861, S. 328; 1862, S. 342. Die Ziffern für 1863 bis 1865 fehlen.

[219] Augsburger Allgemeine Zeitung, 16. Juni 1861; 13. September 1862.

[220] Commercial Relations, 1865, S. 356—435.

der Baumwolle durch die Sklavenwirtschaft beherrschte das wirtschaftliche Leben des Südens. Völlig der Bedeutung der Baumwollernte für Europa bewußt, erklärten südliche Staatsmänner stolz: „Cotton is king". Man war sich auch in Europa über die Lage vollkommen klar. Einige Jahrzehnte vor der großen Krisis schrieb Charles Dickens: „Sollte irgendein Mißgeschick über das Land der Baumwolle hereinbrechen, so würde ein Tausend von den Schiffen unserer Kauffahrteiflotte müßig in den Häfen verrotten, zehntausend Fabriken müßten ihre summenden Webstühle still stellen und zwei Millionen Menschen würden aufs Pflaster gesetzt."[221] Wenn Engländer so über die Bedeutung der Baumwolle dachten, ist es begreiflich, daß die Sezessionisten des Südens in der Unentbehrlichkeit der Baumwolle für Europa eine dauernde Bürgschaft für ihre Unabhängigkeit zu erkennen glaubten.

Im Jahre 1860 betrug der Anteil der Südstaaten an der Versorgung Europas mit Baumwolle 66%.[222] Mit der Blockade der 3549 Meilen langen Küste der Südstaaten wurde im folgenden Jahre diese Zufuhr so gut wie abgeschnitten. Dieses war die Ursache der großen Baumwollnot der sechziger Jahre, die die europäische Industrie so paralysierte.[223] Von den Staaten Europas, die Baumwollwaren verfertigten, waren England, Frankreich und die deutschen Staaten die bedeutendsten. Die deutschen Staaten, ohne Österreich, führten 1840 26 Millionen, 1850 46 Millionen und 1860 140 Millionen Pfund Baumwolle ein. Nach England und Frankreich waren sie somit am schwersten durch die Baumwollnot getroffen.[224]

Im Jahre 1861 betrug die Baumwollernte im Süden 1836 Millionen Pfund, aber es gelang den Südländern nur 308 Millionen Pfund davon auszuführen. Der Preis in Deutschland war 59.5 Pfennig das Pfund und stieg im Laufe des Jahres. Bei der Nachricht des Trent-Falles wurde der Preis in den Hansastädten herabgesetzt, weil die Handelswelt glaubte,

---

[221] Kapp, Die Sklavenfrage, S. 33.

[222] v. Halle, Baumwollproduktion und Pflanzungswirtschaft, S. 175.

[223] Die Grenzboten, 1862, Bd. I, S. 156 u. 246.

[224] v. Halle, Baumwollproduktion und Pflanzungswirtschaft, S. 177 bis 178.

daß England im Kriegsfalle die Blockade der Südstaaten aufheben würde, und infolgedessen billigere Preise erwartete.[225] Mit der Beilegung des Trent-Falls stieg der Preis der Baumwolle wieder auf 1.19 Mark das Pfund. Der Ernst der Baumwollnot machte nun einen tiefen Eindruck auf die deutsche öffentliche Meinung. In den Hansastädten stiegen die Klagen über die Blockade. Im Herbst 1862 kostete die Baumwolle sogar 2.18 Mark das Pfund.[226] Von der südlichen Ernte von 2146 Millionen Pfund erreichten in diesen Jahren nur fünf Millionen Europa.[227] Die Krisis war sehr gespannt. In vielen deutschen Fabrikstädten wurde der Preis der Baumwolle so unerschwinglich, daß viele Fabriken geschlossen werden mußten.[228] In Berlin war die Lage im Januar 1863 sehr ernst. Über 5000 Arbeiter waren ohne Beschäftigung. In anderen Gegenden war es noch schlimmer. Die meisten Baumwollfabriken in Schlesien stellten ihre Arbeit ein. Die Fabriken in Breslau und Peterswaldau wurden geschlossen. Diejenigen Fabriken, die noch arbeiteten, brauchten zwei- bis dreimal soviel Zeit wie gewöhnlich, um das Baumwollgarn zu spinnen.[229]

Besonders prekär war die Lage der Arbeiter in Deutschland und in ganz Europa. Berühmt machten sich die Arbeiter in den Baumwollspinnereien von Manchester, die, ungeachtet ihrer großen Not, Freunde des Nordens und Gegner der Sklavenstaaten blieben. Von Holst nennt diese Haltung der englischen Arbeiter mit Recht „eine der Großtaten der Weltgeschichte".[230] Ebenso lobenswert waren die Arbeiter in den deutschen Baumwollspinnereien. Selbst die deutschen Idealisten waren nicht aufrichtigere Gegner der Sklaverei und Freunde des Nordens als die deutschen Arbeiter.

---

[225] Augsburger Allgemeine Zeitung, 4. Dezember 1861.

[226] Cambridge Modern History, Bd. VII, S. 611.

[227] v. Halle, Baumwollproduktion und Pflanzungswirtschaft, S. 178.

[228] Report of the Commercial Relations of the United States, 1865, S. 364.

[229] Augsburger Allgemeine Zeitung, 8. und 22. Januar 1863.

[230] Darmstaedter, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, S. 178.

Wie in England und Frankreich, so wurde auch in Deutschland vieles getan, um die Lage der Arbeiter während der Krisis zu verbessern. An ein Lob für die Unterstützung, die die oberen Klassen Englands gaben, knüpften die Deutschen Jahrbücher die Bemerkung: „Leider wird die deutsche Baumwollindustrie bald auch unserem Adel Gelegenheit geben, sich neben dem englischen auszuzeichnen."[231] Verschiedene Fonds wurden für arbeitslose Arbeiter gestiftet. Freiherr v. Diergardt gab 10000 Taler zur Unterstützung der Fabrikarbeiter zu Viersin. In Schlesien wurde der Plan vorgeschlagen, die Arbeiter mit Chaussee- und Eisenbahnbauten zur Erleichterung ihrer Lage zu beschäftigen.[232]

Die Baumwollnot verursachte viele Spekulationen und bot der konföderierten Regierung Mittel, Anleihen in Europa zu machen. Im Januar 1863 garantierte das Bankgeschäft von Erlanger für die Südstaaten eine Anleihe von 60000000 Mark zu einem Kurse von 77. Diese Obligationen wurden zu 8 % verzinst und waren zahlbar in Baumwolle zu 50 Pfennig das Pfund. Sie wurden günstig in den verschiedenen Handelsplätzen Europas aufgenommen und zu einem Kurse von 90 unterschrieben.[233]

Nächst der Einfuhr von Baumwolle war die Einfuhr von Tabak bedeutend. Am Anfang des amerikanischen Bürgerkriegs war Bremen der größte Tabakmarkt in Europa und führte von den Vereinigten Staaten allein jedes Jahr über 600000 Zentner ein. Trotz des Krieges wurden 1861 noch 604000 Zentner Tabak eingeführt. Im folgenden Jahre sank die Einfuhr auf 302000 Zentner und 1863 wurden nur 290000 Zentner eingeführt. Im Jahre 1860 waren die amerikanischen Preise $4^1/_6$ bis $10^1/_2$ Cents, 1861 $5^1/_2$ bis $11^3/_4$ Cents, 1862 $8^1/_2$ bis $17^3/_8$ Cents und 1863 ungefähr dieselben wie im Jahre 1862.

Trotz der verringerten Einfuhr während des Krieges war der amerikanische Tabak von der größten Bedeutung für den Bremer Markt. Als im Jahre 1864 eine Steuer auf rohen Tabak in der Union vorgeschlagen wurde, bemühte sich die Handels-

---

[231] Deutsche Jahrbücher, Bd. VI, 1863, S. 171.

[232] Augsburger Allgemeine Zeitung, 8. u. 22. Januar 1863.

[233] Cambridge Modern History, Bd. VII, 611.

kammer von Bremen, Vorstellungen dagegen in Washington zu machen. Schleiden brauchte auch seinen Einfluß in Washington, um die vorgeschlagene Steuer abzuwenden.[234]

Obgleich der amerikanische Bürgerkrieg die Baumwollindustrie Deutschlands fast lahm legte, brachte er doch für das deutsche Kapital einen großen Verdienst. Vom Anfange des Krieges an wurde viel deutsches Geld in amerikanischen Obligationen und Staatspapieren angelegt. Frankfurt wurde bald der Hauptmarkt auf dem Kontinent für amerikanische Obligationen und das Zentrum einer großen Propaganda für die Union.[235] „Viele Millionen deutsches Kapital", schreibt Schaff, „wurden frühzeitig auf das Spiel gesetzt."[236] Obgleich diese Geldanlagen in amerikanischen Obligationen eine spekulative Natur besaßen, wußten die deutschen Kaufleute doch, daß, selbst wenn der Süden seine Unabhängigkeit behauptete, der Norden noch finanziell stark genug bleiben würde. Die deutsche Finanzwelt blieb in enger Berührung mit dem Norden.[237] Das vortreffliche Werk von Loehnis: „Die Vereinigten Staaten von Amerika", das 1863 erschien, stellte die finanzielle Lage der Union klar dar. Obgleich das Buch unparteiisch und besonders eingehend geschrieben war, fällte es doch ein günstiges Urteil über die amerikanischen Finanzen. Das deutsche Vertrauen in die amerikanischen Finanzen wurde auch durch die Erhaltung des Staatskredits erheblich gesteigert. Die Aufhebung von Barzahlungen seitens der Regierung und der Bankgeschäfte vom 27. Dezember 1861 und die Bestätigung der Papiergeldakte als Gesetz am 25. Februar 1862 hatten zur großen Überraschung Deutschlands keine schlimmen Folgen.[238] Im Gegenteil dauerte es sehr lange, bis das Papiergeld irgendeinen Einfluß auf den Stand der amerikanischen Finanzen zeigte. Allerdings im Laufe des Krieges lockte die Goldprämie viel deutsches Kapital nach Amerika.[239] Im ganzen hat die Anlage deutschen

---

[234] Berichte de 1864, Nr. 7.

[235] Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. II, S. 503.

[236] Schaff, Der Bürgerkrieg, S. 16.

[237] Von Achten der Letzte, S. 177—178.

[238] Cambridge Modern History, Bd. VII, S. 569.

[239] Loehnis, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, S. 65 u. 68.

Kapitals in nordamerikanischen Anleihen den Deutschen sehr viel Gewinn gebracht. Kein Geringerer als der deutsche Staatsmann Rudolph von Delbrück sagt darüber: „Die in Deutschland herrschenden Sympathien für die Nordstaaten, die Geschäfts- und Familienverbindungen der Deutschen mit den Angehörigen dieser Staaten und die Lockung eines sechsprozentigen Zinsfußes veranlaßten unverhältnismäßig große Anlagen deutschen Kapitals in amerikanischer Anleihe. Die sechsprozentigen U. S.-Bonds von 1862, im Jahre 1863 in Deutschland eingeführt, standen am Schluß dieses Jahres auf $67^3/_4$ %, fielen im folgenden Jahre auf $37^7/_8$ % und erreichten erst vom Jahre 1867 an einen Kurs von über 70 %. Am 30. Juni 1870 standen sie $96^1/_8$ %. Das sehr bedeutende, in den ersten Jahren von uns angelegte Kapital hatte sich also um 39 % bis 140 % vermehrt. Dieser Gewinn kam uns in einem entscheidenden Augenblick auch politisch zugute. Für einen namhaften Teil der Anleihen, welche wir im Jahre 1870 zur Kriegführung gegen Frankreich machten, wurde das Geld durch den Verkauf amerikanischer Bonds beschafft.“[240]

So bedeutend wurde die Hilfe, die deutsches Kapital der Sache des Nordens leistete, daß die Kommissare des Südens in Europa sich entschlossen, in Deutschland dagegen zu agitieren. Am 20. März 1863 berichtete Oberst Mann, einer der südlichen Agenten, an den Staatssekretär des Südens, daß er bald nach Frankfurt gehen würde, um gegen die amerikanische Propaganda da zu arbeiten. Er glaubte, daß eine Reaktion gegen den Norden in Deutschland einsetzen würde.[241] Diese fand aber nicht statt, und obgleich der Markt durch die Niederlagen und Verzögerungen der Unionstruppen beeinflußt wurde, war die Tendenz der amerikanischen Obligationen stets aufwärts. Gegen das Ende des Krieges standen die amerikanischen Staatspapiere sogar höher im Kurse in Berlin und Frankfurt als in New York.[242] Zwar wurde alles seitens der amerikanischen Regierung getan, um den Absatz

---

[240] Lebenserinnerungen von Rudolph v. Delbrück, II, 188f.
[241] Messages and Papers of the Confederacy, Bd. II, S. 680.
[242] Diplomatic Correspondence, 1865, Part. 3, S. 58—59.

der Obligationen zu begünstigen. Der amerikanische Gesandte veranlaßte die Veröffentlichung einer ausführlichen Darstellung der amerikanischen Finanzen, von Dr. Wilhelm Elder gegeben. Auch wurde ein Brief des amerikanischen Staatsschatzmeisters in den Berliner Zeitungen veröffentlicht, um die Furcht vor Verfälschungen der Staatspapiere zu beseitigen. Wie hoch amerikanische Obligationen angesehen wurden, zeigt Karl Schurz' Erzählung eines Besuches in der Frankfurter Börse nach dem Ende des Krieges.[243]

Das Vertrauen der deutschen Handelswelt auf Amerika während des vierjährigen Bürgerkrieges war nicht vergebens. Durch frühzeitige Ankäufe von amerikanischen Papieren wurden Millionen verdient. Viele amerikanische Aktien, die zu dieser Zeit gekauft wurden, werden noch in Deutschland gehalten. Amerika ist sich auch der deutschen finanziellen Unterstützung während des Krieges völlig bewußt gewesen. Im Jahre 1865 machte Dr. Philipp Schaff, ein deutsch-amerikanischer Geistlicher, eine Reise durch das Vaterland. Er hielt Vorträge in Berlin, Bonn, Elberfeld, Neuwied, Marburg, Heidelberg und Stuttgart und drückte überall die Dankbarkeit Amerikas für die deutsche Unterstützung aus.[244]

[243] Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. II, S. 503.
[244] Schaff, Der Bürgerkrieg, S. 16.

Literatur.

I. Dokumente.

Berichte des Ministerresidenten Dr. Schleiden de 1861—1864. Berichte der hanseatischen Gesandtschaft de 1864—1865. Staatsarchiv Bremen.

Messages and Papers of the Confederacy Volume II. Diplomatic Correspondence.

Papers relating to foreign affairs accompanying the annual message of the President. Diplomatic Correspondence 1861—1865. Washington.

Staatsarchiv, Das. Sammlung der offiziellen Aktenstücke zur Geschichte der Gegenwart. 1861—1865.

II. Publizistische Quellen.

Abeken, H., Amerikanische Negersklaverei und Emanzipation. Berlin 1847.

Annecke, Fr., Der zweite Freiheitskampf der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Frankfurt 1861.

Augsburger Allgemeine Zeitung. 1860—1865.

Benjamin, J. J., Reise in den östlichen Staaten der Union. Hannover 1862.

Bismarck, Briefe, 1836—1873. Leipzig 1898.

— Gedanken und Erinnerungen.

Chronik der Gegenwart. 1864.

Deutsche Jahrbücher. 1861—1865.

Eltze, A., Briefwechsel von John Lothrop Motley. 2 Bände.

Estván, B., Kriegsbilder aus Amerika. 2 Teile. Leipzig 1864.

Fay, Th., Die Sklavenmacht zur Erklärung der nordamerikanischen Rebellion. 1860—1865. Berlin 1865.

Gittermann, Revolution oder Abolution. 1860.

Gloß, A., Das Leben in den Vereinigten Staaten zur Beschreibung von Amerikas Gegenwart und Zukunft. 2 Bände. Leipzig 1864.

Grenzboten. 1861—1865.

Griesinger, Freiheit und Sklaverei unter dem Sternenbanner. Stuttgart.

Hofkalender. 1861—1865.

Hudson, E., Der zweite Unabhängigkeitskrieg in Amerika. Berlin 1861. Vermehrt durch eine Abhandlung über die Sklavenfrage. 1862.

Jacobi, C., Die gezogenen Geschütze der Amerikaner bei der Belagerung von Charleston von 1863—1865 in ihrer Verwendung, Wirkung und Haltbarkeit. Berlin 1866.

Kapp, Fr., Die Sklavenfrage in den Vereinigten Staaten.
— Geschichte der Sklaverei in den Vereinigten Staaten. Hamburg 1862.
Kriegsoperationen in Amerika. Leipzig 1863.
Lochnis, H., Die Vereinigten Staaten von Amerika. Bonn 1863.
Marquardsen, Der Trent-Fall. Erlangen 1863.
Preußische Jahrbücher. 1861—1865.
v. Reichenbach, B., Graf, Die Krisis in Nordamerika. Berlin 1863.
Roerdansz, Die Wirkung schwerer Geschütze gegen Panzer. Berlin 1865.
Sander, C., Der amerikanische Bürgerkrieg von seinem Beginne bis zum Schlusse des Jahres 1862. Frankfurt 1863.
— Geschichte des vierjährigen Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten von Amerika. Frankfurt 1865.
— Artilleristische Aphorismen aus dem amerikanischen Kriege.
Schaff, P.. Der Bürgerkrieg und das christliche Leben in Nordamerika. Berlin 1866.
Scheibert, J., Sieben Monate in den Rebellenstaaten während des nordamerikanischen Krieges, 1863. Stettin 1868.
Spence, J., Die amerikanische Union. Barmen 1863.
Stiger, J., Hurrah für die Union!
— Ist die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten unter den jetzigen Verhältnissen anzuraten?
— Nieder mit der Sklaverei.
— Die Nord- und Südländer der Vereinigten Staaten. Zürich 1864.
— Die Rechtfertigung der Nordstaaten. Zürich 1863.
Struve, G., Diesseits und Jenseits des Ozeans. 1863—1864.
Williams, J., Die Rechtfertigung der Südstaaten. Berlin 1863.
Zerfall der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Münster 1864.

III. Darstellungen.

v. Bippen, Geschichte der Stadt Bremen. Band III.
Blankenburg, H., Die inneren Kämpfe der nordamerikanischen Union bis zur Präsidentenwahl von 1868. Leipzig 1868.
v. Borcke, Heros, Zwei Jahre im Sattel und am Feinde. Erinnerungen aus dem Unabhängigkeitskriege der Konföderierten. Aus dem Englischen übersetzt von Kaehler. 2 Bände. Berlin 1877. Zweite, mit einem Nachtrag „Zwanzig Jahre später" vermehrte, Auflage. Berlin 1886.
Busch, M. Tagebuchblätter. 1., 2. und 3. Band.
— Prince Bismarck as a Friend of America and as a Statesman: North American Review, July—August 1880.
Cambridge Modern History. Vol. VII.
Darmstaedter, P., Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Leipzig 1909.
Deiler, F. H., European Immigration into the United States. From 1820—1900. Chicago 1907.

v. Freytag-Loringhoven, Freiherr, Studien über Kriegsführung.
v. Halle, Ernst, Baumwollproduktion und Pflanzungswirtschaft in den nordamerikanischen Südstaaten. Leipzig 1906.
Hansen, J., A travers la diplomatie.
— Les coulisses de la diplomatie.
Heusinger, O., Amerikanische Kriegsbilder. Leipzig 1869.
Hilgard-Villard, H., Lebenserinnerungen. Berlin 1906.
Hopp, E., Bundesstreit und Bundeskrieg in Nordamerika. Berlin 1886.
Kaufmann, Wm., Die Deutschen im Bürgerkriege. 1908.
v. Meerheimb, F., Der Feldzug Shermans in Georgia. Berlin 1869.
Neumann, K., Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. 3 Bände. Leipzig 1863.
Political History of England. Volume XII.
Poschinger, Bismarck und die Diplomaten.
v. Salm-Salm, Fürstin, Zehn Jahre aus meinem Leben. 3 Bände. Stuttgart 1875.
Schurz, Karl, Lebenserinnerungen.
Von Achten der Letzte. Wiesbaden 1871.
White, A., Aus meinem Diplomatenleben. Leipzig 1906.
Whitman, S., Fürst von Bismarck.

C. F. Wintersche Buchdruckerei.

Lebenslauf.

Ich, Ralph Haswell Lutz, wurde am 18. Mai 1886 in Circleville, Ohio, U-S. A., als Sohn von Harry E. und Florence H. Lutz geboren. Ich wurde im presbyterianischen Bekenntnisse erzogen. Meine Schulbildung erhielt ich in der öffentlichen Schule zu Port Angeles, Washington, und in der „High School" daselbst. Ich wurde im Herbst 1902 in der Stanford-Universität (bei San Francisco) immatrikuliert, wo ich 1906 den Baccalaureusgrad erwarb. Im Sommersemester 1906 studierte ich in der Universität von California und im Herbst bezog ich die Universität von Washington, wo ich 1907 auf Grund meiner Arbeit „The Community Property Law of Washington" promovierte. Zur selben Zeit bestand ich das juristische Staatsexamen.

Im Herbst 1907 wurde ich an der Universität Bonn immatrikuliert und hörte die Vorlesungen der Professoren Schulte, Schumacher, Ritter und von Bezold. Im Sommer 1908 bezog ich die Universität Heidelberg und studierte unter den Professoren Oncken, Hampe, Jellinek und Windelband. Allen diesen Herren spreche ich meinen herzlichen Dank aus.

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE STAMPED BELOW

AN INITIAL FINE OF 25 CENTS

WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO RETURN THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE PENALTY WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE FOURTH DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENTH DAY OVERDUE.

NOV 20 1933

DEC 4 1933

OCT 5 1937

SEP 4 1944

MAR 29 1947

Dr. Uhl
4/30

Oct2948P

3Jan51AMK
30JanRETD

DEAD

22Apr'53RF

Clark

MAY 22 1953 GH

JUN 3 1953 LU

18Jun'53LU

14Jul'53JP

JUL 6 1953 LU

LD 21-100m-7,'33